Die Deutsche Publizistik im Kampf um Oberschlesien

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin

von

Günther H. Hahn

aus

Klein-Strehlitz, Kreis Neustadt O/S.

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Oktober 1939
Tag der Promotion: 17. Dezember 1940

Berichterstatter:

Prof. Dr. E. Dovifat

Prof. Dr. W. Schüßler

In Dankbarkeit

meinen Eltern

Quellenangabe

Ost-Europa-Institut in Breslau: „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch." Berlin u. Breslau 1925.

Rudolf Vogel: „Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien." Phil. Diss. Leipzig 1931.

Manfred Laubert: „Die oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Verbände heimattreuer Oberschlesier." Breslau 1938.

Manfred Laubert: „Die preußische Polenpolitik von 1722 bis 1914." Berlin 1920.

Karl Kaisig: „Die polnische politische Propaganda in Oberschlesien und die deutsche Abwehr." Gleiwitz 1924.

Kurt Baschwitz: „Der Massenwahn und seine Bekämpfung." München 1931, 3. Aufl.

Hermann Katsch: „Der Oberschlesische Selbstschutz im III. Polenaufstand." Berlin und Leipzig 1921.

Bernhard v. Hülsen: „Der Kampf um Oberschlesien." Stuttgart 1922.

(anonym): „Der polnische Aufstand in Oberschlesien und die Mitschuld der Franzosen. Mai bis Juli 1921." Berlin 1921.

(anonym): „Der dritte Aufstand in Oberschlesien. Mai/Juni 1921." o. O. 1921.

(anonym): „Polnische Kulturtaten in Oberschlesien." Berlin 1921.

F. A. V., Berliner Vertreter des „Manchester Guardian": „Ein Engländer über Oberschlesien." Berlin (Verlag für Sozialwissenschaft) 1921.

Georg Schneider und Ernst Laslowski: „Oberschlesien nach den Diktaten von Versailles und Genf." Bd. 3 u. 4, Ratibor 1931.

Erich Köhrer: „Oberschlesien — Seine Entwicklung und seine Zukunft." Berlin 1925.

(anonym): „Die Lösung der oberschlesischen Frage. Bericht der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Delegation (Juni 1921)." Amsterdam 1921.

Frech & Kampers: „Schlesische Landeskunde." Leipzig 1913.

Josef Partsch: „Landeskunde von Schlesien." Breslau 1911.

„Der Oberschlesier." Oberschlesische Wochenschrift. Oppeln. Jg. 3 (1921), Jg. 8 (1926), Jg. 13 (1931. Enthält: Abstimmungsgedenkheft März 1921.)

„Schwarzer Adler." Oberglogau/Breslau 1921. — Sept. 1921 verschmolzen mit „Oberschlesische Warte".

„Der Pieron." Herausgeber: Hans Pilot. Gleiwitz 1921. Pieron-Verlag.

„Die Ostmark.“ Berlin 1921.

„Deutsche Politik.“ Jg. 6, 1921. Stuttgart und Berlin.

„Süddeutsche Monatshefte.“ Jg. 1921.

*

„Ostdeutsche Morgenpost.“ Beuthen 1921.

„Oberschlesische Volksstimme.“ Gleiwitz 1921.

„Oberschlesischer Wanderer.“ Gleiwitz 1921.

„Oberschlesischer Kurier.“ Königshütte 1921.

„Kattowitzer Zeitung.“ Kattowitz 1921.

„Oberschlesischer Anzeiger.“ Ratibor 1921.

„Oberschlesische Grenzzeitung.“ Beuthen 1921.

*

Zur Orientierung über bestimmte Einzelfragen:

Hans Guhr: „Sieben Jahre interalliierte Militärkontrolle.“ Breslau 1927. (Enthält u. a. Erläuterungen über die Waffendiebstähle in den Verschrottungslagern und ihren Zusammenhang mit den Aufstandsvorbereitungen in Oberschlesien.)

(anonym): „Wie Polen Oberschlesien an sich reißen will. Enthüllung einer großpolnischen Verschwörung in Oberschlesien. (Dtsch. u. poln.) o. O. 1920. (Geheimdokumente über den II. Polnischen Aufstand.)

Dr. Walter Geisler: „Oberschlesien-Atlas.“ Berlin 1938.

Wilhelm Volz: „Oberschlesien und die oberschlesische Frage.“ Breslau 1922.

Dr. Paul Nieborowski: „Oberschlesien, Polen und der Katholizismus.“ Berlin 1919.

Dr. E. Latacz: „Oberschlesien auf Subhasta.“ Beuthen 1919.

Noten, amtliche Schriftstücke und Denkschriften zur Nachabstimmungszeit (März—Oktober 1921)

Note über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Berlin 1921, Reichsdruckerei. Anlagen 1—5. Anlage 1: Karte der Abstimmungsergebnisse in Oberschlesien. Anlage 2: Wahlbeeinflussungen (gesondert 459 S.). Anlage 3: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland. Anlage 4: Die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens. Anlage 5: Karte des oberschlesischen Steinkohlenreviers und der angrenzenden Steinkohlenbezirke Polens und der Tschechoslowakei.

Polnische Wahlbeeinflussungen in Oberschlesien. Bd. II. Nachtrag zu Anlage 2 zur Note über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Berlin 1921. (398 S.)

Wahlbeeinflussungen. Eine kleine Auswahl von Drohbriefen und sonstigen Dokumenten. Berlin 1921. — Auch englisch und französisch.

Zusammenstellung der von dem Plebiszit-Kommissariat für Deutschland an die Interalliierte Kommission zu Oppeln vom 8. bis einschl. 19. März 1921 gerichteten Telegramme über polnische Terrorakte. Kattowitz 1921.

Bemerkungen des Plebiszit-Kommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis. Nr. 1—5. (31. 3. bis 10. 4. 1921). Nr. 1—4: Kattowitz. Nr. 5: o. O. Enthaltend: Nr. 1: Das Abstimmungsergebnis (auch gemeindeweise). Nr. 2: Die unteilbare Einheit Oberschlesiens. Nr. 3: Die Korfanty-Linie. Nr. 4: Die Unteilbarkeit Oberschlesiens. Nr. 5: Die Abstimmungspolizei.

Journal officiel de Haute-Silesie. Nr. 21, vom 7. Mai 1921. (Enthält die amtlichen Ergebnisse der Abstimmung.)

Denkschrift der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens über den polnischen Aufstand, umfassend den Zeitraum v. 1. Mai bis 12. Juni 1921. o. O. 1921.

Denkschriften der wirtschaftlichen und sozialen Verbände Oberschlesiens und Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. September 1921. (Enthält auch Note über die Volksabstimmung vom 1. April 1921.) o. O. 1921.

Amtliche Schriftstücke zum Korfanty-Aufstand in Oberschlesien, Mai 1921. o. O. 1921.

Zusammenstellung von Protokollen und Berichten über den dritten polnischen Aufstand im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Beginn: am 3. Mai 1921. 1. Folge. o. O. 1921.

Note des deutschen Ausschusses für Oberschlesien an die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln vom 27. Juli 1921. Breslau 1921 (Barth, Graß & Co.) — 143 S.

Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. September 1921. Berlin 1921.

Procès-Verbal de la session extraordinaire du conseil de la société des nations, consacrée à la question de Haute-Silésie. Genêve, 12. Okt. 1921. — Lausanne 1921.

*

Alle sonstigen Quellen sind ausführlich im Text zitiert und können dort nachgesucht werden.

*

Alle nach Dovifat zitierten Stellen sind entnommen der Lehrplanvorlesung „Allgemeine Publizistik", die Prof. Dr. E. Dovifat im WS 1938/39 an der Universität Berlin gehalten hat.

Inhaltsangabe

V o r w o r t

Der oberschlesische Abstimmungskampf ist oft Gegenstand publizistischer und auch wissenschaftlicher Erörterungen gewesen. Der Einsatz geistig-technischer Führungsmittel zur Eroberung der oberschlesischen Volksmassen für das Bekenntnis zum Deutschen Reich konnte um so leichter dargestellt werden, als nicht nur schriftliche Äußerungen darüber in reichem Maße vorlagen, sondern auch maßgebliche Mitkämpfer persönlich befragt werden konnten.

Eine ungleich schwierigere Aufgabe hatte ich zu lösen. Über die Publizistik der Nachabstimmungszeit ist bis heute so gut wie nichts geschrieben worden. Die Undurchsichtigkeit der Materie und die scheinbare Planlosigkeit der verschiedensten nebeneinander- und durcheinanderlaufenden politischen Ereignisse mag die Scheu berechtigen, die Wissenschaftler und Publizisten gleichermaßen vor der Bearbeitung dieses Kapitels deutscher Nachkriegspolitik schreckte. Ich habe mich bemüht, auch persönliche Auskünfte von maßgeblichen Kennern über das zu bearbeitende Gebiet einzuholen. Meist jedoch war ich gezwungen, aus den gedruckten Quellen nicht nur Auskünfte über das „Wie?", sondern auch über das „Warum" und das „Warum gerade so und nicht anders?" zu ziehen. Hierbei darf nicht unerwähnt bleiben, daß allein die technischen Schwierigkeiten bei der Stoffbeschaffung und deren Bearbeitung sehr große waren.

Der Staats- und Universitätsbibliothek in Breslau und den verantwortlichen Stellen der Staatsbibliothek Berlin bin ich zu Dank verpflichtet. Ihr großzügiges Entgegenkommen ermöglichte mir die Herstellung von Fotokopien der benötigten Zeitungs- und Zeitschriftenquellen, die sonst nicht entleihbar sind.

Besonderen Dank aber möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Dr. E. Dovifat abstatten, der nicht nur den Gang der Arbeit ständig überwachte, sondern auch zu jeder Zeit bereit war, mir mit Anregungen über auftauchende Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Es geht in dieser Arbeit weniger um die nüchternen Daten der Ereignisse, als um die Darstellung der politischen, sozialen und psychologischen Probleme, die die deutsche Publizistik im Kampf um den ungeteilten Verbleib Oberschlesiens beim Reich zu lösen hatte.

„Der Publizist nimmt aus den Spannungen der Zeit Inhalt und Aufgaben seiner Veröffentlichungen" (Dovifat). Diese Spannungen galt es darzustellen, ehe das „Wie?" der Kampfführung erörtert werden konnte. So glaube ich, in der vorliegenden Arbeit eine Gesamtschau der oberschlesischen Publizistik der Nachabstimmungszeit gegeben zu haben, die geeignet ist, die bisher hier noch bestehende Lücke in der Reihe der wissenschaftlichen Forschungen über die oberschlesische Nachkriegsgeschichte auszufüllen.

Letztes Ziel dieser Arbeit war es, die Systematik der publizistischen Kampfführung und ihre Abhängigkeit von den politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten in der Zeit von der Abstimmung bis zum Genfer Diktat aufzuzeigen.

Der Glaube, über die zeitungswissenschaftlich-historische Forschungsarbeit hinaus meiner oberschlesischen Heimat einen bescheidenen Dienst zu leisten, hat diese Arbeiten beflügelt.

Publizistik heißt:
Glauben säen —
Taten ernten!

Berlin, im September 1939.

Günther H. Hahn.

Erster Abschnitt

Das „Problem Oberschlesien".

Soziale und kulturelle Zustände in Oberschlesien. — Die Polenfrage. — Das Diktat von Versailles. — Die Volksabstimmung.

Vieles ist geschrieben und gesprochen worden von dem „Problem Oberschlesien", so daß das Wort bereits als abgehetzt gelten kann. Dennoch sind es nicht immer dieselben Vorstellungen, die Kenner und noch mehr Nichtkenner mit dem Begriff „oberschlesisches Problem" verbinden.

Die meisten Sachkenner pflegen die komplizierten Verhältnisse, die soziale Struktur des Industriegebietes Oberschlesien für die politische Atmosphäre verantwortlich zu machen, in der in den schicksalhaften Jahren 1920/21 die Abstimmungskämpfe ausgetragen wurden.

Andere halten die völkischen Unterschiede zwischen deutscher und „polnischer" Bevölkerung — zumeist zielt man hier auf das Sprachenproblem —, wenige wiederum den konfessionellen Unterschied zwischen der das Land verwaltenden deutschen Beamtenschaft und den Landansässigen für den ausschlaggebenden Faktor des „oberschlesischen Problems".

Die Vielfalt solcher und ähnlicher Urteile warnt davor, sich hier nur eine Anschauung anzueignen. Das Zusammenwirken aller obengenannten Faktoren jedoch hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts zu dem „Oberschlesischen Problem" ausgeweitet.

Vor dem 18. Jahrhundert war Oberschlesien noch ein menschenarmes, verwahrlostes Land, in dem der 30jährige Krieg alle Regungen menschlichen Lebens mit seinem Feueratem erstickt hatte. Die deutschen Siedler, die seit dem 11. Jahrhundert mit Erfolg das Land besiedelt hatten, mußten sich vom flachen Land in die Städte zurückziehen. So ist es erklärlich, daß ein ergiebiger Ackerbau bis ins 18. Jahrhundert hinein nicht getrieben wurde.

Als im Dezember 1740 preußische Truppen die Grenze Schlesiens überschritten und in zwei weiteren schweren Feldzügen ihrem König das Land behaupten halfen, da trat ein völliger Umbruch in der Verwaltung des Landes ein. Der Wechsel aus der österreichischen in die preußische Sphäre brachte viel Segensreiches für die Entwicklung Schlesiens mit sich.

In Heinitz und Graf Reden standen König Friedrich in der Folgezeit die mit dem Land vertrauten Männer zur Seite, die ihm halfen, die reichen Bodenschätze an Eisenerz, Silber und Blei zu erschließen. Mit den Namen dieser Männer verbinden sich auch die Erinnerungen an die Anfänge des zu neuem Leben erweckten oberschlesischen Bergbaues, der dem Lande in der Folgezeit seinen wesensbestimmenden Stempel aufdrückte.[1]

Mit dem Beginn der Industrialisierung in Oberschlesien floß — zum ersten Male wieder seit Jahrhunderten — aus deutschen Gebieten ein Menschenstrom in das nahezu entvölkerte Land. Die Ansässigen bildeten einen eigenen Mischstamm aus deutschen und slawischen Bevölkerungsteilen,[2] die durchaus nicht mit Polen gleichzusetzen sind. Mit dem einsetzenden Zuzug rein deutscher Volksteile klingt auch zum ersten Male das sogenannte „oberschlesische Sprachenproblem" an, das sich in der Folgezeit zu einem nationalen Problem ausweiten sollte. — Allerdings ohne Grund![3] Die Zuwanderer sprachen ihre deutsche Mundart — die Einheimischen aber hatten das sogenannte „Wasserpolnisch" als Verkehrssprache ausgebildet. Und so wie ihre Sprache zwischen zwei Idiomen schwebte, so schwebte auch ihr Volkstum.[4]

Das „Wasserpolnisch" unterscheidet sich vom Hochpolnischen so augenscheinlich stark, daß eben nur eine bequeme Sprachenpolitik aus dem Vorhandensein eines solchen Dialektes auf das nationale Bekenntnis schließen konnte.

Damit leistete diese Politik den Polonisierungsbestrebungen im 19. Jahrhundert ungewollten Vorschub.[5]

Nach dem Jahre 1848 wird der ganze Osten Preußens durch das schamlose „Bauernlegen" der Großgrundbesitzer nahezu entvölkert.[6]

---

[1] „Oberschlesien — Seine Entwicklung und seine Zukunft", Erich Köhrer, Berlin 1925. S. 10.

[2] „Oberschlesien — Seine Entwicklung und seine Zukunft", a. a. O., S. 42.

[3] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", Berlin und Breslau 1925, herausgegeben vom Ost-Europa-Institut, S. 42.

[4] Dr. Hildebert Boehm nennt es daher „Schwebendes Volkstum".

[5] Abstimmungsergebnis 1921 im Kreise Rosenberg: Von 100 wasserpolnisch Sprechenden gaben 62 ihre Stimme für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland ab: „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 48.

[6] Siehe dazu: Josef Partsch, „Landeskunde von Schlesien", Breslau 1911, S. 11 u. f. Das grundlegende Werk „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens" von Prof. Knapp, Leipzig 1887, nimmt die Beispiele für den ärgsten Mißbrauch der Befreiungsgesetze regelmäßig aus der oberschlesischen Agrargeschichte.

Der Zweck der Bauernbefreiung wurde ins Umgekehrte gewandt, das bodengebundene Bauertum zerschlagen. Landlose Massen flohen in die Dominien der Herrschaften und in die stets aufnahmebereiten Industriestädte.

Hier lag und liegt das wirkliche „Problem Oberschlesien". Die soziale Frage ist der Anlaß für die Entfremdung Oberschlesiens von Preußen und damit vom Reich.

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wüteten fast andauernd schwere Hungerepidemien in den Waldgebieten um die Städte Pleß und Rybnik.[7] Das sind genau die Gebiete, die sich im Abstimmungskampf für die Trennung vom Reich entschieden.

In solchen Verhältnissen hält es auch der kulturell Rückständigste nicht aus. Die Trennung vom bisher bewohnten Boden fiel ihm um so leichter, als ja im nahen, einer Hochkonjunktur entgegengehenden Industriegebiet Arbeiter gebraucht und einigermaßen entlöhnt wurden. Hier strömten die landlosen Massen zusammen. Die jeder Hygiene hohnsprechenden Arbeiterkasernen bildeten eine treffliche Grundlage für ein radikalisiertes Proletariat, das sich durch das herrische Benehmen der Beamten nur zu leicht verletzt fühlte. Zumeist waren diese Beamten noch Landfremde — von den Einheimischen noch durch die andere Konfession getrennt —, Eigenschaften, die die großpolnische Agitation gegen Ende des Jahrhunderts nur zu erwähnen brauchte, um neue Anhänger zu gewinnen.

Unglückliche Umstände wollten es, daß im Jahre der März-Revolution die für die Sprachpolonisierung Oberschlesiens bedeutsame Persönlichkeit Bernhard Bogedains aus dem bisherigen Amt als preußischer Schulrat in Posen schied, zum Regierungsrat ernannt und nach Oppeln versetzt wurde.

War bis dahin sprachenpolitisch nichts getan worden, so begann Bogedain mit Energie und Ausdauer, die Zweisprachigkeit im Sinne Polens durchzusetzen. Das Hochpolnische trat an die Stelle, die in einer preußischen Provinz das Deutsche hätte einnehmen sollen. Die Lehrer wurden hochpolnisch ausgebildet. Ja, sogar die Gymnasien, die bisher der Hort des Deutschen waren, wurden zweisprachig. Für die Kirchen wurden polnische Gebet- und Gesangbücher gedruckt, während das Volk bisher das Polnische als Schriftsprache kaum gekannt hatte.[8]

---

[7] Rudolf Virchow: „Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus-epidemie". Archiv für Patholog. Anatomie II, Berlin 1849, S. 143—322. — „Die oberschlesische Hungerpest mit amtlichen Zahlen", eine Frage an die preußische Regierung, Leipzig 1848. — Partsch: „Landeskunde von Schlesien", Breslau 1911. — Eine kurze Zusammenfassung: „Die oberschlesischen Notjahre 1844—1848", S. 43/44 in den „Gleiwitzer Jahrbüchern", 1927.

[8] Siehe dazu: Manfred Laubert, „Die preußische Polenpolitik von 1772 bis 1914", Berlin 1920.

Und doch hätte sich durch eine vorsichtige Umlenkung später noch alles gutmachen lassen, was die hyperliberale Regierungspraxis des „laissez faire" von 1848 bis 1872 verdorben hatte.

Nach der Reichsgründung erleben wir einen völligen Bruch mit der bisherigen Polenpolitik. Zudem machte der verschärfte Kulturkampf das Problem der Behandlung der Polen in Oberschlesien nicht gerade einfacher.

Das Schlagwort „Katholisch gleich polnisch — deutsch gleich protestantisch", das in der Kulturkampfzeit von preußischen Beamten geprägt wurde, hat sich späterhin in nicht vorauszusehender Weise für die Deutschen Oberschlesiens höchst unliebsam bemerkbar gemacht.[9]

Die zunehmende großpolnische Agitation und mancherlei persönliches Verschulden Beamteter trieben die eingeborenen Oberschlesier jeder regierungsfeindlich und zuletzt auch jeder anti-deutschnationalen Politik in die Fänge.

In den Reichstagswahlen der Jahre 1898 bis 1912 zeigten sich dann die ersten Früchte dieser Entwicklung: die polnischen Agitatoren hatten die sozialen und konfessionellen Haßinstinkte gut genutzt und errangen von Wahl zu Wahl mehr Stimmen.[10] Von dem unbedeutenden Prozentsatz von 0,02 aller Stimmen schraubten sie sich bis zum Jahre 1907 zu beinahe 40 % aller Stimmen empor.[11]

Die „Oberschlesische Frage" trat in ihr entscheidendes Entwicklungsstadium! Bei dem Verhältnis von 60 zu 40 ist es dann bis 1921 geblieben. Trotz aller deutschen Propagandabemühungen während der Abstimmung! Die sozialen, kulturellen und konfessionellen Zustände in Oberschlesien hatten sich zum „Oberschlesischen Problem" der Nachkriegsjahre verdichtet.

Während des Krieges hat die großpolnische Propaganda einen weiteren Aufschwung genommen. Der Führer der polnischen Oberschlesier — ausnahmsweise einmal nicht ein aus Posen importierter Agitator —, Wojciech Korfanty, hat wiederholt die Tribüne des Deutschen Reichstages benutzt, um die „Ansprüche" des von ihm ersehnten polnischen Staates (Posen!) auf Oberschlesien anzumelden. Er versäumte es auch nicht, diese „Ansprüche" nach Beendigung des unglücklichen Krieges der Versailler Konferenz nahezubringen, wobei er sie mit der angeblich überwiegenden polnischen Bevölkerungszahl Oberschlesiens begründete.[12] Daß es weniger nationale als soziale Gründe waren, die einen Teil der polnischsprechenden Bevölkerung Oberschlesiens an die Seite der Posener Agitatoren trieben, ist erwiesen. Selbst Korfanty, der den Polen verheißen hatte, sie würden „nach

---

[9] Siehe dazu: Karl Kaisig, „Die polnische politische Propaganda in Oberschlesien und die deutsche Abwehr", Gleiwitz 1924.

[10] Dazu: „Oberschlesien — Seine Entwicklung und seine Zukunft", a. a. O. S. 47.

[11] „Oberschlesien — Seine Entwicklung und seine Zukunft", a. a. O. S. 47.

[12] „Oberschlesien nach den Diktaten von Versailles und Genf", Bd. IV, S. 98-99.

sieben Jahrhunderten preußischer Knechtschaft freie Herren eines freien Landes im freien Polen sein", in dem „jeder Bauer seine Kuh" haben würde, ist am Ende seiner politischen Laufbahn bitter enttäuscht worden.

Die düstere Zukunft des Reiches, das Tribute zahlen und fremde Besatzungen dulden mußte, mag viele Schwankende auf die Seite des von seinen großen Verbündeten so verhätschelten Polen getrieben haben. Soziale Momente waren es also, aus denen heraus sich die Entscheidung eines Teiles der oberschlesischen Landbevölkerung zugunsten National-Polens erklärt. In Versailles jedoch hatte man verstanden, einen anderen Eindruck zu erwecken.

So war es verständlich, daß der der deutschen Delegation vorgelegte Entwurf des Vertragswerkes, das unter dem sinnreichen Titel „Versailler Friedens-Vertrag" soviel Unfrieden stiftete, außer der bedingungslosen Zuteilung des Hultschiner Ländchens an das erste Kind von Versailles, die Tschecho-Slowakei, ebenso die bedingungslose Abtretung fast aller Kreise Oberschlesiens an Polen vorsah.

Der unblutige und den Versailler „Friedens"stiftern unverständliche Abwehrwille des oberschlesischen Volkes brandete in einem einzigen Notschrei empor.

In der endgültigen Fassung des Diktates sah man deshalb von einer Zuteilung Oberschlesiens an Polen ab. Die Volksabstimmung sollte entscheiden über die zukünftige staatshoheitliche Zugehörigkeit.

Erst Anfang 1920 kamen die fremden Truppen in die Provinz und wurden von der an die so oft zitierte „Heiligkeit der Verträge" glaubenden Bevölkerung zwar mit Mißbehagen, aber nicht mit Feindseligkeit zur Kenntnis genommen. Mit dem Tage der endgültigen Besetzung, dem 10. Februar 1920, begann für Oberschlesien die Leidenszeit, die durch die offene Parteilichkeit der französischen Besatzungsteile heraufbeschworen wurde.[13]

Das Land wurde in 20 Kreise eingeteilt, die man sogenannten Kreiskontrolleuren unterstellte. 10 der 20 Kontrolleure waren Franzosen, 5 Italiener und 5 Engländer. 13 000 Franzosen und nur 2000 Italiener versahen den militärischen Besatzungsdienst. Englische Truppen waren nur vorübergehend während der Abstimmungsperiode in Oberschlesien.

Gleich am Tage nach der endgültigen Besetzung ließ die „Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission" (kurz: IK) im Namen der alliierten Mächte eine „neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" verkünden. „Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, die den Klassenhaß und religiöse oder nationale Zwiste

---

[13] „Der Polnische Aufstand in Oberschlesien und die Mitschuld der Franzosen. Mai bis Juli 1921." Das Weißbuch des Kreises Tost-Gleiwitz. Berlin 1921. — „Denkschrift der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens über den Polnischen Aufstand" u. a.

entfachen oder versuchen, revolutionäre Komplotte zu schaffen ... usw. ... werden aufs strengste bestraft", lautete der Schlußsatz dieser Einführungsdeklaration der IK. Gezeichnet war die Verkündigung der „neuen Aera" vom Vertreter Frankreichs, Präsident der IK General Le Rond, dem Vertreter Groß-Britanniens, Percival, und dem Vertreter Italiens, De Marinis.[14]

Schon vor Annahme des Diktates begann die — unter einsichtigen Männern lange vorher diskutierte — Frage in das grelle Licht der Öffentlichkeit zu treten: „Was muß getan werden, um Oberschlesien dem Reich zu erhalten?" Es begann sich eine deutsche Abwehrfront gegen die polnischen Gewalt- und Propagandaaktionen zu formieren.

Nicht alles, was gemeinhin als Propaganda bezeichnet wird, genügt den Anforderungen, die der Wissenschaftler an die Erscheinungsformen der Propaganda stellt.

Professor Dr. E. Dovifat umschreibt den Begriff „Propaganda" wie folgt: „Propaganda ist der planmäßige, geordnete Einsatz geistig-technischer Führungsmittel zur Eroberung breiter Volksmassen für die politische Tat."

Diese Definition wird uns bei der weiteren Untersuchung gute Dienste leisten. Die Vielfalt der Erscheinungsformen der Propaganda, die nach dem Bekanntwerden des endgültigen Diktates (Volksabstimmung) von deutscher wie von polnischer Seite ins Werk gesetzt wurden, macht eine genaue Umschreibung des Begriffes notwendig, um eine klare Scheidung des Wichtigen vom Unwichtigen zu ermöglichen.[15]

Auf deutscher Seite hatte sich am 11. Dezember 1918 eine „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens" unter Dr. Scheffzek und Dr. Strzoda gebildet, die — Ende 1919 in die „Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier", kurz VVHO, umgetauft — die eigentliche Trägerin der deutschen Abstimmungspropaganda wurde.[16] Sie organisierte den Proteststurm der oberschlesischen Bevölkerung gegen die erste Fassung des Diktates im Mai 1919; sie war es auch, die während des Abstimmungskampfes den größten Anteil an der inneren Durchdringung der Bevölkerung mit der Deutschtumswerbung in Wort und Schrift hatte. Neben ihr war es der „Schlesische Ausschuß" in Breslau — im Dezember 1919 von der Regierung in Berlin ins Leben

---

[14] Siehe dazu: „Oberschlesien nach den Diktaten von Versailles und Genf", Bd. IV, S. 102. Laubert: „Die oberschlesische Volksbewegung", Breslau 1938. Vogel: „Die deutsche Presse und Propaganda im oberschlesischen Abstimmungskampf", Phil. Diss., Leipzig 1931.

[15] Der Verfasser beschränkt sich hier auf knappe, umrißhafte Skizzierung der wichtigsten Begebenheiten, da eine ausführlichere Darstellung den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Eine umfassende Untersuchung über die Presse und Propaganda des oberschlesischen Abstimmungskampfes gibt Rudolf Vogel in der Phil. Diss. mit gleichem Titel. a. a. O.

[16] M. Laubert: „Die oberschlesische Volksbewegung", a. a. O.

gerufen, gewissermaßen die Propagandafront der deutschen Parteien —, der entscheidenden Anteil an der deutschen Propagandaarbeit hatte. Als dann nach Eintreffen der IK sich auf polnischer Seite das „Polnische Plebiszitkommissariat" unter Korfanty bildete, mußte auch auf deutscher Seite eine ähnliche Organisationsform geschaffen werden. Dies war das „Deutsche Plebiszitkommissariat" unter Leitung von Dr. Urbanek, eines gebürtigen Oberschlesiers. Man wollte damit auch eine Organisation zu schaffen, die — im Falle des Verbots der beiden anderen — dem polnischen Plebiszitkommissariat ein Kontra bieten konnte. Daher beschränkte sich das deutsche PK auf die unentbehrliche Verwaltungsarbeit am und im Abstimmungsakt.[17] Eine besondere Ruhmestat des PK wird es für immer bleiben, daß es innerhalb der letzten drei Wochen vor der Abstimmung die verwirrende Fülle technischer Schwierigkeiten (Verpflegung und Unterbringung der Reichsoberschlesier u. a.) in einer verblüffenden Schnelligkeit und trotzdem sorgfältigst erledigte.[18] Neben ihrer eigentlichen Tätigkeit versorgte die im Juli 1920 gegründete „Pressestelle des PK" unter Georg Cibis die deutschen Zeitungen in Oberschlesien mit Nachrichtenstoff. Sie gab ihre täglich erscheinenden „Pressebriefe" heraus.[19] Propaganda in des Wortes voller Bedeutung (s. Dovifat!) hat sie wenig betrieben, wie aus den obigen Erläuterungen hervorgeht.

So kamen für die eigentliche Propagandaarbeit nur die VVHO und der „Schlesische Ausschuß" in Betracht, daneben noch die „Pressestelle Spiecker". Letztere lief unter dem harmlosen Namen einen gefährlichen Kurs. Sie belieferte mit ihrem Informationsdienst sowohl die VVHO wie auch den „Schlesischen Ausschuß".

War die Stärke der vom „Schlesischen Ausschuß" ausgehenden Propaganda die großaufgezogene Pressearbeit,[20] so lag die Stärke der VVHO auf dem Gebiet der Flugblatt- und Werbebroschüren-Propaganda.[21] Zu ganz besonderer Blüte brachten aber die VVHO die Plakat-Propaganda, die auch unter heute üblichen Ansprüchen an diese Gattung der Meinungswerbung als durchaus erstklassig anzusprechen sein wird.[22] Bis November 1920 arbeiteten alle Pressestellen irgendwie nach eigenem Gutdünken und nach eigenen Grundsätzen. Dann verstand es der „Schlesische Ausschuß", über den Reichsverband der Redakteure und die Parteien einigen Einfluß auf die Innehaltung bestimmter Richtlinien zu gewinnen.[23] Erst zwei Wochen vor der Ab-

---

[17] Vergl. dazu die Ausführungen Dr. Urbaneks im „Oberschlesier", 8. Jahrg., 3. Heft, S. 191—92.

[18] M. Laubert: „Die oberschlesische Volksbewegung", a. a. O. S. 120.

[19] Vogel a. a. O. S. 84.

[20] Siehe dazu die Tafel „Das deutsch-polnische Presseduell".

[21] Vogel, a. a. O. S. 99.

[22] Vergleiche dazu die im Abstimmungs-Erinnerungsheft des „Oberschlesiers", 8. Jahrg., 3. Heft, und bei Vogel, a. a. O. S. 150 gebrachten Beispiele.

[23] Vogel, a. a. O. S. 85 u. 164.

Das Deutsch-Polnische Presseduell

Datum der Gründung oder des Kaufes	Deutsche Seite (Schles. Ausschuß, F. V. od. Bund der Oberschlesier)	Polnische Seite (Korfanty u. Napieralski.)	Datum der Gründung oder des Kaufes
14. 12. 18	„Polnische Pressestimmen" (F. V., für ganz Schlesien)		
		„Weißer Adler"	6. 1. 19
23. 2. 19	„Der Helfer" (F. V.)		
29. 3. 19	„Dzwon-Glocke" (F. V.)		
8. 6. 19	„Schwarzer Adler" (F. V. und Großindustrie)		
15. 6. 19	„Ostdeutsche Morgenpost" (bzw. Beuthener Zeitung.)		
Juni 19	„Oberschles. Mitteilungen" (Oberschl. Ausg. d. „Poln. Pressestimmen" (s. o.)		
		„Sztandar Polski" (Korfanty)	25. 9. 19
3. 10. 19	„Der Oberschlesier"		
		„Oberschles. Grenzzeitung" (von Korfanty aufgekauft! K. dringt in die deutsche Zeitungsfront ein.)	Dez. 19
		„Oredownik" (K.s Organ als Plebiszitkommissar)	6. 1. 20
		„Gazeta Ludowa" (von Napieralski aufgekauft)	Jan. 20 (?)
		„Kreuzburger Zeitung" (v. K. aufgekauft)	Jan. 20
17. 3. 20	„Kreuzburger Nachrichten"		
März 20	„Der Bund-Związek" (Bund der Oberschlesier)		
24. 4. 20	„Oberschles. Landeszeitung"		
24. 4. 20	„Oberschl. Morgenzeitung" (beide: Siwinna-Verlag)		
		„Schwientochlowitzer Zeitg." (v. K. aufgekauft. Kopfblatt der „Grenzzeitung")	Mai 20
	Korfanty versucht die „Oberschlesische Volksstimme" zu kaufen!		
Mai/Juni 20	„Oberschles. Volksstimme" (geht an dtsch. Konsortium über. Schl. Ausschuß!)	„Oberschles. Post"	ca. Mai 20
		„Kath. Volkszeitung" (Chefredakteur der „OS-Volksstimme" Trunckhardt geht zu K.s „Kath. Volksztg." über!)	Juni 20 (?)
		„Kocynder" (Witzblatt, im Gebetbuchverlag (!) Miarka)	17. 6. 20

Datum der Gründung oder des Kaufes	Deutsche Seite (Schles. Ausschuß, F. V. od. Bund der Oberschlesier)	Polnische Seite (Korfanty u. Napieralski.)	Datum der Gründung oder des Kaufes
9. 7. 20	„Gesamtüberblick über die polnische Presse" (Berlin)		
Juli 20	„Pieron" (Witzblatt. Antwort auf Kocynder!)		
1. 8. 20	„Der Heimattreue des Kreises Oppeln" (V. V. H. O.)	ein deutsch-evangelisches Gemeindewochenblatt (v. K. aufgekauft!)	ca. Aug. 20 (?)
15. 8. 20	„Dobra Rada" Kath. relig. Wochenschrift. (Antwort auf K.s Kauf d. evgl. deutsch. Gemeindeblattes.)		
		„Messager de Haute-Silesie. Journal Hebdomadaire paraissant le Dimanche." (für die franz. Besatzung! Gebetbuchverlag Miarka.)	10. 10. 20
Okt. 20	„Oberschlesische Rundschau" (Umgestaltung d. bisherigen „Oberschles. Volkszeitung" in Ratibor)		
		„Czerwony Sztandar" (poln. kommunist. Idee: K.)	ca. 20. 10. 20
6. 11. 20	„Wola Ludu" (Verlag: der aus der Korfanty-Front ausgeschied. Theofil Kupka! Spiecker)		
10. 11. 20	„Kommunist. Arbeiterpost" (Antwort auf „Czerwony Sztandar"!)		
29. 12. 20	„Głos Górnoslaski" (Geheimzeitung! Persönl. Postversand. Spiecker)		
6. 1. 21	„Kraj Górnoslaski" (Agitationsblatt der Heimattreuen)		
		„Das Erwachen" (autonomistisch. K. beginnt deutsche Ztg. zwecks Verwirrung der deutsch. Front zu lanzieren.)	Ende Jan. 21
		„Oderwacht"-Ratibor (!)	1. 2. 21
		„Oberschles. Wegweiser" Ratibor (!)	1. 3. 21
18. 3. 21 (2 Tage vor d. Abstimmg.!)	„8-Uhr-Abendblatt" (Siwinna-Verlag. Lediglich als Geschäftsunternehmen gedacht. Keine Propagandaabsicht!)		

Besondere Beachtung verdient das Bemühen Korfantys, durch Aufkäufe alter deutscher Organe Einfluß auf deutsche Kreise zu gewinnen. Von den 15 Abstimmungsgründungen und Käufen Korfantys sind 10 (!) deutsch geschrieben! Das Aufgreifen kommunistischer Tendenzen zu großpolnischen Agitationszwecken und die Gründung eines für die französische Besatzung bestimmten Blattes sind typisch Korfantysche Erfindungen. Auf deutscher Seite sind die Gründungen des „Schwarzen Adlers", des „Pieron", des „Wola Ludu" und der Geheimzeitung „Głos Górnoslaski" markanteste Punkte der propagandistischen Stoßrichtung. Vergl. auch die Aufeinanderfolge der deutschen und polnischen Gründungen!

stimmung gelang es in einer Pressekonferenz in Kattowitz (6. 3. 21), eine bestimmte einheitliche Ausrichtung in die deutsche Pressepropaganda zu bringen.

Unterdessen waren die Polen nicht müßig geblieben. Was ihnen an Präzision bei der geistigen Beeinflussung der Bevölkerung fehlen mußte (Intelligenzarmut), versuchten sie durch gewaltsame Aktionen zu ersetzen. Im August 1919 und 1920 brausten zwei polnische Aufstände über das vom täglich wachsenden Polenterror gequälte Land hinweg. Sie sollten einen Tatbestand schaffen, der die Abstimmung überflüssig gemacht hätte. Korfanty griff — rücksichts- und gewissenlos wie in seiner Pressepropaganda — zu einem letzten Ausweg: er wollte mit organisierten Terrororganisationen die deutsche Bevölkerung so einschüchtern, daß sie apathisch einer Besetzung des Landes durch die Insurgenten zugesehen hätte. Die Franzosen haben damals kaum etwas getan zur Niederwerfung des Aufstandes. Ihnen wäre eine Annektion durch Brachialgewalt sogar nicht einmal unlieb gewesen, weil sie deutlich fühlten, daß ein polnischer Abstimmungssieg kaum zu erwarten war.

Namenloses Leid lag über den Dörfern und Städten, in denen polnische Insurgenten mit Prügel und Revolver herrschten. Lange ließ der Tag der Abstimmung auf sich warten. Immer wieder zögerten die verantwortlichen Stellen der IK ihn heraus, bis er sich nicht mehr verschieben ließ. Die deutsche Propaganda mußte auch unter den schwersten Bedingungen ihre drei Hauptaufgaben bewältigen:

1. Die auf jeden Fall Deutschgesinnten in ihrem Glauben an Deutschland zu bestärken.
2. Die Schwankenden zu einem Gesinnungsurteil für Deutschland zu veranlassen.
3. Die auf jeden Fall Polnischgesinnten in ihrem Glauben zu erschüttern.

Der 21. März 1921, der Tag der Abstimmung, setzte den erbitterten Kämpfen um ein deutsches Oberschlesien ein Ende.

717 000 Oberschlesier erklärten sich für den Verbleib beim Reich und 483 000 Stimmen waren für den Anfall an Polen abgegeben worden. 60 % aller Oberschlesier hatten sich also — trotz blutigsten Gesinnungsterrors — zu Deutschland bekannt und nur 40 % zu Polen.[24]

---

[24] „Bemerkungen des Plebiszitkommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis, Nr. 1“, Kattowitz 1921.

Die deutsche Publizistik in der Zeit von der Abstimmung bis zur Genfer Entscheidung

Die Arbeitsmethode. — Der Abstimmungssieg. — Die unmittelbare Nachabstimmungszeit (Ende März bis Ende April 1921). — Der dritte polnische Aufstand (Mai bis Juli 1921). — Die Pariser Tagung des Obersten Rates und die Genfer Ratstagung mit dem Endergebnis des sogenannten „Genfer Schiedsspruches". (August bis Okt. 1921.)

Im I. Abschnitt dieser Arbeit wurde von der Propaganda der Abstimmungszeit gesprochen. Die Propaganda als eine der möglichen Erscheinungsformen der Publizistik wurde als Begriff umrissen.

Von dem Phänomen „Publizistik" sagt Dovifat (a. a. O.):

„Publizistik ist öffentlich vollzogene, geistige Führung mit Gesinnungskräften durch innere Überzeugung zur Tat."

Es ist um so nötiger, diese genaue Definition hier zu bringen, weil im Verfolg der Untersuchung der Nachabstimmungspublizistik von bestimmten Druckwerken zu sprechen sein wird (Denkschriften), die aus der näheren Untersuchung ausgeschlossen werden müssen, da sie nicht in publizistischer Absicht herausgegeben wurden. Die Denkschriften tragen rein amtlichen Charakter und sind also einer weiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich. Es sei denn, sie werden inhaltlich durch Zeitungen, Zeitschriften oder in Reden einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Dann ergibt sich auch die Möglichkeit, sie als Stoff solcher publizistischen Veröffentlichungen zu behandeln.

Da aber zur genauen Kenntnis der Verhältnisse und beim eingehenden Studium der gesamten von uns zu betrachtenden Geschichtsperiode das Wissen um den Inhalt der vielen Denkschriften sehr wesentlich ist, wird im Quellenverzeichnis zu dieser Arbeit eine Aufstellung aller bekannten Denkschriften und Noten gebracht. Das Studium dieser Schriftstücke kann das Wissen um die manchmal nicht gerade unkomplizierten Verhältnisse wesentlich fördern.

Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit — wie man es vermuten könnte —, das geschichtliche Geschehen einer bestimmten Epoche oberschlesischer Geschichte an sich zu behandeln. Vielmehr befaßt sich diese Arbeit im Rahmen der Betrachtungen publizistischer Ereignisse mit den konkreten Daten der Geschichte erst in zweiter Linie und nur insoweit, als dies der Kreis der Aufgaben erfordert. Daß trotzdem der Inhalt dieser Arbeit — so hoffen wir — weit über die rein wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse hinausreichend von Interesse ist, liegt im Wesen der Publizistik begründet. Der Stoff jeglicher Publizistik ist ja Zeitgeschehen, ist also Wiedergabe der in der Zeit liegenden Spannungen.[25] Das darf uns aber nicht zu der Ansicht verleiten, daß wir uns aus unserer Betrachtung ein durchaus maßgebliches, unanfechtbares Urteil über das Geschehen an sich zu bilden in der Lage sind. Besonders der mit dem Wesen der Publizistik nicht Vertraute neigt zu einer solchen Anschauung. Es liegt im Wesen der Publizistik, die Dinge der Politik, der Wirtschaft und anderer Gebiete nicht so darzustellen, wie sie sind oder auch wie sie uns erscheinen. Dies ist Aufgabe der Geschichtswissenschaft, aber nie der Publizistik. Der Publizist b e n u t z t nur den ihm von der Politik u. a. gebotenen Stoff, um a n ihm und d u r c h ihn die von ihm als richtig erkannte Einsicht ü b e r die Dinge zu demonstrieren.[26] Es muß also davor gewarnt werden, die hier gebrachten Untersuchungsergebnisse als Darstellung eines geschichtlichen Geschehens an sich zu betrachten. Dies zu tun war nicht Aufgabe und konnte es aus obigen Einsichten heraus nicht sein.

Zwei Möglichkeiten ergeben sich für den Gang unserer Betrachtungen. Einmal: die einzelnen publizistischen Erscheinungsformen nacheinander herzunehmen und in dem so gebotenen Rahmen das Geschehen zu beleuchten, um so das Wirken der Publizistik an Hand der Tatsachen aufzuzeigen und für den speziellen Fall zu untersuchen. Zum anderen: die Tatsachen des politischen Geschehens chronologisch zu ordnen und danach die Arbeit auszurichten, wobei sicher das Interesse des Lesers in starkem Maße gewonnen würde.

Beide Möglichkeiten sind in unserem Falle gangbar. Garantiert zwar die erste Möglichkeit saubere Einzelforschungsergebnisse, so wird

[25] Dovifat, a. a. O., sagt: „Der Publizist nimmt aus den Spannungen der Zeit den Inhalt und die Aufgaben seiner Veröffentlichungen."

[26] Spael in „Journalistik und Publizistik", Goerres-Verlag 1928, sagt: „Jeder Publizist hat den Willen, sich durchzusetzen mit seiner von ihm erkannten Wahrheit."

kaum die Geschlossenheit und Übersichtlichkeit gewährleistet, die man von einer wissenschaftlichen Arbeit fordern muß. Einzelergebnisse hintereinander aufgereiht, ergeben noch lange keine methodisch und inhaltlich einwandfreie wissenschaftliche Schau. Dafür aber mangelt der zweiten von uns eben aufgezeigten Möglichkeit die immer sachgerechte — also zeitungswissenschaftliche — Auswertung der gegebenen Stoffinhalte.

Der Verfasser hat sich für folgenden Arbeitsweg entschieden: er gliedert die Stoffinhalte (also: Fragekomplexe wie „Unteilbarkeit Oberschlesiens" oder „Der polnische Terror" usw.) dem Zeitablauf nach und behandelt dann innerhalb dieser historischen Gliederung die einzelnen publizistischen Erscheinungsformen an Hand des jeweils vorliegenden Stoffkomplexes.

So wird zweierlei erreicht:

1. eine sachgerechte und wissenschaftlich angängige Betrachtung der publizistischen Erscheinungen,
2. eine Gesamtschau des Kampfes der deutschen Publizistik um den Verbleib Oberschlesiens beim Reich.

Als erstes ist es nötig, die Entwicklung des Geschehens in Oberschlesien unmittelbar nach der Abstimmung zu verfolgen. Das Ereignis der Abstimmung hatte alle Voraussagen über den weiteren Lauf des Geschehens, die vor der Abstimmung gemacht wurden, über den Haufen geworfen. Das Land überlebte — wie man es nicht erwartete — den Tag in einer Ruhe, die beängstigend war. Am 20. März 1921 sind tatsächlich keine ernsteren Ausschreitungen polnischer Terroristen gegen Deutschgesinnte zu verzeichnen gewesen.[27]

Was war geschehen? Sollte der Tag, um den Tausende jahrelang gebangt hatten, für den sie alle die schwersten Opfer — einige sogar das Opfer des Lebens gebracht hatten, sollte dieser Tag mit einem Schlage die Erlösung von der Fessel des polnischen Terrors gebracht haben? Sollte sich die Wut völlig ausgekocht haben und nun nicht mehr fähig sein, die Menschen in Erregungszustände hineinzulavieren? Wie ein Kranker, der zum erstenmal wieder frei vom Fieber ist, wollte das Land aufatmen. Und doch: nur 24 Stunden hat diese Fieberfreiheit angehalten. Schon der nächste Tag brachte das alte Leiden zurück. Die einfachste und zutreffendste Beurteilung der auffallenden Ruhe am Abstimmungstage gibt uns eine Darstellung in „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch"[28]: „Wenn die durch und durch verhetzte polnische Anhängerschaft sich am Abstimmungstag wirklich jeder Gewalttätigkeit enthalten hat, so läßt sich dies nur auf Grund einer

[27] Lediglich die „Ostdeutsche Morgenpost" vom 21. 3. 1921 meldet bedrohliche polnische Störungsversuche und berichtet von der Beschießung eines Barackenlagers in Beuthen.

[28] a. a. O. Kap. III, „Oberschlesiens Niedergang während der Regierung der Interalliierten Kommission", S. 138.

festen und energischen Parole erklären, die Korfanty im rechten Augenblick, wahrscheinlich auch auf Anweisung von Le Rond erlassenen Weisung, gegeben haben wird. Vor den Augen der Welt, die an diesem Tage auf das oberschlesische Abstimmungsgebiet gerichtet waren, mußte unter allen Umständen der Schein des Rechts gewahrt bleiben. Die Gerechtigkeit der polnischen Sache durfte keinen Flecken erleiden. Den Deutschen durfte man keine Angriffspunkte für eine Anfechtung der Abstimmung in die Hand geben. Man hatte ja auf andere Weise erreicht, was man gewollt: die Einschüchterung der deutschen Abstimmungsteilnehmer auf der ganzen Linie und damit die erstrebte Verschiebung des Abstimmungsergebnisses zugunsten Polens."

Ein Lächeln kann man nur der stolzerfüllten Verlautbarung der Interalliierten Kommission zubilligen, die die äußerlich ruhige Durchführung der Abstimmung als Frucht ihrer segensreichen Volkserziehung darstellte. Denn: kaum war der Abstimmungstag verflossen, da regten sich schon allenthalben die Häupter der Hydraschlange „Gerücht": die Polen wollten Rache üben an den Reichsdeutschen Abstimmungsteilteilnehmern für ihre Stimmabgabe und in die Städte eindringen.[29] Unter der äußeren Ruhe des Abstimmungstages verbarg sich für 24 Stunden die leidenschaftliche Erregung auf beiden Seiten. Angesichts der durchaus nicht ganz haltlosen Gerüchte von einer polnischen „Vergeltung" strömten die nach Tausenden zählenden Reichsoberschlesier zu den Bahnhöfen. Der für zehn Tage festgelegte Abbeförderungsplan der Eisenbahnverwaltung wurde über den Haufen geworfen. Und für die abgereisten Gäste aus dem Reich stellten sich die zu Tausenden in die Städte strömenden Flüchtlinge aus den Dörfern ein, die Grund hatten, polnische Vergeltungsmaßnahmen zu befürchten. Von Tag zu Tag nahm der Flüchtlingsstrom zu.[30]

Aus der gewittergeladenen Atmoshpäre heraus zuckten die Blitze hernieder, ohne daß bis auf weiteres das Ende der stündlich unerträglicher werdenden Lage abzusehen war. Dem oberflächlichen Betrachter muß diese ganze Nachabstimmungszeit bis zur Genfer Entscheidung wie ein Chaos erscheinen, über das chronologisch zu berichten wenig Sinn hat. Und dennoch heben sich aus dem Gesamtkomplex der unmittelbaren Nachabstimmungszeit — also: von Ende März bis Ende Oktober 1921 — drei Perioden heraus, die deutlich unterschieden werden müssen:

1. die unmittelbare Nachabstimmungszeit (zeitlich: 21. März bis Ende April 1921);
2. Der dritte polnische Aufstand (Mai bis Juli 1921);

---

[29] Dort waren hauptsächlich die Reichsdeutschen, die zur Wahl gekommen waren, untergebracht worden.

[30] In der Sonntagsausgabe vom 27. 3. der „Kattowitzer Zeitung" forderte eine ganzseitige Anzeige der Flüchtlings-Fürsorgestelle des Plebiszitkommissariats in Kattowitz die Bewohner auf, Unterkunftsstellen zu melden.

3. die Pariser Tagung des Obersten Rates und die Genfer Ratstagung mit dem Endergebnis der sogenannten „Genfer Entscheidung" (zeitlich: August bis Oktober 1921).

Wir machen nun jeden dieser Zeitabschnitte zum Titel eines besonderen Abschnittes dieses Kapitels und verfolgen in ihm die sich entwickelnden großen Aufgabenkomplexe der Publizistik und ihre Lösung.

Die unmittelbare Nachabstimmungszeit
(Ende März bis Ende April 1921)

Selbstverständlich war der deutsche Abstimmungssieg vom 20. März Gegenstand aller publizistischen Veröffentlichungen der ersten Tage der Passionswoche (21.—27. März 1921). Aus den Spannungen der Zeit heraus nimmt ja der Publizist seine Stoffe. Um so leichter wurde das den deutschen Publizisten Oberschlesiens, als die Abstimmung, um die man in einem beispiellosen Ringen Jahre hindurch gestritten hatte, zu Deutschlands Gunsten ausgefallen war. In großen Schlagzeilen schrien die Zeitungen die Mitteilungen vom deutschen Sieg in ihren Leserkreis.[31] Die deutsche Mehrheit von über 200 000 Stimmen forderte eine Besprechung heraus. Trotzdem fällt uns auf, daß man fast durchweg nur die Zahlenaufstellungen sprechen ließ. Die große Niederlage Korfantys, der noch drei Monate vor der Abstimmung erklärt hatte, daß er mit einer polnischen Mehrheit von 80 % polnischer Stimmen rechne,[32] konnte wohl den Zeitungen eine Weile lang genug Stoff für Polemik bieten. Es ist aber auffallend, daß die oberschlesischen Zeitungen kaum von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben. Warum eigentlich nicht?

Wir sind genötigt, hier etwas zu verweilen, da nur eine genaue Kenntnis der gegebenen Umstände uns eine Erklärung dieser für uns Heutige immerhin seltsamen Tatsache ermöglicht.

Mit dem Abstimmungstag war eine zweijährige Entwicklung zum Abschluß gekommen. Das Volk hatte seinen Willen kundgetan! Nun war es Aufgabe der IK, die Schlüsse aus dem Wahlergebnis zu ziehen und damit das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden.

Wir sind heutzutage geneigt, die Kundgebung des Volkswillens als maßgeblich für die Gestaltung seines völkischen Wohles anzusehen.[33] Es kann bei der heutigen inneren und äußeren Stärke des Reiches

---

[31] „Ostdeutsche Morgenpost" vom 21. 3., „OS-Volksstimme", „Kurier", „Der Oberschlesische Wanderer" u. a.

[32] Bericht des Sonderberichterstatters des „Berliner Tageblattes", wiedergegeben im „Oberschlesischen Kurier" vom 22. Dezember 1920.

[33] Das Beispiel der Saarabstimmung zeigt, daß mit dem Bekanntwerden der Ergebnisse eigentlich schon der Wiederanschluß ans Reich beschlossen war.

auch niemand auf die Idee kommen, eine völkische Abstimmung anders auszuwerten, als es die Zahlen der Stimmen und ihr Verhältnis zueinander befehlen. Die Freiheit eines Volkes hängt — und das ist ein heute beinahe banaler Schluß — von der von ihm ausgeübten Fähigkeit zur Verteidigung seines Rechtes ab. Die Wechselwirkung von Staatsmacht und dem Willen einer völkischen Gemeinschaft ist ein Gesetz des Völkerlebens. In unserem Falle aber hatte wohl eine geschlossene völkische Gemeinschaft sich zu dem Staat des Gesamtvolkes bekannt — dieser Staat aber war nicht souverän, d. h.: er hatte nicht die Mittel, um den Willen seiner Glieder auch gegenüber Widersachern durchzusetzen. Wenn es den Ententemächten gefallen hätte, Oberschlesien trotz seiner überwiegenden Mehrheit deutscher Stimmen zu Polen zu schlagen, so hätte das Reich damals außer papierenen Protesten kein anderes Mittel gehabt, um diesen neuerlichen Bruch des Völkerrechtes abzuwehren.[34]

Die oberschlesische Publizistik mußte sich dem Wohlwollen der IK zu treuen Händen überlassen. Ja, sie mußte — trotz des eindeutigen Wahlergebnisses — versuchen, das Wohlwollen dieser internationalen Institution noch durch besonders „braves" Verhalten zu erbitten. Es ist dies zwar ein trauriger und eines freien Volkes unwürdiger Schluß — aber er ist der einzig mögliche gewesen. Aus diesem Grunde mußte auch die Tagespresse sich jeder Polemik enthalten, die geeignet war, die Bevölkerung in ihrem Stolz zu stärken. Ein solcher Stolz hätte naturnotwendig das Vorhandensein fremder Besatzungstruppen noch drückender und herausfordernder empfinden müssen. Die Folgerungen waren an den Fingern abzuzählen: Freudenkundgebungen der sich erlöst glaubenden Deutschen — drastische Proteste gegen neuerliche polnische Terroraktionen — und: Aufbegehren gegen die die Polen schützenden französischen Organe! Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß man im besetzten Gebiete davon absah, Freudenkundgebungen aufzuziehen.[35] Im eigenen Interesse also mußte die oberschlesische Tagespresse — der ja als erster die publizistische Auswertung der Abstimmungsergebnisse oblag — alles vermeiden, was

---

[34] Daß diese von uns als Annahme aufgezeigte Möglichkeit nicht ganz aus der Luft gegriffen ist, beweist ein „Politisches Übereinkommen" zwischen Frankreich und Polen, das am 19. Februar 1921 — also einen Monat vor der Abstimmung — abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen kettete Frankreich an Polen in einem Maße, daß es nicht ausgeschlossen war, daß Frankreich den Polen auch mit völkerrechtswidrigsten Mitteln zu einer Festigung seiner wirtschaftlichen Existenz verhelfen würde.

[35] Anders war die Lage in dem benachbarten Schlesien und im Reich. Ein Kuriosum: das Volk, das als erstes Grund zur Freude gehabt hätte, mußte still bleiben, während die nur indirekt Beteiligten Freudenkundgebungen mit gemeinsamen Glückwunschadressen an die oberschlesischen Volksgenossen veranstalteten. — Vergl. Die Glückwunschtelegramme und Verlautbarungen der Reichsregierung, Ostd. Mopo. 22. III./Glückwunschtelegramm der Breslauer Zentrumspartei zum Abstimmungssieg in OS=Volksstimme v. 22. 3. Mittagausgabe u. a.

irgendeine ungünstige — für die IK ungünstige! — Wirkung haben konnte! Zum anderen war es das Bestreben fast aller oberschlesischen politischen Kreise, die während des Abstimmungskampfes in die Brüche gegangene Zusammenarbeit mit den polnischen Landbewohnern wieder irgendwie zu leimen. Aus diesem Grund heraus durfte keine Verlautbarung von deutscher Seite eine die oberschlesischen Polen angreifende Tendenz tragen. An Händen und Füßen gebunden, blieb also nichts übrig, als die Wahlergebnisse mit möglichst allgemein gehaltenem Kommentar — am besten aber ohne Kommentar — zu versehen.[36] Zwei Tage lang nur hatte die Tagespresse die Möglichkeit, die Abstimmungsergebnisse zum alleinigen Inhalt ihrer Kommentare zu machen. Schon am dritten Tage nach der Abstimmung (also: 23. 3.) ist sie dieser Aufgabe enthoben. Die für heutige Verhältnisse ungeheuer kurze Periode, in der ein solches Ereignis von derartig weittragender Bedeutung zum Gegenstand der Zeitungsdebatte gemacht wurde (zwei Tage lang nur!) beweist, daß das eigentliche Problem — oder vielmehr der Problemkomplex viel tiefer und wesentlich weniger klar lag, als es die nüchternen Stimmentabellen vermuten lassen! Bereits am 22. März 1921 kündigte sich das Hauptproblem Oberschlesiens nach der Abstimmung an:

Der polnische Terror.[37]

Jede gewaltsame Auseinandersetzung zweier politisch verschiedener Gruppen wird erst dann akut, wenn einer oder mehrere Urheber die „Gründe" für ein solches Unternehmen den mit weniger Verstand begabten Anhängern recht einleuchtend darlegen können. Es ist ein folgenschwerer Irrtum, wenn gemeinhin geglaubt wird, der Terror könne provoziert werden.

Ein Wutausbruch kann wohl einmalig herausgefordert werden. Die Wut über das Mißlingen eines Geschäftes bricht in dem Moment urgewaltig und ungetrübt von der verstandesmäßigen Überlegung „Hat es Sinn — oder nicht?" aus, in dem man sich durch irgendeine Erscheinung, ein Wort, eine Gebärde an dieses mißlungene Geschäft erinnert fühlt, es aber doch nicht in ein gelungenes umwandeln kann: in dem Augenblick verliert der ohnehin durch den Mißerfolg aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachte Provozierte die Beherrschung. Er „verliert die Fassung" sagen wir und drücken damit aus, daß sich der Betreffende hemmungslos seinen Gefühlen überläßt, sich „Luft" macht. Er öffnet seinen schäumenden Gefühlen ein Ventil, d. h. die bis dahin mühsam aufgespeicherte Wut bricht elementar und einmalig aus dem

[36] Siehe z. B. der „Oberschlesische Kurier" vom 22. 3., der seine langen Zahlenaufreihungen mit der völlig tendenzlosen Schlagzeile „Abstimmungsergebnisse" überschrieb.

[37] Die „Oberschlesische Volksstimme" vom 22. 3. gibt ihrer Morgenausgabe die Überschrift „Der ungeheure polnische Terror gegen die Deutschen!"

kochenden Inneren heraus — und vergießt sich. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein Mensch, der sich noch eben mitten im Wutrausch befand, beim Anblick seines geschädigten Opfers plötzlich erschüttert wird. Er stutzt — und flieht vor dem Opfer seines Wutausbruches. Oder: er versucht sich vor seinem Gewissen dadurch zu rechtfertigen, daß er behauptet: „Er hat mich provoziert!" Und hier trifft diese Wendung zu. Aber nur hier! In den allermeisten Fällen begnügt sich der so Provozierte mit dem einmaligen Wutausbruch. Ja, er erinnert sich nur sehr ungern dieses Vorfalles, will nichts mehr damit zu tun haben. Der im Kern noch anständige Mensch schämt sich seines Wutausbruches.[38]

Terror ist eine folgerichtig ausgedachte Kette von künstlich herbeigeleiteten Wutausbrüchen. Terror ist immer irgendwie organisiert. Er bedarf zumindest der dauernden Aufpeitschung durch Agitatoren, von gewohnheitsmäßigen Hetzern. Aber eins kann der Terror nie: provoziert werden! Terror ist — wir ersehen dies aus unserer obigen Betrachtung des Werdens eines Wutausbruches — eine Angelegenheit von gewohnheitsmäßig zum Rechts- und Gesetzesbruch neigenden Personen. Terror ist also nie Angelegenheit eines ganzen, womöglich eines auf Rechtssicherheit begründeten, Staat bildenden Volkes. Diese Überlegungen werden uns in unserer nun folgenden Betrachtung gute Dienste leisten und sich als gerechtfertigt erweisen.

Wir stellten schon einmal fest, daß der Tag der Abstimmung im oberschlesischen Gebiet im allgemeinen ruhig verlief und führten dies auf eine energische Parole Korfantys zurück. Am 21. März — also einen Tag nach der Abstimmung — mehrten sich die Fälle politischer Wutausbrüche auf polnischer Seite. Auffallenderweise konnte man

---

[38] Einen ähnlichen Vorgang beobachten wir auch bei unorganisierten Massenerhebungen. Die Masse wird durch irgendetwas herausgefordert, gerät in Wut und schlägt in der Ekstase alles kurz und klein, was ihr in den Weg kommt. Sie stürmt die Paläste, plündert sie. Befreit die Gefangenen, ganz gleich, ob sie nun politische oder andere Gefangene sind. Die Gefangenen, unter denen sich eine ganze Reihe von Gewohnheitsverbrechern befinden — also: von zum Verbrechen veranlagten Kreaturen —, marschieren in der ersten Reihe des Demonstrationszuges mit — und bestimmen von da die „Politik" der aus der Massenerhebung sich entwickelnden Revolutionsbewegung! — Der übrige Teil der Masse tritt von da an in den Hintergrund. Zu Hause angekommen, stellt er fest, daß er bei der Plünderung etwas „mitgenommen" hat. Wieder in seiner gewohnten Umgebung, jenseits der Ekstase, wirkt diese handgreifliche Tatsache als Schock auf ihn. Dovifat, dem wir diese Darstellung inhaltlich entlehnen, weiß zu berichten, daß eine ganze Anzahl dieser von der Revolutionsekstase mitgerissenen Plünderer später die geraubten Sachen wieder an ihren Ort zurückbringt. Die Leute schämten sich! Es war ihnen unbegreiflich, wie sie sich zu solchem Tun hatten hinreißen lassen können. Unterdessen aber bestimmen die befreiten Verbrecher als Oberhäupter von — Terroristenbanden den Lauf der Dinge. Ihnen hat das Hinübergleiten einer revolutionären Massenerhebung in die feste Ordnung eines neuen Staatsgebildes nichts zu bieten. Im Terror verschleiern sie auch weiterhin ihre verbrecherische Veranlagung mit dem Mantel besonderer Gesinnungstüchtigkeit. Siehe: die russische Revolution von 1917.

aber nur im Industriegebiet von einem systematischen Terror sprechen.[39] Woher der Beachtung fordernde Unterschied zwischen Industriegebiet und flachem Land?

Das Signal für den Terror war ohne Zweifel die Abstimmungsverlautbarung Korfantys vom 21. 3. (wiedergegeben in der „Grenzzeitung" vom 23. 3. 1921). Es verschlägt einem einfach den Atem, wenn man bedenkt, daß derselbe Mann, der eine so vernichtende Niederlage erlitten hatte, und der sich so vor der ganzen Welt blamiert hatte (welcher er suggerieren wollte, es säßen in Oberschlesien ca. 90 % Polen), seinen Anhängern folgendes mitteilte:

„Landsleute!

Am Palmsonntag hat das polnische Volk Oberschlesiens den völligen Sieg errungen! Trotz deutschen Terrors, trotz des Mißbrauches des in deutschen Händen befindlichen Verwaltungsapparates, trotz der Flut der deutschen Emigranten, die in der Zahl von 200 000 nach Oberschlesien kamen und für Deutschland stimmten, trotz der Hunderte von Millionen Mark, die für den Stimmenkauf nach Oberschlesien geworfen wurden, und trotz aller Widrigkeiten haben die Bewohner der Ostkreise Oberschlesiens — vor allem des Industriegebietes und der nördlich, westlich und südlich davon gelegenen Kreise — ihre Stimme für Polen abgegeben. Die erdrückende Mehrheit der Gemeinden dieser Kreise hat das Joch der preußischen Knechtschaft zersprengt und hat den unerschütterlichen Willen ausgesprochen, mit dem Mutterlande vereint zu werden!

Hochachtung gebührt Euch, liebe Landsleute, für Eure Ausdauer, für Euren Mut, Eure Opferwilligkeit! Die ganze Welt hat mit Spannung und Ehrfurcht Euren heldenmütigen Kampf verfolgt. Das Vaterland sendet Euch von nah und fern seinen herzlichen Dank! Mit Freuden werdet Ihr erwartet!

Doch der Kampf, den wir seit so vielen Jahren um unsere Freiheit und unsere Erlösung führen, ist noch nicht beendet! Nun beginnt der Zeitabschnitt der diplomatischen Kämpfe und der nationalen Verhandlungen, die über das Schicksal unserer Heimat entscheiden sollen. Die Botschafterkonferenz in Paris wird alsbald die Festsetzung der Westgrenzen unseres Landes in Angriff nehmen. Es ist unsere eherne Aufgabe, auch weiterhin bis zur endgültigen Regelung die heilige Einigkeit und die brüderliche Einheit zu bewahren und alle Kräfte anzuspannen, damit unsere Grenzen weitab nach Westen geschoben werden. (Man beachte die von uns gesperrt wiedergegebenen Satzteile.) Darum müssen wir alle, wie bisher, ohne Unterschied der sozialen und politischen Bekenntnisse in einer Front gegen den gemein-

[39] „Oberschlesische Volksstimme" vom 22. 3., Morgenausgabe.

samen Feind vorgehen. Wie bisher müssen alle parteipolitischen Sonderbestrebungen ..... und dem Feind solange ein nationaler Block gegenübergestellt werden, bis unser ..... Kampf um die Freiheit durch den endgültigen Triumph gekrönt wird und die Grenzen unseres Landes entsprechend festgelegt werden. Darum alle Mann ins Glied! Wie ein Mann werden wir weiter zusammenstehen und durch unseren stahlharten Willen die Bemühungen unserer Diplomaten unterstützen, die unser Werk (!) krönen sollen. Dank und Hochachtung allen Mitarbeitern, welche für die Befreiung Oberschlesiens ihre Arbeitskraft und nicht selten ihr Gut und Blut eingesetzt haben. In unauslöschlicher Erinnerung werden alle diejenigen sein, welche ihr Leben in dem Befreiungskampfe Oberschlesiens dahingegeben haben. Es lebe das freie Oberschlesien, auf ewig vereint mit der freien Volksrepublik Polen!

Beuthen O/S., den 21. März 1921.

Wojciech Korfanty,
Abgeordneter und polnischer Plebiszitkommissar."

Abgesehen von der raffinierten Berechnung, mit der Korfanty die für jedes Lob empfängliche, weniger gebildete Anhängerschaft geschickt über die Tatsache der Niederlage hinwegtäuscht: die absichtlich dunkel gehaltenen und dennoch unmißverständlichen Aufforderungen zu Angriffen gegen das siegreiche Deutschland sind der Hauptinhalt dieses Schreibens, das wahrscheinlich am Morgen des 21. März in der nächsten Umgebung des Polenführers bekannt gewesen sein dürfte, ehe es zwei Tage später (!) in der „Grenzzeitung" erschien. Bedenken wir ferner, daß im Hotel Lomnitz — dem Hauptquartier Korfantys — ziemlich alle maßgeblichen polnischen Agitatoren und Stoßtruppführer des Industriebezirkes versammelt waren, so wird uns klar, warum der Terrorbefehl bereits am Montag und Dienstag im Industriebezirk richtig erfaßt und sogleich in die Tat umgesetzt wurde.[40] Und erst mit Bekanntwerden des Aufrufes vom 21. 3. durch die „Grenzzeitung" häufen sich dann auch die Terroraktionen auf dem flachen Lande, das ja in viel größerem Umfange als der Industriebezirk polnisch eingestellt war und deshalb zu allererst vorbereitet war, einem Wutausbruch über das Mißlingen der Abstimmung zu erliegen. Aber: es handelt sich eben gar nicht um einen Wutausbruch (s. o. Unterschied zwischen Wutausbruch und Terror), sondern um einen von einer bestimmten Stelle (Lomnitzhotel) ausgegebenen Terrorbefehl.

Das System, das hinter all den von den Zeitungen wiedergegebenen Terrorakten steckte, wird ganz deutlich sichtbar, wenn wir uns das

---

[40] Vergl. dazu die Zeitungsmeldungen über den losbrechenden Terror im Industriebezirk vom 22. und 23. 3.

Datum des eigentlichen Beginns dieser neuerlichen Welle von Gewaltakten aus den Meldungen rekonstruieren. Es ist tatsächlich der Tag des öffentlichen Bekanntwerdens der Korfantyschen Verlautbarung: der 23. März 1921.[41]

Die Frage, was die oberschlesische deutsche Publizistik gegen den Polenterror unternommen hat, wirft sich von selbst auf. Terror als Mittel zur Durchsetzung eines politischen Zieles müßte mangels anderer Mittel (wie Justiz oder Militärgewalt) durch den Widerstand der vom Terror Betroffenen gebrochen werden können.[42] Und welches Mittel hätte geeigneter sein können, diesen Widerstand hervorzurufen als gerade die täglich erscheinenden Organe der Bevölkerung, die Zeitungen? Und doch haben die oberschlesischen Zeitungen — zwar nicht in ihrer Gesamtheit — diesen Weg nicht beschritten! Im Gegenteil: die „Ostdeutsche Morgenpost" und die anderen Organe des Siwinna-Verlages lassen ganz deutlich wissen, daß sie das Terrorproblem nicht als Hauptstoffquelle ihres Inhaltes betrachten. Sie bringen die seitenlangen Meldungen von den täglich vorkommenden Terrorfällen auf die zweite und dritte Seite, also auf die Lokalseite. Sie versuchten also aus den Terrorfällen keine Staatsaktion zu machen. Warum hat die oberschlesische Presse nicht versucht, den Terror der Polen dadurch zu liquidieren, daß sie die Bevölkerung durch regelmäßige und nach bestimmtem Plan geordnete Berichterstattung darüber zum Widerstand aufforderte?

Wir sind heute geneigt, die politischen Vorgänge der Nachkriegsjahre aus der Perspektive der Sicherheit und des Willens zur Macht, wie sie uns heute beseelen, zu beobachten. Wir können dies, weil der geschlossene Wille der geeinten Nation und der Ausdruck dieses Willens in unserer Wehrmacht jederzeit genügend Rückhalt bieten bei Eventualitäten.

Diesen Rückhalt hatte die Bevölkerung des geknechteten Oberschlesien nicht. Die Deutschen hatten „nur" das Recht — die Macht stand eindeutig auf der Seite Korfantys. Nicht nur die Überlegenheit in diplomatischen Verhandlungen, die ja in etwa mit der Zahl der dem Verhandlungspartner notfalls zur Verfügung stehenden Gewehre, Geschütze, Kampfwagen, Flugzeuge usw. ausgedrückt ist, sondern auch die allgemein deutschfeindliche Einstellung der Weltöffentlichkeit hatte Korfanty für sich. Daß das in der damaligen Lage Deutschlands für

[41] „OS-Volksstimme" v. 23. 3., Mittagausgabe: „unhaltbare Zustände"; ds. am 24. 3., Morgenausgabe: „Hilferuf der Parteien und Gewerkschaften." Und „eine Erklärung der Industrie!"; ds. am 25. 3., Morgenausgabe: „An die Hand- und Kopfarbeiter der Welt!" — Alle anderen Blätter haben in diesen Tagen ähnliche Meldungen gebracht, wenn auch nicht alle auf der Titelseite wie z. B. die „Ostdeutsche Morgenpost".

[42] Als Beispiel: Der Kommunistenterror gegen die Nationalsozialisten, der letztlich dadurch gebrochen wurde, daß die SA. sich dem Gegner auf der Straße stellte und ihn mit seinen eigenen Mitteln niederrang.

Oberschlesien verhängnisvoll war, wußten vor allen anderen die Männer der Tagespresse, die ja täglich davon in ihren Blättern berichten mußten. Was aber ergab sich aus diesen Umständen für die Gestaltung und Ausrichtung der Publizistik in Oberschlesien?

1. Ein aggressiver Tonfall mußte unter allen Umständen vermieden werden, weil
   a) dadurch die an sich schon an Explosivstoffen reiche Stimmung der geknebelten Bevölkerung bestimmt zum Ausbruch gekommen wäre und damit den mit den Polen verbündeten Franzosen die Handhabe zu Zwangsentscheidungen gegeben hätte (es tagte zu dieser Zeit gerade die Londoner Reparationskonferenz);
   b) die jedem Widerstand der Bevölkerung notwendige Unterstützung durch Militär- und politische Macht vom Reich nicht geleistet werden konnte, also jeder Widerstand letztlich doch zusammengebrochen wäre;
   c) bei vereinzeltem Vorgehen deutscher Presseorgane das Verbot durch die IK ganz sicher gewesen wäre und damit die einzig vorhandene und unbedingt zu erhaltende Einflußnahme auf die Bevölkerung in Wegfall gekommen wäre.[43]
2. Der Plan Korfantys, die Deutschen durch den Terror zum Widerstand mit der Waffe in der Hand aufzustacheln und damit der von deutschen Greueln gesättigten Weltöffentlichkeit plausibel zu machen, daß Oberschlesien an Polen fallen müßte, dieser Plan mußte auf alle Fälle vereitelt werden. Er mußte um so mehr vereitelt werden, als man sich zu dieser Zeit noch an den Gedanken klammerte, es könnte von der „Weltöffentlichkeit" Hilfe kommen.[44]

Die Ausrichtung der oberschlesischen Publizistik blieb deshalb beschränkt auf zweierlei Zielpunkte:

I. Bewahrung
der am 20. März errungenen moralischen und rechtlichen Ansprüche Deutschlands auf ganz Oberschlesien, und

II. Sicherung
vor möglichen Überraschungen einmal durch spontane Widerstandsakte der Bevölkerung gegen das täglich drückender empfundene Fremdjoch und zum anderen durch polnische Militärunternehmungen, die die Endlösung der oberschlesischen Frage im polnischen Sinne gebracht hätten (s. später Wilna!).

[43] Daß sich solche Maßnahmen tatsächlich ankündigten und der IK sehr gelegen kamen, beweist das zehntägige Verbot der „Ostd. Morgenpost" vom 23. 3.

[44] Vor allem der „Oberschlesische Kurier" huldigte dieser Anschauung. Sein Blick war nach der Abstimmung fast ausschließlich nach dem Ausland gerichtet. Vergl. die Schlagzeilen der ersten Nachabstimmungswoche: „Wie wird die Entente entscheiden?" v. 23. 3. — „Die Entscheidung über Oberschlesien soll rasch fallen" v. 27. 3. — Auch die „Ostd. Morgenpost" ließ in diesen Tagen ihren Blick häufig nach außen gleiten, jedoch aus anderen Motiven als den oben angegebenen.

Diese beiden Zielpunkte, um die herum alle Probleme der oberschlesischen Publizistik kreisten, vertrugen sich aber manchmal durchaus nicht miteinander. Mußte einmal Enthaltung von allen nach Widerstand aussehenden Unternehmungen gepredigt werden, so konnte das u. a. die polnischen Bestrebungen unterstützen. Nachrichten von polnischem Terror, und seien sie noch so zurückhaltend gefaßt, mußten der deutschen Bevölkerung immer mehr die Überzeugung einhämmern, daß es um die deutsche Sache so oder so schlecht bestellt sei. Gerade diese Stimmung wünschte sich aber Korfanty. Die Deutschen würden, so rechnete er, apathisch zuschauen, wenn es einmal zu einem letzten Aufstand kam, der nachweislich schon unmittelbar nach der Abstimmung geplant war.[45]

Eine verzweifelte Lage für die oberschlesische Publizistik! Das alle angehende und dringendste Problem — der täglich wachsende Terror — mußte bagatellisiert werden, obwohl gerade die Terrorfälle am besten dazu geeignet waren, den Wunsch der Polen nach einer Teilung Oberschlesiens trotz des deutschen Abstimmungssieges vor der Welt als Unrecht und dem Friedensdiktat entgegenlaufend zu demonstrieren. Lag es nicht auf der Hand, daß die Polen selbst von der Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche nicht überzeugt waren und deshalb versuchten, durch Gewaltakte das ihnen nicht gehörende Gebiet zu annektieren?

Welche positiven Aufgaben blieben überhaupt der Publizistik Oberschlesiens zur Gestaltung übrig? Diese Frage führt uns bereits unmittelbar in das Kernproblem der Nachabstimmungszeit ein: das Problem der Unteilbarkeit Oberschlesiens. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Bemühungen der oberschlesischen Publizistik während der Monate März bis Oktober 1921 die Parole hin:

„Unteilbar und deutsch!"

Und gerade in diesem Punkte glaubte Korfanty nicht nachgeben zu können. „Teilbar und polnisch!" hieß seine Antwort. Da ihm die Rechtshandhabe — eine im politischen Sinne günstige Abstimmung — fehlte, mußte er wieder zu dem Mittel greifen, das er bereits zweimal vergeblich angewandt hatte, um der Republik Polen das so heiß ersehnte Oberschlesien zu verschaffen: zum Aufstand. Dazu gehörte jedoch eine gründlichere Vorbereitung, als sie die vorangegangenen Aufstände gehabt hatten. Einmal mußte also Zeit gewonnen werden, d. h. die Entscheidung der Interalliierten mußte so lange wie nur irgendmöglich aufgeschoben werden. Zum anderen mußte versucht werden, die deutsche Front widerstandsunfähig und die polnische zum letzten entschlossen zu machen. Das erstere besorgten die Franzosen. Alle Meldungen von

---

[45] Vergl. dazu die von uns gesperrt wiedergegebenen Stellen im Aufruf Korfantys. Welches andere „Werk" sollte K. gemeint haben, das die „Bemühungen unserer Diplomaten krönen" sollte? Wie anders wollte K. sonst die „Grenzen weitab nach Westen" verschieben, als durch eine bewaffnete Annexion der ersehnten Gebiete?

einer baldigen Entscheidung über Oberschlesien erwiesen sich als verfrüht. Sie mögen letztlich aus dem deutschen Wunsch entstanden sein, das Land möchte so schnell wie möglich die fremden Herren los werden, um dann im Schutze des Reiches dem Polenterror ein schnelles Ende bereiten zu können.

Die andere Aufgabe, nämlich die der Vorbereitung eines weiteren Aufstandes, mußte die polnische Publizistik übernehmen. Und hier kommen wir wieder — im Korfantyschen Sinne — zu der Notwendigkeit des Terrors. Die Aufforderung zur Einigkeit und zum Aushalten bis zum letzten[46] war durchaus nicht überflüssig.

Die Polen hatte der Ausfall der Abstimmung wie ein Schlag aus heiterem Himmel getroffen. Es war kaum anzunehmen, daß die polnische Bevölkerung sich sofort nach der Abstimmung gegen die Deutschen erheben würde.

Die Untaten, die unter dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel" begangen worden waren, drückten mit einem Male auf die Gewissen der Polen im Lande. Ihr Zweck war nicht erreicht worden — und die Mittel traten auf einmal in all ihrer Ungerechtigkeit und Haltlosigkeit in Erscheinung. Der Mut der Fanatisierten war dem Gefühl eines gewichen, der sich bei einer Untat ertappt sieht und gern alles ungeschehen machen möchte.

Es bestand die Gefahr, daß Korfanty sich plötzlich ohne jede Gefolgschaft sah. Obwohl er sich sorgfältig hütete, diese Gefahr selbst anzuerkennen, mußte er doch um sie wissen. Mit jedem Tage würde die Gefahr des absoluten „laissez faire" auf seiten der polnischen Bevölkerung wachsen, das wußte er. In dieser kritischen Lage riß Korfanty das Heft an sich. Wie alle großen Demagogen griff er zu der Methode „Haltet den Dieb!" In seinem Abstimmungsaufruf (s. o.) behauptet er rundweg, nicht die Polen verübten Terror, sondern die Deutschen seien es! So unglaublich wie uns im ersten Augenblick die Erfolgsmöglichkeit einer solchen offensichtlichen Verdrehung erscheinen mag: die Behauptung ist geglaubt worden! Nicht nur auf polnischer Seite! Auch von den Franzosen und deren Trabanten! Und, da wir es hier wiederum mit einem psychologischen Phänomen zu tun haben, das zu kennen für den Publizisten sehr wesentlich ist, auch hier eine Erklärung. Seit den Tagen des Weltkrieges beschäftigten sich viele Forscher mit der Frage, warum noch so böswillige Verleumdungen des Gegners von den Völkern inbrünstig geglaubt werden. Obwohl Deutschland z. B. nachweisen konnte, daß es an dem Zustandekommen des Weltkrieges keinen Anteil hatte, wurde dennoch die Kriegsschuldlüge in der ganzen Welt — und vor allem seltsamerweise bei den sogen. „Neutralen" — steif und fest geglaubt. Auch die propagandistischen Vorbereitungen des Kriegseintritts der USA. gegen Deutschland sind lange

[46] Korfantys Aufruf vom 21. 3. a. a. O.

Zeit ein Rätsel gewesen, weil die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nicht deutschfeindlich eingestellt war und starke deutsche Kräfte in USA. für Deutschland wirkten.[47] Des Rätsels Lösung wurde dann darin gefunden, daß eine hemmungslose, raffinierte Spekulation auf das natürliche Streben, eine Gewissensunruhe zum Schweigen zu bringen (also: das Schuldgefühl gegen das von einer Unzahl von Feinden bedrängte Deutschland, dem jeder eigentlich helfen müßte), hier einen folgenschweren Erfolg gehabt hatte. Die Berechnung auf das „ethische Entlastungsbedürfnis" schlug nicht fehl. Die Greuellügen wurden geglaubt, weil sie die Entlastung herbeiführten. Was unter „ethischem Entlastungsbedürfnis" zu verstehen ist, hat Baschwitz in seinem Buch „Der Massenwahn und seine Bekämpfung" wie folgt zusammengefaßt:

> „Das Glaubenwollen der . . . . sich gegen ihr Mitleid (oder auch ihre Mitschuld) wehrenden Menschenvielheit nimmt regelmäßig diesen Ausweg der gemütsentlastenden Schuldzuschiebung auf das Opfer, für das man nicht eintreten kann oder will."[48]

Baschwitz ist Jude und hat mit der seiner Rasse eigenen Findigkeit die manchmal stark intellektualisierenden Erläuterungen zu dem Thema „Massenwahn" in der Definition der Wirkungen dieses Massenwahns zusammengefaßt. Demnach produziert der Massenwahn

> „Erzeugnisse eines von einer Vielheit von Menschen gemeinsam gehegten Wunsches, etwas nicht Vorhandenes für wirklich oder etwas Wirkliches für gerecht ansehen zu dürfen."[49]

Die Märchen von den „babykillers", von den angeblich von deutschen Soldaten geschändeten Frauen, darüber hinaus von den Menschenfleisch fressenden „Hunnen", dem bluttriefenden „Ungetüm Hindenburg" und seinem ebenso „abscheulichen" Auftraggeber „the kaiser" sind Dokument für die Richtigkeit der oben gebrachten Definitionen. Die Deutschenfeindschaft der „Neutralen" ist auf Grund solcher Überlegungen nur allzu verständlich.

---

[47] Dovifat, a. a. O., schildert diese Stimmung in den USA. wie folgt: „Viele Amerikaner waren nicht damit einverstanden, daß von Beginn des Krieges an die Vereinigten Staaten aus den Munitionslieferungen an die Entente ein großes Geschäft machten. Ein Teil fand es verwerflich, daß Amerika überhaupt an Munitionslieferungen verdiente, andere fanden es ungerecht, daß diese Lieferungen ausschließlich der Entente und nicht beiden Seiten zugute kämen . . . Beide fühlten sich durch die Haltung des Staates belastet. Man suchte nun nach einem Ausweg, diese Munitionslieferungen mit Gewissensregungen vereinbar zu machen. Es lag also hier zweifellos ein seelisches Entlastungsbedürfnis vor. Ihm kam die Propaganda Northcliffs durch eine auf schärfste Greuellügen aufgebaute Werbung entgegen . . . Man sagt also und belegt es durch Propagandameldungen, daß gegenüber einer Nation, „die Frauen und Kinder mordet", die Grundsätze der Menschlichkeit durchgesetzt werden müßten. Diese Überlegung schlug durch."

[48] Kurt Baschwitz: „Der Massenwahn und seine Bekämpfung." 3. Auflage, München 1931. — B. gibt Aufschlüsse, die das Rätsel des Korfantyschen Erfolges bei der Vorbereitung seines III. Aufstandes lösen.

[49] Kurt Baschwitz, s. o. S. 75.

Das ethische Entlastungsbedürfnis ist so eine massenpsychologische Erscheinung, die im Weltkrieg wohl zum erstenmal in solchem Ausmaß, seitdem aber nicht mit weniger frappanten Erfolgen von den Propagandisten benutzt wird, um normal denkende und empfindende Völker in den Massenwahn zu versetzen, der „etwas nicht Vorhandenes für wirklich und etwas Wirkliches für gerecht“ ansehen läßt.

Die deutsche Kriegspropaganda mußte — so folgert Baschwitz — versagen, weil sie sich meist auf Verlautbarungen deutscher Dementis beschränkte.

Alle Dementis deutscherseits waren aber nutzlos, da sie anstatt aufzuklären, den Feind immer weiter in eine Gewissensentlastungspsychose hineintrieben, aus der heraus er alles Schlechte von den Deutschen glaubte, weil er es glauben wollte. An dem Beispiel des oberschlesischen Terrors läßt sich das einleuchtend demonstrieren. — Die Taten der Bojówka Polska[50] waren nicht abzustreiten. Der Fall Kupka (a. a. O.) war noch in aller Erinnerung. Die Terroraktionen — wohl hauptsächlich von dieser Geheimorganisation ausgeführt — waren grausam, jedoch nicht mehr rückgängig zu machen. Nun fühlte aber jeder polnisch Gesinnte sich irgendwie mitverantwortlich für das Tun und Lassen der Korfantyschen Leibgarde. Er mußte, soweit er überhaupt noch menschlich dachte und empfand, die andauernden Gewaltakte der Bojówka Polska u. a. als Gewissenslast empfinden. In normalen Zeiten wäre die Folge gewesen, daß sich der größte Teil der Korfantyanhänger von ihm und seinen Methoden zumindest distanziert hätte. Gerade das verhinderte aber Korfanty. Er hämmerte den Polen immer wieder ein, daß sie zusammenhalten müßten, um gegen „den Feind“ eine geschlossene Front zu bilden. Auf der einen Seite die Gewissensverpflichtung, sich zu distanzieren — auf der anderen das Selbstbewußtsein, das Korfanty durch schmeichelhafte Anreden wie „heldenmütiges Volk“ u. a. bewußt pflegte und das verlangte, sich als Pole und damit als Korfantyanhänger zu bekennen. Da das Gewissen auf die Dauer eine solche Belastung nicht verträgt, bildet sich nun ein Denkkurzschluß, der die ethische Entlastung bezweckt. Da es keinen Sinn hatte, die polnischen Greueltaten ungeschehen sein zu lassen, hegte der entlastungsbedürftige Pole den Wunsch, daß die Taten gerechtfertigt sein möchten. Korfanty kennt dieses Bedürfnis, hat es vielleicht selbst. Er „belegt“ nun den Wunsch durch die Behauptung (Logik gibt es in chaotischen Zeiten für Gewissensfragen nicht!): „Die Deutschen haben provoziert!“ Der Wunsch, die Taten der Bojówka Polska als gerechtfertigt ansehen zu dürfen, ist so mächtig, daß jede noch so schlecht erdachte Lüge von angeblich deutschen Greueln freudig aufgenommen wird — und durch ihr bloßes Vor-

[50] D. i. die Leibgarde Korfantys, die auch späterhin als Stoßtrupp im III. Aufstand und seinen Greueln eine furchtbare Rolle spielte.

)andensein als „bewiesen" gilt! An diesen Denkkurzschluß klammern ich die Entlastungsbedürftigen um so mehr, je schwerer die Untaten er eigenen Leute wiegen und je stärker dies als Gewissenslast emp-unden wird. Es ist darum durchaus nicht absurd, wenn z. B. gerade ie gebildeten Kreise der oberschlesischen Polen — also vor allem die Geistlichen — sich mit einer Vehemenz für die Berechtigung des Terrors — der dann „Notwehr" hieß — einsetzten. Sie ließen sich im dritten Polenaufstand sogar herbei, Panzerwagen zu segnen und Feldmessen ür die Aufrührer zu lesen.[51]

Dieser Denkkurzschluß ermöglicht eine Entlastung, die um so drin-gender herbeigewünscht wird, je mehr sich der Einzelne mitverantwort-ich fühlt an dem Gesamtgeschehen des Terrors. Die erste Stufe dazu st der Satz: „Die Deutschen sind grausame Henker! Sie verdienen nichts Besseres, als totgeschlagen zu werden!" Wie und wo eine solche „Henkerstat" begangen wurde, das ist unwichtig! Daß sie geglaubt wird, besorgt nicht die Überzeugung, sondern der Wunsch, sie glauben zu dürfen. Mit allen Mitteln des Selbstbewußtseins und wie eine Planke von einem Ertrinkenden wird die Behauptung festgehalten und — verteidigt.

Um sich nun die Berechtigung zu einem solchen Glaubenwollen selbst zu bekräftigen, folgt ein für unsere Betrachtung noch wichtigerer wei-terer Schluß: „Ja, wenn die Deutschen solche Halunken sind, dann müssen sie togeschlagen werden!" Und so ist uns auch eine weitere Tatsache erklärlich: jedesmal, wenn irgendwo durch die deutschen Zei-tungen eine neue Greueltat bekannt wurde, häuften sich bald an an-deren Orten — gewissermaßen als Folgeerscheinung — andere Greuel-taten. „Die Deutschen provozieren — sie morden — darum müssen sie togeschlagen werden!" Die Korfantyschen Verdrehungskunststücke ha-ben deshalb nicht betretenes Schweigen ausgelöst, sondern sie haben den Terror — Korfanty sagte: den „gerechten Zorn" — provoziert. So ist jeder neue polnische Terrorakt nur ein Glied in der Kette der aus ihr folgenden weiteren Gewalttätigkeiten. Aus der hier gebrachten Betrachtung müssen wir für die publizistische Auswertung des pol-nischen Terrors durch die Tageszeitungen einen weiteren Schluß ziehen: die Wiedergabe von Terrornachrichten ist ein doppelt nachteiliges Mittel. Einmal entmutigten dauernde Terrormeldungen die eigenen Anhänger, und zum zweiten wirkten sie als Anlaß zu weiteren Akten der Gewalt gegen die Deutschen. Wenn es tatsächlich oberschlesische Redaktionen gegeben haben sollte, die das Bekanntwerden eines terro-ristischen Aktes mit dem Aufdecken irgendeiner im allgemeinen Sinne verbrecherischen Untat gleichgesetzt haben, so mußte sich dies bald als

[51] Siehe: „Zusammenstellung von Protokollen und Berichten über den dritten polnischen Aufstand im oberschlesischen Abstimmungsgebiet." o. O. 1921 — und „Der polnische Aufstand in Oberschlesien und die Mitschuld der Franzosen. Mai bis Juli 1921." Berlin 1921.

Trugschluß erweisen. Denn: der Massenwahn verkehrt die Wirkung üblicher Maßnahmen gegen Rechtsbrüche. Ein ertappter Verbrecher wirkt — in geregelten Zeiten — abschreckend auf alle Glieder einer Gemeinschaft, weil er erstens von vornherein nicht als Mitglied der Gemeinschaft betrachtet wird, und daraus folgt, daß sich zweitens niemand mit ihm zu identifizieren genötigt ist. Bei Gewaltakten mit politischer Tendenz aber darf erstens der Verbrecher kein Verbrecher sein, weil er gerade Glied dieser oder jener politischen Gemeinschaft ist (Gefühl der Selbstachtung) oder — falls nicht abzustreiten ist, daß es sich um ein Verbrechen handelt — muß zweitens der Angegriffene der Schuldige sein, weil es nur so möglich ist, daß der sich mit dem Verbrecher Identifizierende sein Gewissen entlastet. Diesem Bedürfnis der belasteten Massenseele kommt Korfanty mit seiner Verlautbarung vom 21. März entgegen. Er behauptet einfach: die „Deutschen morden", ohne dies auch nur im geringsten zu belegen.[52]

Wir haben in aller Ausführlichkeit diese Überlegung gebracht, weil wir die Frage klären müssen, wie es überhaupt möglich war, daß Korfanty nach der Niederlage seine Anhänger noch einmal sammeln konnte. In normalen Zeiten wäre der Großteil seiner Anhänger unter dem Eindruck der Niederlage auseinandergelaufen. Denn: der primitive polnische Landbewohner schließt — wie alle Primitiven — vom Erfolg auf die Gerechtigkeit einer Sache. Daß Gesinnungstreue ihn bei Korfanty gehalten hätte, erscheint unwahrscheinlich, wenn man weiß, wie Korfanty auf dem Lande seine Stimmen fing. In dem Augenblick, wo Korfanty nicht mehr in der Lage war, seine Versprechungen einzulösen (also: wenn OS. ungeteilt zu Deutschland gekommen wäre), mußte das polnische Lager zerbröckeln. Dies hatte Korfanty klar erkannt und forderte jetzt zwar nicht mehr ganz Oberschlesien, dafür aber den wichtigsten Teil: das Industriegebiet! Die Aussichten, zu der von Korfanty versprochenen Kuh zu kommen, stiegen wieder für die polnischen Landbewohner. So ist es uns auch erklärlich, warum der Bundesstaataufruf (siehe nächster Abschnitt) so erfolglos blieb.

Oberschlesien bleibt ungeteilt beim Reich.

Das Abstimmungsergebnis hatte der Welt eine Überraschung bereitet: Obwohl das Land 780 000 polnisch sprechende Bewohner zählte, denen nur 415 000 deutsch sprechende gegenüberstanden, lautete das

[52] Die entsprechende Nummer der „Grenzzeitung" — 23. 3. 21 — bringt auch nicht ein einziges Beispiel eines von einem Deutschen verübten Mordes, was immerhin beachtenswert ist, weil K. sicher eine solche Meldung mit großer Befriedigung wiedergegeben hätte, falls auch nur der blasse Schein eines solchen irgendwo zu entdecken gewesen wäre.

Ergebnis beinahe umgekehrt. 717 000 Stimmen waren für den Verbleib beim Reich und nur 483 000 für den Anfall an Polen abgegeben worden.[53] Das „nationale Problem", von dem besonders die Alliierten so oft und gerne im Brustton der Überzeugung behauptet hatten, es müßte endgültig gelöst werden, erwies sich als eine Fiktion. Die Sprachenverteilung ließ sich mit dem Abstimmungsergebnis nicht in Einklang bringen. Und damit fiel auch der Eckstein in dem ganzen Abstimmungs-Bau der Siegerstaaten. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" wirkte sich eben nicht immer zu ungunsten Deutschlands aus.

Obwohl die Abstimmung geheim war, gelang es Wilhelm Volz, eine Methode ausfindig zu machen, mit deren Hilfe es ihm möglich war, festzustellen, daß die Hälfte aller „Polen" — also der polnisch sprechenden Oberschlesier — deutsch gestimmt haben.[54] Und noch interessanter ist es, daß in den Kreisen Leobschütz, Oberglogau, Kreuzburg, Kosel, Oppeln, Ratibor und Rosenberg die Wasserpolen allein — ohne einen einzigen deutschen Wähler! — die Abstimmung zugunsten Deutschlands entschieden hätten! Eine klarere Entscheidung in nationaler Hinsicht konnte nicht gefällt werden. Allein dieser Umstand hätte die IK zu einer einwandfreien Entscheidung über den Verbleib ganz Oberschlesiens beim Reich bringen müssen. Daß sie es trotzdem nicht unternommen hat, ihr Versprechen einzulösen (Selbstbestimmungsrecht der Völker), das ist genügend Beweis für die Absicht, die der gesamten Abstimmung zugrunde lag. Polen, der Freund und Verbündete Frankreichs, mußte wirtschaftlich saniert werden. Und in diesem Wunsche liegt genug Begründung für die Stellungnahme der IK zur Abstimmungsauswertung. Nun konnte man sich aber vor der Welt nicht die Blöße geben und ein Versprechen einfach brechen, wenn es dem Vorteil der Siegerstaaten keinen Vorschub leistete. Polen mußte etwas erhalten! Aber ebenso mußte das Gesicht der Gerechtigkeit bewahrt bleiben. In diesem Augenblick war eigentlich schon die Grundlage für die spätere Entscheidung gelegt. Die Argumentation zu finden, überließen die Alliierten den Hauptnutznießern, den Polen.

Und wenn sich der größte Teil der oberschlesischen Publizistik auf deutscher Seite vorspiegelte, von ihrem Erfolg hinge es letztlich ab, ob Deutschland zu seinem Recht komme oder nicht, so darf das nur bedingt zugegeben werden. Im Völkerleben spielt die Publizistik nur dann eine maßgeblich mitwirkende Rolle, wenn die Macht, die hinter ihr steht, stark und entschlossen genug ist. Gerade der Nachabstimmungskampf der oberschlesischen Publizistik beweist uns diesen Satz. Welche Aufgabe die deutsche Publizistik Oberschlesiens nach der Abstimmung

[53] Vergl. „Bemerkungen des Plebiszit-Kommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis", Kattowitz 1921, Nr. 1, und „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 46—51.

[54] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 48.

Jahrgang / Nr. 16 Preis 1 Mk. 24. April 1921

DER PIERON

Der Martertod. Zeichnung von Gottschlich.



So will man uns zerschneiden!

überhaupt haben konnte, wurde bestimmt von der nüchternen Überlegung: Welche Aufgaben kann das oberschlesische Volk sich noch setzen, nachdem die Entscheidung nicht mehr in seiner Hand liegt?

Es ging nicht darum, das Recht durchzusetzen — denn das war in dem Augenblick unmöglich, in dem die Macht der Siegerstaaten das Unrecht wollte. Der Kampf „Oberschlesien teilbar — oder unteilbar?" ging auf polnischer Seite darum, eine Argumentation zu finden — und auf deutscher Seite, diese zu widerlegen.

Es ist ein Zeichen für die Kenntnis der Lage auf deutscher Seite, wenn sie dieses eine Mal den Polen zuvorkam. D. h. sie widerlegte die polnischen Argumente, ehe sie überhaupt offiziell ausgesprochen waren. So bleibt uns der Eindruck, als ob sie im Angriff läge. Dieser Umstand allein scheint uns der Grund für die auffallende Frische der Tonart der oberschlesischen Nachabstimmungspublizistik zu sein, die fast keine Spuren des andauernden, zermürbenden Einsatzes in der Abstimmungszeit zeigte. Der Angriff ist die beste Verteidigung! Und so müssen wir auch den grundlegenden Aufruf für den gesamten Kampf um Oberschlesiens Unteilbarkeit, den Aufruf des Plebiszit-Kommissariates für Deutschland über den „Bundesstaat Oberschlesien" vom 21. 3. 1921 — also vom Tage der Abstimmung — verstehen. Am gleichen Tage wie der Aufruf Korfantys zum Abstimmungsergebnis (23. 3.), in dem dieser seine Forderung ankündigte, erschien dieser Aufruf[55]:

„Oberschlesier!

Die Abstimmung hat eine überwältigende Mehrheit der deutschen Stimmen ergeben: Gegen 715 000 deutsche Stimmen stehen nur 460 000 polnische Stimmen. Die deutsche Mehrheit beträgt über eine Viertelmillion.

Die Heimat ist gesichert!

Keine Macht der Welt darf es wagen, gegen den klar ausgesprochenen Willen der überwältigenden Mehrheit dieses Land aus dem jahrhundertealten Zusammenhang mit Deutschland zu lösen. Der Sieg ist unser, aber auch wir haben Wunden empfangen. Die Kreise Tarnowitz, Pleß und Rybnik haben überwiegend polnisch gestimmt. Darin liegt eine Gefahr. Ihr Brüder von Tarnowitz, Pleß und Rybnik: Soll der Oberste Rat aus Eurer Abstimmung entnehmen, daß Ihr Euch von uns trennen wollt? Ihr habt polnische Stimmzettel abgegeben, aber nimmermehr, um das Band zu zerreißen, welches Euch mit den oberschlesischen Brüdern verbindet. Oberschlesien ist ein einiges, unteilbares Ganzes.

---

55 „Oberschlesische Volksstimme" v. 23. 3.

Es lebe das einige, unteilbare Oberschlesien!

Diese alte Forderung erheben wir jetzt aufs neue. Vor den Augen der Welt bekennen wir uns zu den Grundsätzen der Unantastbarkeit unserer Grenzen und der wahren Demokratie. In klarer demokratischer Folgerichtigkeit fordern wir, daß jeder Bürger unseres Landes, welcher Nationalität, welcher Konfession, welcher politischer Gesinnung er auch sei, Zutritt haben muß zu allen öffentlichen Ämtern. Wir proklamieren aufs neue die Gleichberechtigung der Sprachen in Schule, Verwaltung und Gericht. Wir verlangen, daß innerhalb der seit Jahrhunderten unveränderten Grenzen unseres Landes, der ältesten Europas, der Wille der Mehrheit entscheidet, daß aber die Minderheit geschützt sein muß gegen jede Zurücksetzung. Wir laden unsere polnischen Brüder herzlich ein, uns die Hand zu reichen und mit uns zusammen zu arbeiten an dem Wiederaufbau dessen, was der Krieg und der Abstimmungskampf verwüstet haben. Wir wollen zusammen

die Republik Oberschlesien als freien Bundesstaat

im Gefüge des deutschen Reiches errichten. Wir wollen zusammen die gerechte Landverteilung durchführen, die Wohnungsnot beseitigen, die soziale Fürsorge ausbauen. Der Bruderkampf ist zu Ende. Die von den Deutschen Parteien geforderte Amnestie ist gesichert. Reichen wir uns als freie Männer die Hand zu friedlicher und fruchtbringender Arbeit, zum Segen der Heimat! Gott schütze das einige und unteilbare Oberschlesien!

Kattowitz, den 21. März 1921.

Das Plebiszit-Kommissariat für Deutschland
Dr. Urbanek."[56]

Die Notwendigkeit einer staatsrechtlichen Sonderstellung Oberschlesiens im Verbande des Reiches mag uns heute als absurd erscheinen, sie war aber damals gegeben, wie wir gleich sehen werden.

Die Abstimmung hatte die innerpolitischen Gegensätze in Oberschlesien für eine Zeit scheinbar ausgeglichen. Die sozialen, religiösen und kulturellen Schwierigkeiten, die den Bewohnern des Landes jahrzehntelang durch die zentral von Berlin aus geleitete Ostmarkenpolitik bereitet wurden, waren zum Schweigen verurteilt — aber sie wurden nicht durch das Abstimmungserleben beseitigt. Wohl hatten die von der engstirnigen Politik der Vorkriegsjahre am meisten betroffenen polnisch sprechenden Oberschlesier ihre Stimme zu 50 % Deutschland

[56] Dieser Aufruf wurde von allen deutschen oberschlesischen Zeitungen wiedergegeben. Z. B. „Oberschlesischer Kurier" v. 24. 3. und „Kattowitzer Zeitung" v. 24. 3., „Ostd. Morgenpost" v. 2. 4. 1921 u. a.

gegeben, dem sie sich trotz aller unbestreitbaren Zurücksetzung verbunden fühlten. Die nationale Entscheidung zugunsten des Reiches war ihnen aber erleichtert worden, indem das Reich eine politische Sonderstellung Oberschlesiens nach der Abstimmung billigte. Ganz anders sollte es in Oberschlesien werden! Es würde hier zu weit führen, wollten wir alle von den verantwortlichen Stellen gemachten Zusagen aufführen. Zusagungen und Versprechungen haben einen großen Nachteil: sie können, nachdem der Versprechende sich mit ihnen das Ziel erkauft hat, nichtig gemacht werden. Die Gefahr, übervorteilt zu werden, mußte irgendwie beseitigt werden. Schon aus diesem Grunde gab es vor der Abstimmung eine ganze Anzahl führender Politiker, die Gedanken einer politischen und staatsrechtlichen Sonderstellung Oberschlesiens das Wort redeten. Das Reich hatte — wir wiesen darauf schon eingangs hin — in Aussicht gestellt, einer solchen Regelung nichts in den Weg stellen zu wollen.[57]

Der ausschlaggebende Grund, gerade ein paar Tage nach dem Abstimmungssieg den Gedanken des „Bundesstaates Oberschlesien" in die Debatte zu werfen, war aber der Umstand, daß die Zustände im Reich und die ihm drohenden Zwangsmaßnahmen äußerst ungünstig auf die Stimmung der Oberschlesier wirkten. „Was haben wir im Reich zu erwarten?" Diese Frage werden sich wohl die meisten Oberschlesier in diesen Nachabstimmungstagen gestellt haben. In Mitteldeutschland war ein Kommunistenaufstand ausgebrochen, der soziale Gründe zum Anlaß hatte. Wie sollte der oberschlesische Arbeiter im Industriebezirk seine Chancen sich ausrechnen, wenn im Reich unzufriedene Arbeiter sich mit den Waffen in der Hand erhoben hatten, um so zu demonstrieren, daß es „anders werden" müßte? Wie anders? — Die Aufstandsleitung lag in den Händen der Kommunisten. Nun sind aber die Kommunisten und ihre glaubensfeindliche Einstellung in Oberschlesien nie populär gewesen, und mit diesen Kommunisten zusammen sollten die Oberschlesier in einem Haus, dem Reich, zusammenleben? Vor allem von kirchlicher Seite aus betrachtete man die Zustände im Reich sehr mißtrauisch. Auf keinen Fall durfte das tiefreligiöse Volk Oberschlesiens in das Kommunistenchaos mit hereingerissen werden. Die oberschlesischen Zeitungen und Zeitschriften berichteten dann auch von diesem Aufruhr in Mitteldeutschland in entsprechendem Sinne.[58]

Dieses Mißtrauen gegenüber den innerpolitischen Verhältnissen im Reichsgebiet ist der erste Grund für den Wunsch, Oberschlesien möge sich durch eine Sonderstellung aus dem Chaos heraushalten. Der

---

[57] Tatsächlich hat ja dann auch später eine Abstimmung darüber in dem beim Reich verbliebenen Teil des Landes stattgefunden.

[58] „Oberschlesische Volksstimme" v. 23. 3., Mittagsausgabe, berichtet auf der rechten Hauptblattspalte: „Zum Mansfelder Streik" und befleißigt sich dabei einer bemerkenswerten Zurückhaltung. Aus einer rein nachrichtenmäßigen Betrachtung geht sie nicht heraus.

zweite Grund für einen solchen Wunsch war die außenpolitische Lage des Reiches. Die Londoner Konferenz, in der über die Tributzahlungen Deutschlands verhandelt wurde, und die angedrohten Zwangsmaßnahmen — vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft — mußten Oberschlesien als Industrie- und Wirtschaftsüberschußgebiet besonders treffen. Auch hier entstand der Wunsch, sich durch eine Sonderstellung eine ungerechtfertigte Benachteiligung bei der Verteilung der Lasten auf die einzelnen Reichsgebiete zu ersparen. Der dritte und unserer Meinung nach ausschlaggebende Grund für das Bundesstaatprogramm ist ein rein politischer, wenn man so will: tagespolitischer gewesen. Wenn ganz Oberschlesien wieder zum Reich kam, dann mußten die 40 % Polen irgendwie als nationale Minderheit geschützt werden. Ja, sie waren für das Gedeihen der Wirtschaft unumgänglich notwendig und sollten sogar als gleichberechtigte Bürger Anteil haben an der Verwaltung des Landes. In einer im Reichsganzen aufgehenden Provinz Oberschlesien aber bestand die Gefahr, daß die Polen kaum irgendwelchen nennenswerten Anteil an der Gestaltung des oberschlesischen Lebens haben würden. Hierin lag eine Gefahr: die Polen konnten diesen Grund als Motivierung einer Teilung des Landes anführen, was Korfanty ja auch tatsächlich unternahm.

Wenn sich Deutschland auf die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker berief, dann mußte es auf diesem Weg zuerst voran gehen. Die an die Polen gemachten Zugeständnisse konnten unter Umständen — und hierin lag wohl die Hauptabsicht des Aufrufes — einen Großteil der Korfantyanhänger in diesem günstigen Augenblick zur vernünftigen Verständigung mit dem siegreichen Deutschland veranlassen. Um so mehr, als es ja sehr wahrscheinlich war, daß ganz Oberschlesien auf Grund der Abstimmung wieder ans Reich fiel. Es galt, in die gebotene Hand einzuschlagen.

Wir müssen aus all diesen Gründen den Aufruf zur Bildung eines Bundesstaates Oberschlesien im Verband des Reiches als eine der gelungensten publizistischen Taten der Nachabstimmungszeit anerkennen, obwohl er nicht zur praktischen Verwirklichung kam. Die sich überstürzenden weiteren Ereignisse ließen den ganzen Plan bald zu einer Farce werden. Der Terror, unter dessem atemraubenden Hauch jede vernünftige Verständigungsbereitschaft erstickte, war schon Gegenstand unserer Betrachtung. Aber dabei beließ es der Polenführer nicht. Er hatte deutlich erkannt, daß, wenn es ihm nicht sofort gelang, die bereits wankenden Anhänger durch eine Änderung der konkreten Lage wieder auf seine Seite zu ziehen, dann seine Anhänger sich mit den Deutschen gutstellen würden. So war seine Aufgabe, der IK eine Argumentierung für die von französischer Seite bereits protegierte Teilung zu schaffen, jetzt nicht mehr aufzuschieben. Darum brachte bereits der darauffolgende Tag (24. 3.) einen neuerlichen Aufruf.[59] Es hieß dort u. a.: „Euer Opfermut, Eure Ausdauer, Eure begeisterte

Hingabe von Gut und Blut hat eine Mehrheitsgrenze erkämpft, die von Bogumin (Oderberg) nordwärts mit dem Laufe der Oder bis Groß-Schimnitz verläuft, hierauf nach Nordosten der Westgrenze des Kreises Groß-Strehlitz bis Kolonnowska folgt, dann den Kreis Oppeln bei Chobie ausschneidet, in den Kreis Rosenberg hinüberläuft und über Kneja, Zembowitz, Leschna, Wachowitz, Bronietz, Neu-Karmunkau, Wollentschin und Kostellitz in die jetzige Grenze der Republik Polen mündet." Und um ja keinen Zweifel an dem Ernst der damit ausgedrückten Absicht aufkommen zu lassen, forderte Korfanty seine Anhänger auf, diese „neue Grenze bis zum letzten Atemhauch, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen".

Die Frage „Oberschlesien geteilt oder ungeteilt?" war damit offiziell aufgeworfen. Die Fronten standen sich wieder wie vor der Abstimmung geschlossen gegenüber. Die enge Verknüpfung zwischen Terror und politischer Forderung, die die Kampfführung der Polen schon immer auszeichnete, wird hier aufs neue bewiesen.[60]

Was hat nun die deutsche Publizistik getan, um die Absicht Korfantys zu durchkreuzen?

Daß es der deutschen Publizistik nicht darauf ankommen konnte, irgendwelchen konkreten Erfolg (etwa die Ablehnung der Korfantylinie durch die IK) zu erzielen, haben wir in unserer eingehenden Betrachtung über die Ausrichtung der oberschlesischen Nachabstimmungspublizistik gesagt.[61]

Die Frage „Teilbar — oder Unteilbar?" konnte nur von der Diplomatie beantwortet werden. Wohl aber konnte die Publizistik — und da vor allem die tagesgebundene — alle Nachteile einer Teilung in populärer Form ins Bewußtsein der Bevölkerung hämmern und dadurch die Korfanty-Linie unpopulär machen.

So sehen wir denn in den Tagen nach Bekanntwerden der zweiten Korfanty-Verlautbarung die Meldungen von der schlechten wirtschaftlichen Lage Polens anwachsen. Für eine planmäßige Arbeit in dieser Hinsicht hat aber offensichtlich den Zeitungen nicht genügend Zeit zur Verfügung gestanden.

Noch immer glaubte man, daß die Entscheidung der IK bald fallen würde und damit die ganze Angelegenheit überholt wäre.[62]

---

59 Die immerhin auffallende Tatsache, daß Korfanty seine Forderung nach einer Teilung binnen 24 Stunden umfangmäßig genau festlegte, wird so verständlich. Die Eile, in der zweifelsohne die Festlegung der „Korfanty-Linie" geschah, erklärt auch hinreichend die verschiedenen Rechenfehler, die K. dabei unterliefen und die später die deutschen Gegenrechnungen so wirkungsvoll machten.

60 Über die Möglichkeit einer Teilung des Abstimmungsgebietes siehe: „Bemerkungen des Plebiszit-Kommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis" a. a. O. Nr. 3 u. 4.

61 Siehe: a. a. O. S. 99/100.

62 Der „OS-Kurier" v. 23. 3. ließ sich aus Genf melden, daß noch am Don-

Erst im Laufe des Monats April beschäftigten sich die Zeitungen stärker mit den aus einer Teilung folgenden Nachteilen. Eine andere Stellung zu diesen Dingen nahm die einzige oberschlesische Wochenschrift, der aus der Abstimmungszeit bekannte „Schwarze Adler", ein. Das liegt einmal an dem Wesen einer Zeitschrift an sich, die ja das Tagesgeschehen aus einem bestimmten Abstand heraus betrachten kann. So hat der „Schwarze Adler" bereits in seiner ersten Nachabstimmungsnummer[63] ganz deutlich eine Richtung eingeschlagen, die erkennen ließ, daß man sich in dem Redaktionsstab der Zeitschrift der Stimmung unter der Polenanhängerschaft ganz bewußt war. In regelmäßiger Folge tauchen die Artikel auf, die darauf hinauslaufen, den Anfall an Polen in möglichst schwarzen Farben zu schildern. „In Polen ist nichts zu holen!" — Darauf lief letztlich die Argumentation des „Schwarzen Adlers" hinaus.[64] Es war selbstverständlich, daß die Frage „Was hat Oberschlesien im Reich zu erwarten?" eine günstige Beantwortung erhielt.[65]

Unterdessen hatte aber Korfanty seinerseits die Offensive ergriffen und machte in regelmäßigen und intensiven Berichten von der schlechten innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage des Reiches Gebrauch. So wollte er die Stimmung der Oberschlesier, die eine Rückkehr zum Reich erkämpft hatten, auf Eis legen. Gleichzeitig vergalt er so den Versuch der deutschen Publizistik, ihm seine Anhänger abspenstig zu machen, mit gleichem. Dem „In Polen ist nichts zu holen!" setzte er die Wendung „In Deutschland ist nichts zu holen!" entgegen.[66]

Zusammenfassend charakterisiert sich hier der Vergleich mit einem Duell auf, das die deutsche Publizistik mit Korfanty ausfocht. Gerade

---

nerstag, dem 24. 3., die Entscheidung fallen würde, was aber von dem Bericht Le Ronds abhänge.

Die „OS-Volksstimme" vom selben Tage berichtete in der Mittagsausgabe, daß die Entscheidung erst Mitte April fallen werde. Alle Mutmaßungen nahmen aber auf jeden Fall an, daß die Entscheidung sehr bald fallen würde.

63 „Schwarzer Adler" v. 26. 3. 1921, dritter Jahrgang, Nr. 34.

64 „Schwarzer Adler" v. 26. 3.: „Entlarvter Schwindel" befaßt sich mit den Landversprechungen der Polen, die vom polnischen Landwirtschaftsminister als Agitationsmittel bezeichnet wurden. — v. 2. 4. „Ausländische Presse über die Ab-Abstimmung — wie denkt das vernünftige Frankreich über den Ausgang der Abstimmung?" enthält schlechte Kritiken für die Polen. — usf.

65 „Schwarz. Adler" v. 26. 3.: „Wo ist die Zukunft Oberschlesiens gesichert?" usf.

66 „Grenzzeitung" v. 25. 3.: „Revolution in Mitteldeutschland und Hamburg" und „Die Berliner Börse sieht den Verlust Oberschlesiens voraus". Es hieß da: „Berlin, 24. 3. Alle Berliner Blätter verzeichnen in ihren Börsenberichten eine geradezu erstaunliche Unsicherheit, die sich infolge der ungünstigen Abstimmung in Oberschlesien eingestellt hat. Die überwiegende Anzahl der polnischen Stimmen im Industriekompler und den dazugehörigen Kreisen hat eine wahre Panik hervorgerufen . . . Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß die Börse das beste politische Barometer ist. Auch im Falle Oberschlesien wird sie sich nicht irren!" — „Grenzzeitung" v. 27. 3.: „Verschärfung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland" und „Die Kommunistenrevolution in Deutschland" usf.

in dem Falle des Börsenorakels, das Korfanty für sich in Anspruch nahm, läßt sich dies am treffendsten aufzeigen. Die Berliner Meldung (s. o.[66]) vom 24. 3. kann nur als Antwort auf die von den deutschen Zeitungen wiedergegebene Meldung vom Sinken der polnischen Werte in den schweizerischen und holländischen Börsen betrachtet werden.[67]

Mit dem Ausspielen dieses vermeintlichen „Trumpfes" hatte Korfanty ein Gebiet berührt, das zu meiden er allen Grund gehabt hätte. Die wirtschaftlichen Momente waren zu jeder Zeit deutsche Vorteile. Und gerade im oberschlesischen Falle kam dies besonders stark zum Ausdruck. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des oberschlesischen Industriegebietes vom Reich war eins der Hauptbeweisstücke für die deutsche Forderung „Oberschlesien — ungeteilt beim Reich!"[68] Und von dort, woher der deutschen Abwehr bisher kaum irgendwelche Unterstützung geboten wurde, vom Ausland her, entstand eine Bewegung, die gerade unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Zuteilung Oberschlesiens an Polen für verhängnisvoll für ganz Europa hielt. Kernpunkt der von Angelsachsen ausgehenden Bestrebungen war die Kohlenfrage. Selbstverständlich griff die oberschlesische Publizistik mit Freuden die günstigen ausländischen Stimmen auf.[69]

Waren in dieser Hinsicht von polnischer Seite kaum irgendwelche ernsthaften Angriffe zu fürchten, so machte sich hier die leidige Splittersucht im eigenen Lager unliebsam bemerkbar. Die Autonomisten (Latacz u. a.) sahen gerade in der wirtschaftlichen Stärke Oberschlesiens ein Moment für die völlige staatliche Unabhängigkeit des Landes. Hatten sie sich noch kurz vor der Abstimmung eindeutig für die unbedingte Stimmabgabe für Deutschland entschieden, so traten sie in dem Augenblick, als das Spiel der großen Diplomatie um die Auswertung des Abstimmungsergebnisses begann, mit ihrem Plan wieder an die Öffentlichkeit. Bauend auf die Hilfe des allgewaltigen Albion, wollten sie den „Kohlenstaat Oberschlesien" als „unabhängigen" Freistaat gründen und so den Gordischen Knoten lösen. Es wäre sinnlos, die Darstellung des Nachabstimmungskampfes mit einem ausführlichen Bericht

---

[67] „OS-Kurier" v. 22. 3.: „Der polnische Zusammenbruch" bringt Meldungen aus Basel und Rotterdam, die besagen, daß dort die Notierung der poln. Valuta gestrichen wurde. Auch von der Berliner Börse hörte man ähnlich Unerquickliches.

[68] Den besten und kürzesten Überblick über die wirtschaftliche Verknüpfung Oberschlesiens mit dem Reich bieten die „Bemerkungen des Plebiszit-Kommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis", a. a. O. Nr. 4. Eingehend befaßt sich die „Note über die Volksabstimmung in Oberschlesien", Berlin 1921, Reichsdruckerei, mit 5 Anlagen — in der 3., 4. und 5. Anlage mit dem Thema.

[69] Die Oberschl. Druckerei- und Zeitungsverlags-Gesellschaft in Gleiwitz besorgte 1921 eine Volksausgabe „Oberschlesien" von Sidney Osborne, ferner: Osborne, „The problem of Upper Silesia. With five maps." London, Allen and Unwin, 1921. — ders. „The Upper Silesian question and Germanys coal problem", London, Allen and Unwin, 1921. Deutsch als: „Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem." Berechtigte Übersetzung von F. v. Holtzendorff. 2. Auflage, Berlin, Stilke, 1921.

über die Autonomiefrage zu belasten. Die Aussichten für einen Freistaat waren in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit — also bis Ende April — zu gering, nachdem sich 60 % aller Oberschlesier eindeutig für den Verbleib beim Reich entschieden hatten. Wie wenig der Freistaat, wie ihn sich die oberschlesischen Autonomisten dachten, politisch und wirtschaftlich haltbar gewesen wäre, das zeigte ein aufsatzartig gehaltener Leitartikel der „Ostd. Morgenpost": „Der Freistaatgedanke.[70]" Zensurlücken ließen das rege Interesse der IK an dem Splitterversuch der Autonomisten erkennen. Wirtschaftliche und politische Gründe waren es, die den Autonomiegedanken wachsen ließen. Mit wirtschaftlichen und politischen Argumenten trat die „Ostdeutsche Morgenpost" den Beweis an, daß die einzig mögliche Lösung der oberschlesischen Frage die ungeteilte Rückkehr Oberschlesiens zum Reich sei.[71]

Aus der Häufigkeit solcher Erörterungen ist zu ersehen, daß Mitte April 1921 der Kampf um die Unteilbarkeit Oberschlesiens bereits voll entbrannt war. Jetzt schalteten sich auch die Verbände der Heimattreuen im Reich in den publizistischen Kampf ein. Soweit aus den Zeitungsmeldungen zu ersehen ist, wurden Großkundgebungen in Breslau, Leipzig, München, Karlsruhe, Hamburg, Halle und anderen Städten des Reiches veranstaltet. Auch der Mittelschlesische Städtetag nahm Anlaß zu einer Kundgebung, in der auch die geringste Gebietsabsplitterung an Polen als Verstoß gegen den Versailler Vertrag und gegen die Wohlfahrt Oberschlesiens, das ein Ganzes bilde, bezeichnet wurde.[72] Ganz abgesehen davon, daß deutsche Kundgebungen im Abstimmungsgebiet wegen des Ausnahmezustandes in den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Pleß und Rybnik faktisch unmöglich waren, hätten sie kaum dem Wohle und der Zukunft Oberschlesiens gedient. Zu leicht konnte das eintreten, wovor zu hüten Aufgabe der Publizistik war: Aufbegehren gegen polnische Terroristen und fremdländische Besatzung. Aus diesem Grunde fehlen uns auch Meldungen von größeren Kundgebungen im Lande. Die IK hatte im polnischen Interesse dafür gesorgt, daß die Siegeskundgebungen der Deutschen unterblieben. Ein bedeutsames Zeichen war es, als der Belagerungszustand, der doch angeblich wegen der Unruhen in den östlichen Bezirken Oberschlesiens am 23. März verhängt worden war, am 18. April wieder aufgehoben

---

70 „Ostd. Morgenpost" v. 9. 4. und 10. 4. 21.

71 Im einzelnen wurden die Währungs- und Zollfrage, die Frage, wer die Integrität des Gebietes schützen solle, wer das sicherlich anwachsende Schmugglerwesen bekämpfen solle und andere Fragen behandelt.

Außerdem brachte die „Ostd. Morgenpost" Mitte April folgende Artikel, die vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her die Unteilbarkeit des Gebietes und seine Zugehörigkeit zum Reich nachwiesen: Vom 10. bis 12. 4. „Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland", am 10. 4. „Die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens", am 12. 4. „Die Oder als natürliche Verkehrsstraße Oberschlesiens". Ähnliche Artikel in vielen anderen Blättern.

72 „Ostd. Morgenpost" u. a. v. 11. und 12. 4. 1921.

wurde, obwohl die Unruhen zu dieser Zeit nicht im geringsten nachgelassen hatten, ja sogar noch an Erbitterung zugenommen hatten.[73] Die Heimattreuen-Verbände im Reich ließen sich jedoch die günstige Gelegenheit des Abstimmungssieges nicht entgehen. Sie gaben durch ihre Kundgebungen der deutschen oberschlesischen Bevölkerung die Unterstützung, die diese sich versagen mußte.

Weit systematischer als die Zeitungen es tun konnten, von denen wir bisher handelten, traten die beiden oberschlesischen politischen Zeitschriften, der zweimal wöchentlich in Kattowitz erscheinende „Schwarze Adler" und „Der Oberschlesier", beides alte Abstimmungskämpen und herausgegeben von Karl Sczodrok, in den Kampf um ein ungeteiltes Oberschlesien ein.

Zeitschriften sind periodisch erscheinende Druckwerke, die sich an einen „umgrenzten Leserkreis" wenden (Dovifat). Dieser „umgrenzte Leserkreis" ist im Falle des „Schwarzen Adlers" sowohl wie des „Oberschlesiers" niemand anderes als der Kreis der in den VHO zusammengeschlossenen deutschen Aktivisten. Es ist selbstverständlich, daß eine Zeitschrift viel größere und intensiver wirkende Möglichkeiten zur Durchsetzung eines Zieles hat als eine Zeitung. Dennoch müssen wir die Folgerichtigkeit und die propagandistisch wertvolle Vereinfachung des schwierigen Kapitels „Oberschlesien ungeteilt beim Reich" besonders anerkennen, mit denen besonders der „Schwarze Adler" kämpfte. Das Blatt, das in den letzten Vorabstimmungswochen wie ein einziges Flugblatt ausgesehen und kaum mehr Platz für ruhige und sachlich überzeugende Beweisführung hatte, stellte sich mit dem Tage der Abstimmung in immerhin auffallender Weise auf den neuen Aufgabenkomplex um. Aus dem Agitationsblatt mit den reißenden und zersetzenden Angriffsschlagzeilen wurde von einer Nummer zur anderen ein wohldurchdachtes, nach einem bestimmten System arbeitendes, außerordentlich sicher auftretendes Meinungsblatt.

Um die Ausrichtung des „Schwarzen Adlers" in der uns hier zur Betrachtung obliegenden Zeit festzustellen, haben wir versucht, für eine Anzahl bestimmter Artikel, Meldungen und Meinungsäußerungen eine gemeinsame Überschrift zu finden. Das Ergebnis: alle politisch ausgerichteten Artikel und Meldungen des „Schwarzen Adlers" in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit lassen sich auf fünf Nenner bringen, deren jeder eine Parole darstellt. Ganz kann also der „Schwarze Adler" seine Herkunft — Propaganda! — nicht verleugnen. Selbstverständlich stehen die fünf Parolen in direkter Beziehung zu den Zielen der deutschen oberschlesischen Publizistik und den aktuellen Themen der Nachabstimmungszeit. Nach Aufmachung und Stellung der Artikel,

[73] „Schwarzer Adler" v. 23. 4., Nr. 40, berichtet von der Aufhebung des Belagerungszustandes vom 23. 3. mit dem 18. 4. In der gleichen Nummer aber werden nicht weniger als zwei Handgranaten- und Dynamitattentate, zwei Verschleppungen, ein Raubmord und einige schwere Veranstaltungsstörungen gemeldet.

die ja erkennen lassen, welche Wichtigkeit den einzelnen Äußerungen beigelegt wurde, geordnet, ergibt sich folgendes Bild: Es erscheinen:

an erster Stelle die Artikel, die auf die Parole „Oberschlesien ungeteilt" hinauslaufen und sich meist auf wirtschaftliche Argumente stützen;

an zweiter Stelle die Artikel, die die Parole „In Polen ist nichts zu holen!" sinnfällig mit Nachrichten von der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage in Polen belegen;

an dritter Stelle die Artikel, die die Verbundenheit Oberschlesiens mit dem Reich in günstigem Licht erscheinen lassen;

an vierter Stelle werden die ungünstigen Abstimmungsergebnisse in den Kreisen Rybnik und Pleß als Ergebnis des Terrors, des Stimmenkaufs und der Fälschung festgestellt;

an fünfter Stelle erscheinen die Nachrichten, die von der mit dem 20. 4. beginnenden neuen Terrorwelle handeln oder in die Sicherungsaufgabe fallen, die die oberschlesische Publizistik als zweite Hauptaufgabe in der Nachabstimmungszeit übernommen hatte.[74]

In vereinfachter Form zusammenfassend wiedergegeben, lautete also die Argumentation des „Schwarzen Adlers" in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit: „Oberschlesien bleibt ungeteilt beim Reich — denn: in Polen ist nichts zu holen — dagegen: bietet das Reich günstige Zukunftsaussichten!" Die an vierter und fünfter Stelle auftauchenden Meldungen (s. o.) sind wichtige Nebenaufgaben und werden auch als solche behandelt. Wir gehen nicht fehl, wenn wir diese Aufreihung von Propagandamotiven — denn um Propaganda handelt es sich hier offensichtlich — als Bestätigung unserer eingangs dieses Teils angestellten Überlegung betrachten, die an Hand der vorliegenden politischen Tatsachen und publizistischen Bedingungen die möglichen Aufgaben der oberschlesischen Publizistik so umschrieb, daß nur eine populäre Darstellung der Nachteile einer Spaltung Oberschlesiens zum Vorteil für die deutschen Belange Oberschlesiens werden könnte.[75]

Eine ganz eigene Stellung nahm der „Oberschlesier" ein, der sich zum Ziel gesetzt hatte, ein Aufbauprogramm für Oberschlesien vorzubereiten. Obwohl als kulturelle Wochenschrift fern der Tagesbindung, konnten sich seine verantwortlichen Schriftleiter nicht den Forderungen der Zeitumstände völlig entziehen und ließen bald häufiger Tagesereignisse erörtern.

Ein besonderes Verdienst erwarb sich der „Oberschlesier" dadurch, daß er „Sprachrohr aller Oberschlesier" sein wollte. Nicht nur Deutschgesinnte kamen mit Beiträgen zu Wort, sondern auch polnisch

[74] S. a. a. O. Aufgabe der oberschlesischen Nachabstimmungspublizistik: I. Bewahrung . . . II. Sicherung vor Überraschungen . . .
[75] Definition der „Propaganda" s. Dovifat a. a. O.
„Oberschlesien bleibt ungeteilt beim Reich", S. 43.

gesinnte Oberschlesier. Freistaatler, Anhänger aller politischen Richtungen und aller Konfessionen konnten von dieser Tribüne zum Volke sprechen. Deshalb verlor aber der „Oberschlesier" durchaus nicht die klare Linie. Georg Wenzel, sein Herausgeber, und Ernst Laslowski, der Schriftleiter, ließen in den geschickt eingestreuten, fettgesetzten und aus dem Rahmen der Seite herausspringenden Parolen und in ihren Leitartikeln die Absicht der Deutschtumswerbung deutlich erkennen. Den Korfantyanhängern mußte gerade diese Zeitschrift in vieler Hinsicht unbequem und gefährlich sein: einmal war schon die Betonung des Kulturellen gleichzeitig die Betonung der kulturellen Zusammengehörigkeit Deutschlands und Oberschlesiens. Zum anderen machte die zielklare und durch nichts aus der Fassung zu bringende Politik des „Oberschlesiers" die Polen nervös. Hier wurde wirklich etwas für den Aufbau eines neuen Oberschlesien getan. Es wurde vorgearbeitet, sondiert, besprochen und so dazu beigetragen, daß die Wunden, die sich die Oberschlesier geschlagen hatten, bald verheilten. Und wofür wurde vorgearbeitet? Für die Zeit, die nach der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens kommen mußte; für die Zukunft, die der „Oberschlesier" stets als eine deutsche Zukunft schilderte. Aber gerade das, auch nur den bloßen Gedanken an ein künftiges deutsches Oberschlesien, wollte Korfanty verhindern. (!) Da er aber dieser Zeitschrift nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnte, mußte er das Feld dem „Oberschlesier" unbestritten überlassen.

Es war selbstverständlich, daß alle diejenigen Oberschlesier, denen es wirklich ernst um die Zukunft ihrer Heimat war — und die gab es sowohl im polnischen wie im Freistaatlager —, sich um den „Oberschlesier" scharten. Sie bildeten einen festumgrenzten, wenn auch räumlich getrennten, geistigen Bund, der auch über die Wirren des dritten Aufstandes hinweg zusammenhielt. Im allgemeinen war die Linie des „Oberschlesiers" während der unmittelbaren Nachabstimmungszeit folgende: Hauptzielpunkt blieb die „Aufbaupolitik für Oberschlesien".[76] Geleitet aber wurde zu diesem Hauptstück über die Besprechung oder Abhandlung eines aktuellen Themas. Und hier lag in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit das Hauptgewicht auf der Betonung der Unteilbarkeit Oberschlesiens. Die wöchentliche Übersicht über die oberschlesische Wirtschaft unterstrich die Notwendigkeit der Unteilbarkeit nüchtern, aber gerade durch die gebrachten Zahlen und Daten sehr wirkungsvoll. Die Terroraktionen, die sich ab Mitte April wieder häuften, betrachtete der „Oberschlesier" seiner Eigenart entsprechend. Er sah in ihnen die größten Hindernisse für eine aufbauende Politik, vermied er es aber, allzuweit auf Einzelheiten einzugehen. „Frieden und Versöhnung"[77] und „Pfingstgeist" lautete die Forderung des „Ober-

[76] „Oberschlesier" v. 26. 3. brachte diese Parole, wie schon erwähnt, fettgedruckt in einem durch Randleisten abgesetzten Kasten. Überhaupt ist die Ausgabe von Parolen für das äußere Gesicht der Zeitschrift charakteristisch.

[77] „Oberschlesier" v. 9. 4.

schlesiers", wobei geschickt die tief verwurzelte Gläubigkeit des Oberschlesiers angesprochen wurde.[78] Zur Betonung der Ruhe und des Ernstes, mit dem das Blatt an seine Aufgabe heranging, brachte es im Monat April gleich zwei Sondernummern, die sich ausschließlich mit sachlichen Fragen der Kultur beschäftigten und keine aktuellen Probleme aufwarfen.[79] Wie eine Vision mag den Lesern des „Oberschlesiers" der vom Herausgeber gezeichnete Leiter in der letzten Voraufstandsnummer (30. April) erschienen sein: „Abenddämmerung oder Morgenrot . . .?" Mit dem ganzen Ernst und der Eindringlichkeit, die den „Oberschlesier" auszeichneten, wurde da ein Bild entworfen, das sich in seinem negativen Teil leider bewahrheiten sollte. Der Ruf zur Besinnung und zum Aufbau wurde in dem wilden Chaos des beginnenden Korfantyputsches nicht mehr gehört.

Mit rasender Schnelligkeit entwickelten sich in Oberschlesien die neuen Fragestellungen. Wie schon bei der Abstimmungsauswertung den Publizisten nur allerkürzeste Zeit zur Verfügung stand, so waren auch den Erörterungen um die Teilungsfrage nicht viel Zeit vergönnt. Der Terror hinderte zudem eine gründliche und in ihrer Stichhaltigkeit die Polen aufpeitschende Bearbeitung des Unteilbarkeitsanspruches. Immer mehr häuften sich ab Mitte April die Anzeichen, die auf einen dritten Polenaufstand hindeuteten.

Eine Übersicht der im „Schwarzen Adler" in der Zeit vom 26. 3. bis 30. 4. wiedergegebenen Meldungen und Artikel läßt mit einiger Sicherheit den Tag erkennen, von dem ab die Polen nach einheitlichem Plan auf den nahe bevorstehenden Ausbruch eines letzten Aufstandes hinarbeiteten.[80] Am 18. 4. wurde der Belagerungszustand aufgehoben. Zwei Tage später schon berichteten die Zeitungen von Dynamitattentaten, Dynamitdiebstählen, von Verschleppungen und anderen gehäuften Greueltaten. Die typischen Kennzeichen der beiden vorangegangenen Polenaufstände! Jeder Oberschlesier kannte sie und konnte sich ein Bild machen von dem, was kommen würde. Die Frage „Unteilbar — oder teilbar?" trat in den Hintergrund.

„Die polnische Hetze beginnt von neuem . . ."[81] Die Stimmen von jenseits der Grenze wurden immer unmißverständlicher. Die Polen wollten losschlagen![82]

---

[78] „Oberschlesier" v. 14. 5. — Dieselbe Nummer brachte unter dem Titel „Der Kampf der Kirche gegen den Nationalismus" eine kritische Studie, die deutlich auf den Hypernationalismus der Polen um Korfanty hinwies.

[79] „Oberschlesier" v. 16. 4., 12. Sonderheft, „Kommunalpolitik in Oberschlesien" und die 13. Sondernummer v. 23. 4.: „Volkshochschulnummer II."

[80] Der „Schwarze Adler" brachte bis zum 20. 4. zwei, vom 20. bis 30. 4. 21 Terrormeldungen!

[81] Der „Schwarze Adler" vom 20. 4. brachte ein polnisches Geheimrundschreiben an alle polenhörigen Betriebsräte und Bezirksbeamte, in dem verlangt wurde, daß die polnischen Beamten genaue Aufstellungen darüber zu machen hätten, wer im „Augenblick politischer Änderungen" seinen Posten verlassen würde von den leitenden Beamten und Angestellten.



Oberschlesische

Grenz-Zeitung

Ein Ultimatum an Deutschland?

Die Ablehnung Amerikas.

Die polnischen Parteien zur oberschlesischen Frage.

Die drei letzten Ereignisse vor dem Ausbruch des dritten Aufstandes brauchen nur in ihrer zeitlichen Folge wiedergegeben zu werden, um die gemeinsamen Pläne Frankreichs und Polens in aller Eindeutigkeit zu erkennen.

Die englischen Truppenkontingente wurden um diese Zeit in die Heimat zurückbeordert, um in die irischen Unruhen einzugreifen. Der oberschlesischen Bevölkerung bemächtigte sich eine wachsende Unruhe.[83]

Angesichts der von den Polen drohenden Gefahren und der Erkenntnis, daß bei einem dritten Aufstand den Deutschen ein wirksamer Schutz von der IK nicht zuteil werden würde, begann sich ein deutscher Selbstschutz zu bilden.

Am 25. April verhaftete die IK im gesamten Abstimmungsgebiete alle deutschen Führer mit wenigen Ausnahmen.[84] Außerdem stand am 1. Mai ein französischer Einfall in das Ruhrgebiet in Aussicht, da Deutschland die „fälligen Reparationen" nicht bezahlen wollte und konnte.[85] Es blieb also nur noch übrig, den losbrechenden Aufstand irgendwie zu „begründen".

Der dritte polnische Aufstand

(1. Mai bis 5. Juli und die Nachwehen der Kämpfe bis Ende Juli 1921.)

Am 1. Mai ließ Korfanty in einem Extrablatt der „Grenzzeitung" die erfundene Nachricht verbreiten, daß die Entscheidung des Obersten Rates über das Schicksal Oberschlesiens unmittelbar bevorstehe. Die Entscheidung werde dahin lauten, daß nur die Kreise Rybnik und Pleß an Polen fallen sollten. Die „Ungerechtigkeit" dieser Entscheidung — die, wie gesagt, nur eine von Korfanty frei erfundene war — gegenüber den „berechtigten Ansprüchen" der Polen führte der polnische Plebiszitkommissar auf deutsche Umtriebe und auf den von den Deut-

[82] „Schwarzer Adler" vom 23. 4.: „Gewalt oder Recht." Bericht von der Drohung des polnischen Generals Haller und des Ministers Trampczynski. Haller sagte wörtlich: „Wenn wir in Oberschlesien auch keinen Stein auf dem anderen lassen sollten, Oberschlesien muß doch unser werden!" Noch deutlicher wurde Trampcynski: „Und wenn es zum Kampf kommt, werden sich unsere Generale schon darum kümmern, daß Ihr Waffen und Munition in Überfluß haben werdet! In kurzer Zeit wird ja das polnische Heer unter Führung des Generals Szopiecki in Oberschlesien einrücken!" Außerdem verlautete, daß in den polnischen Grenzbezirken ein oberschlesisches Freikorps aufgestellt werde.

[83] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 141.

[84] Bernhard v. Hülsen: „Der Kampf um Oberschlesien", Stuttgart 1922, S. 15.

[85] Der Italiener Dalmo Carnevali schrieb im Juniheft der „Deutschen Politik", 6. Jahrg., S. 536, in seinem Artikel „Italien und die oberschlesische Frage": „Die oberschlesische Revolte, die in so merkwürdigem Zusammentreffen mit der „zufälligen" Abwesenheit Le Ronds ausbrach und zweifellos ein die Ruhrbesetzung ergänzendes Ereignis bilden sollte, hat in Italien äußerste Verbitterung hervorgerufen."

schen bei der Abstimmung betriebenen „Verrat" zurück. Außerdem gab Korfanty weiterhin bekannt, daß eine Versammlung deutscher oberschlesischer Industrieller in Kattowitz stattgefunden hätte, auf der beschlossen worden wäre, daß im Falle einer Zuteilung des Industriegebietes an Polen die deutschen Industriellen die Zerstörung der Industrieanlagen in die Wege leiten würden. Diese Nachricht war ebenso wie die vorhergehende völlig frei erfunden.[86] Da nun aber Presselügen immer schneller und tiefer wirken als Dementis, hatte Korfanty mit der Lüge das erreicht, was er erreichen wollte: die „Begründung" des nun beginnenden Aufstandes. Klug und sich der Wirkung seiner Bekanntmachungen bewußt, vermied er es, seinem aufrufartig gehaltenen Artikel irgendwelche Wendungen einfließen zu lassen, die als Aufforderung zum Aufruhr ausgelegt werden konnten. Dies mußte um so mehr auffallen, als Korfanty sonst Meister dieser Art der Meinungsbeeinflussung war.

Noch wollte niemand auf deutscher Seite es wahr haben, daß tatsächlich ein dritter Aufstand unmittelbar diesen Aufrufen folgen würde.[87]

Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek veröffentlichte eine offizielle Erklärung, in der die beiden Korfantylügen vollinhaltlich als erfunden bezeichnet und die Tatsache einer solchen Lügenverbreitung als „Akt wahnsinniger Verzweiflung" hingestellt wurden.[88]

Die Bedeutung der zweiten Lügennachricht wurde aber sofort klar, als am Morgen des 2. Mai 80 % aller Gruben des oberschlesischen Industriegebietes in den Ausstand traten. Von 240 000 Arbeitern streikten 190 000! Die „kochende Volksseele" trat verabredungsgemäß in Aktion. Am selben Tage kehrte Korfanty „plötzlich" von seiner „Auslandsreise" zurück. — Das ganze Unternehmen war so genau mit den außenpolitischen Ereignissen um Deutschland in Übereinstimmung gebracht, daß die französisch-polnische Zusammenarbeit schon jetzt unbestreitbar war. Am 3. Mai, an dem der Aufstand offiziell begann — pünktlich um 12 Uhr in der Nacht vom 2. zum 3. Mai — ließ nämlich die Entente ein Ultimatum an Deutschland gelangen, das dieses im Augenblick aktionsunfähig machen sollte. Und noch einige andere Beobachtungen zeigen das Hand-in-Hand-Arbeiten der Franzosen und

86 Am 5. Mai veröffentlichte die „Ostd. Morgenpost" in einer dreiviertelseitigen Anzeige eine Erklärung des Generaldirektors Werner, der an der von Korfanty erfundenen Industriellen-Versammlung in Kattowitz teilgenommen haben sollte. Der Generaldirektor stellte darin fest, daß weder eine solche Versammlung von Industriellen stattgefunden habe, noch er an irgendeiner solchen Versammlung teilgenommen habe, die die von Korfanty veröffentlichten Beschlüsse gefaßt hätte.

87 Vergl. „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", S. 142 — und alle bedeutenden oberschlesischen Zeitungen vom 2. Mai, die den Aufruf als „Aufhetzungsversuch" bezeichneten und von einer Putschpropaganda sprachen, also noch nicht von dem Beginn des dritten Putsches. Daß dieser Aufruf das Signal zum Beginn des dritten Aufstandes war, wurde erst am 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag und Tag des Aufstandsbeginnes, erkannt.

88 „Ostd. Morgenpost" v. 2. Mai 1921.

der Polen noch deutlicher: Es wurden in den oberschlesischen Industriestädten vielfach Beobachtungen gemacht, daß französische Offiziere sich in der Nacht vom 2. zum 3. Mai nicht zur Nachtruhe begaben, und daß sie beim Einmarsch der Insurgenten vom offenen Fenster aus mit deren Führern militärische Grüße austauschten. Die Franzosen waren offensichtlich in die polnischen Pläne eingeweiht.[89] Selbstverständlich traten sie „pflichtschuldigst" auf den Plan, umzingelten vorsichtig die Insurgenten und forderten sie auf, die Stadtgebiete zu verlassen. Scheinbar war eine sofortige Besetzung der Städte nicht vereinbart.

Am Morgen des 3. Mai verhängte die IK den Belagerungszustand über das von den Insurgenten besetzte bzw. von ihnen bedrohte Gebiet. D. h.: wollte die deutsche Bevölkerung sich etwa mit noch vorhandenen Waffen zur Wehr setzen, so sollte sie gleich den polnischen Aufrührern behandelt werden. Unterdessen aber konnten die hochgerüsteten Insurgenten unter den Augen der hohen IK von der Grenze her in die Städte einrücken, soweit diese nicht von Truppen der Interalliierten besetzt gehalten wurden. Bald wurde bekannt, daß das Insurgentenheer mit regulären polnischen Hallersoldaten durchsetzt war. Nach genau festgelegtem Plan gingen die gut ausgerüsteten Polen vor. Dorf um Dorf und Stadt um Stadt konnten sie am ersten Tage fast widerstandslos besetzen. Sie sprengten die Eisenbahnbrücken bei Oberglogau, die Vorflutbrücke zwischen Oppeln und Schepanowitz, sowie Eisenbahnbrücken bei Kreuzburg und Schichowitz. In Pleß rückten polnische Insurgenten ein. Die polnischen Abstimmungspolizisten gingen zu ihnen über, nachdem sie vorher die deutschen Abstimmungspolizisten entwaffnet hatten. Die italienischen Truppen, die die Stadt besetzt hielten, warfen die Polen jedoch wieder heraus. Die ersten Toten fielen. Doch in Rybnik mußten die Italiener die Stadt räumen, da die Polen Herren der Lage waren. Auch hier floß das Blut italienischer Soldaten, die in der Erfüllung ihrer Pflicht die Insurgenten angriffen. Dennoch drangen diese unter Umgehung der Städte weiter nach Westen und Norden vor.

Inzwischen hatte am 2. Mai die deutsche Regierung in London, Paris und Rom vorstellig werden lassen und auf die drohende Gefahr eines Aufstandes hingewiesen, der sich evtl. aus dem Streik entwickeln könne. Am Tage darauf folgte ein dringendes Telegramm des Auswärtigen Amtes an die Botschafter in den Hauptstädten der Besatzungsmächte. Die Botschafter machten daraufhin die verantwortlichen Stellen der Alliierten darauf aufmerksam, daß von ihnen auf jeden Fall sofortiges Einschreiten mit militärischen Machtmitteln erwartet werde. Dabei wiesen sie auf die planmäßige Vorbereitung des Aufstandes hin und lehnten im Auftrag der deutschen Regierung die Verantwortung für weitere Folgen ab.

---

[89] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 143.

Jetzt jagen sich die Telegramme. Am 4. Mai fordert die deutsche Reichsregierung von der IK und von den alliierten Regierungen, den gesetzmäßigen Zustand wiederherzustellen. Auf diplomatischen Druck hin enthebt die Warschauer Regierung Korfanty vom Amt eines polnischen Plebiszitkommissars. Das Gesicht war gewahrt.

Korfanty ließ sich dadurch nicht sonderlich beeindrucken. Am Tage seiner Absetzung — dem 3. Mai — erläßt er einen Aufruf an die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, in dem es heißt: „Mitbürger! Die Polnische Regierung hat mich von meinem Posten als Plebiszitkommissar enthoben, weil ich den Putsch zu unterdrücken nicht imstande war. Ich bin nicht mehr Plebiszitkommissar, aber ich bin von Eurem Blut und Leben, ein Sohn des oberschlesischen Volkes, der sich seit 20 Jahren seines Vertrauens erfreut, der über 20 Jahre für Euch kämpft und auch für Recht und Freiheit Oberschlesiens. Wie Euer Bruder bin ich immer mit Euch, kämpfende, streikende Arbeiter, und im Einvernehmen mit unseren polnischen Parteien stehe ich an der Spitze unserer Bewegung." Nachdem er versichert hat, er werde darauf hinwirken, daß „diese edle Bewegung nicht durch einzelne Untaten zu einer Anarchie umschlägt" und die Insurgenten „um jeden Preis" den Sieg erringen, setzt er den „Insurgenten Nowina Doliwa" — niemand anderes als der Posener Graf Mielczynski — zum obersten Befehlshaber ein und bestimmt Feldgerichte, die auch Todesurteile aussprechen und vollstrecken lassen können. Korfanty fühlt sich schon ganz als der künftige Herrscher in Oberschlesien. In einer Note an die alliierten Regierungen und an die Regierung in Washington fordert er die sofortige Festlegung einer Demarkationslinie.

Am 5. Mai spielt der Draht weiter: Die deutsche Regierung fragt in einer Note bei den alliierten Regierungen an, ob diese gesonnen seien, alsbald die zur Herstellung der Ruhe erforderlichen Kräfte einzusetzen, andernfalls die deutsche Regierung die Maßnahmen ergreifen würde, die zum Schutz der oberschlesischen Bevölkerung geeignet wären. Am gleichen Tage läßt die deutsche Regierung auch ihren Botschaftern in den alliierten Staaten ein Telegramm zugehen, in dem diese besonders beachtenswerte Momente der Aufstandsbewegung zur Weitergabe übermittelt erhalten.

Während noch der diplomatische Apparat arbeitet, hat die polnische Insurgentenarmee ihre Operationsbasis erreicht. Das ganze Land östlich der Linie = westlich Landsberg — westlich Rosenberg — Malapane — Gogolin — Oberwitz = und dann im allgemeinen längs der Oder war in ihrer Gewalt. Westlich dieser Linie war es den Deutschen gelungen, die polnischen Stoßtrupps zu entwaffnen und aus den Ortswehren und anderen Heimattreuen einen Wall aufzurichten.[90]

---

[90] Den weiteren Verlauf der militärischen Aktionen gibt Bernhard v. Hülsen in „Der Kampf um Oberschlesien", a. a. O. S. 15 ff., wieder. In demselben Werk sind

Allmählich werden dann auch weitere Einzelheiten über Organisation und Aufmarschplan der Insurgenten bekannt, die eine bis ins kleinste durchgebildete Kampfeinheit darstellten. Ausgerüstet mit den modernsten Großkampfwaffen, wie Minenwerfern, Maschinengewehren, ja sogar mit schwerer Artillerie, Panzerzügen u. a., die stündlich aus dem polnischen Hinterland ergänzt wurden. Geschützt von der einflußreichsten Macht in der IK, den Franzosen, versuchten die Insurgenten, das ganze Land bis zur Oder in ihre Gewalt zu bringen. Dann sollte die von den Alliierten geforderte Demarkationslinie das Gebiet dem Regiment Korfantys belassen und dieser so sein Ziel erreicht haben: die vollendete Tatsache eines polnisch regierten und machtmäßig gesicherten Gebietes in Oberschlesien, das den Industriebezirk und alle die Kreise umfaßte, die Korfanty in der Aufstellung seiner „Linie" bezeichnet hatte![91]

Was ergab sich aus der Lage für die oberschlesische Publizistik?

Notwendig brachte die neue Lage auch eine neue Richtung der Meinungsführung mit sich. War die Ausrichtung in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit in einem Artikel im „Schwarzen Adler" (23. 4.) so festgelegt: „Die Waffen, mit denen wir jetzt streiten müssen, sind das Recht, die Logik und die Darlegung des wirtschaftlichen Nachteils", der aus einer Zuteilung zu Polen erwachsen mußte, so stellten die Ereignisse der ersten drei Maitage die Verhältnisse und die Ausrichtung der Publizistik auf den Kopf. Bisher ging es darum, dem Recht der Deutschen bei der Entscheidung der IK Geltung zu verschaffen und sich außerdem vor möglichen Überraschungen zu schützen. Jetzt, da die Sicherungsaufgabe illusorisch geworden war, mußte das Ziel zu allererst heißen: Verhinderung eines „fait-accompli"!

Der Wille zur Abwehr der polnischen Insurrektion war in allen Deutschen vom ersten Tage an lebendig. Endlich war die Gelegenheit da, mit der Waffe in der Hand die polnischen Unruhestifter ein für alle Male aus der Heimat zu vertreiben. Nur war die Frage nicht einfach zu lösen, woher die unbedingt notwendigen Waffen beschafft werden sollten. Und noch wichtiger war es, dem Widerstand eine einheitliche Organisation zu geben. Auf der anderen Seite standen — das machte sich bald bemerkbar — wohlorganisierte, bis ins kleinste ausgerüstete und von Berufsmilitärs geleitete Formationen, die mit spontanen Abwehreinzelaktionen nicht aus dem Land zu treiben waren. Der Gedanke eines Selbstschutzes tauchte zuerst im Ratiborer Kreise

---

in der Anlage 5 A—J auch die Texte der eben erwähnten Verlautbarungen, Telegramme und Noten enthalten.

[91] Die weiteren militärischen Ereignisse zu behandeln, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Zur Orientierung über den Verlauf der militärischen Operationen lese man am besten die entsprechenden Abschnitte in dem schon erwähnten Buch Bernhard v. Hülsens „Der Kampf um Oberschlesien". Hülsen bringt in den Anlagen 2—4 detaillierte Angaben über Organisation und Wesen des Insurgentenheeres, sowie in der Anlage 1 die Einteilung des Selbstschutzes in der ersten Hälfte Juni 1921.

auf. Ohne Zustimmung der italienischen Besatzungsbehörden war das Aufstellen eines solchen Selbstschutzes nicht möglich. Verantwortliche Männer der Stadt begaben sich zum Kreiskontrolleur Invrea und trugen ihm ihren Wunsch vor. Die Polenbanden waren den Italienern durchaus nicht unbemerkt geblieben. Invrea meinte jedoch, zur Verteidigung der Stadt Ratibor reichten seine Truppen aus, für das Land allerdings nicht. Eine ausdrückliche Erlaubnis zur Aufstellung irregulärer Truppen wollte er nicht geben. Als die Ratiborer ihn jedoch immer dringender baten, für den Schutz des Landes etwas zu unternehmen, meinte er, er könne ihnen doch unmöglich das Gewehr selbst in die Hand geben; verteidigen dürfe sich schließlich jedermann.[92]

Es entstand so der oberschlesische Selbstschutz, dessen Zentrale auch die Leitung der militärischen Operationen in die Hand nahm. Die mühevollen Organisationsarbeiten, die nun einmal zu einer militärischen Formation gehören, nahmen die ersten Tage des Aufstandes voll in Anspruch.

Am 8. Mai, nachdem die polnischen Insurgenten bereits ihre Operationsbasis erreicht hatten (s. w. u.), wurden drei Hauptabschnitte gebildet, die als „Abschnitt Süd", „Abschnitt Mitte" und „Abschnitt Nord" bezeichnet wurden. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Kämpfe bis ins einzelne zu verfolgen.[93]

Lediglich die Lösung der Frage „Wie wurde der Versuch Korfantys, in Oberschlesien ein „fait-accompli" zu schaffen, vereitelt?" müssen wir kurz aufzeigen. Und das wird nicht ohne eine Beschäftigung mit dem O.S.S.S. zu ermöglichen sein. Überhaupt: das bloße Vorhandensein einer militärischen Schutzbewegung war für die Arbeit der oberschlesischen Publizistik so wesentlich, daß wir ihre gegenseitigen Beziehungen beleuchten müssen.

Es ist keinem Menschen angenehm, sich vor jeder Tat ganz genau die möglichen Auswirkungen auf die eigene Zukunft überlegen zu müssen. Niemand wird seines Lebens froh, wenn er sich in seiner Handlungsfreiheit so weit eingeschränkt weiß, daß der Tatenmut — und von diesem hängt alles Geschehen in der Welt ab — allmählich erlischt. Am wenigsten aber ist der Publizist geneigt, Rücksichtnahme und Vorsicht walten zu lassen, wenn es gilt, das große Ziel mit heißem Herzen und wachem Verstand „durch innere Überzeugung" des von ihm Geführten Tatsache werden zu lassen. Tat-Sache, schon das Wort enthält den Kernpunkt jeglichen publizistischen Bemühens: die Tat. Publizistik heißt nicht nur: Glauben säen, — Publizistik heißt ebenso:

---

[92] Hermann Katsch: „Der oberschlesische Selbstschutz (O./S. S. S.) im dritten Polenaufstande." Heimatverlag Oberschlesien, Berlin und Leipzig 1921. S. 9.

[93] Die kürzeste und instruktivste Darstellung über den O. S. S. S. im dritten Polenaufstande schrieb Bernhard v. Hülsen in: „Der Kampf um Oberschlesien — Oberschlesien und sein Selbstschutz", Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart 1922, mit 16 Anlagen, 4 Karten, 13 Bildern und 1 Erinnerungsblatt.

Taten säen! Der Publizist, der — und das sollte jeder wahre Publizist sein — besessen ist von der Idee, von dem gesteckten Ziel, der muß geradezu alle äußeren Hindernisse nicht nur als lästig empfinden, wie es der Geführte tut. Er empfindet sie als Schmerz. Schmerz erzeugt unter Umständen Wahnvorstellungen. Zumindest macht Schmerz bitter und zuweilen kalt gegenüber dem Geschehen rundherum. Der wahre Publizist jedoch zeichnet sich gerade von dem Allerweltskämpfer ab, daß er — neben der warmen, gesinnungsstarken Überzeugung von der Gerechtigkeit und Notwendigkeit seiner Sendung und neben der Fähigkeit, diese seine Sendung als Idee den Geführten so darstellen zu können, daß auch sie sich ergriffen fühlen von dem Drang des Führenden — noch eine dritte Eigenschaft besitzt, die ihn zum erfolgreichen Kämpfer macht: er hat die Fähigkeit, die Wirkungsmöglichkeit seiner Idee nüchtern und kalt abwägen zu können. Ausdauer, Mut und Eindringlichkeit wie „die Fähigkeit, blitzartig Angriffsmöglichkeiten erkennen und abwägen zu können" (Dovifat): diese Eigenschaften hat jeder wahre Publizist.

Die Gefahr, angesichts der andauernden, zermürbenden, ihn überall und zu jeder Zeit bedrückenden und einschränkenden Gegebenheiten, verbittert gegenüber den Geführten zu werden: das war die große Gefahr der Nachabstimmungspublizisten. Wohl sind hie und da einzelne dieser Gefahr erlegen, haben entweder resigniert oder in einem wilden Rausch losgepoltert und damit der Sache mehr geschadet, als es eine verlorene Schlacht getan hätte. Wie drückend ein Mensch, der vom Führungswillen beseelt ist und sein Ziel über die innere Überzeugung erreichen will, die ständige Bedrohung an Leib und Gut empfinden mußte, ist schlecht auszudenken. Und über die tägliche Bedrohung hinaus auch noch das Wissen mit sich herumtragen zu müssen, daß in absehbarer Zeit diesem Zustand kein Ende gesetzt sein wird: das mußte überhaupt jede Publizistik flügellahm machen! Gegenüber dem Polenterror und der Polenfreundschaft der IK sich schutzlos zu wissen, das mußte vor allem die Arbeit der im bedrohten Gebiet arbeitenden Publizisten aufs schwerste gefährden, wenn nicht sogar lahmlegen.

Gegenüber der blanken Waffe aus Stahl ist die gedruckte Waffe des Wortes von vornherein im Nachteil — im Augenblick jedenfalls! Deshalb ist auch sogleich kurz nach Auftauchen des Oberschlesischen Selbstschutzes und nach Bekanntwerden der ersten Erfolge des Selbstschutzes ein merkwürdiger, bis dahin völlig fehlender Zug in die oberschlesischen publizistischen Organe gekommen, der sich z. B. an Hand der Leitartikel sehr genau bestimmen läßt.[94] Es war nichts weiter als das Bewußtsein: „Wir sind nicht schutzlos!", das die Männer der tagesgebundenen publizistischen Arbeit in den Schriftleitungen plötzlich in eine Stimmung versetzte, die einer Siegesstimmung ungeheuer ähn-

---

[94] Vergl. die Leitartikel der „Ostd. Morgenpost" vor u. nach dem 21. Mai 1921.

lich war. Man mag das vom politischen Standpunkte damaliger Zeit aus als nachteilig und übereilt empfunden haben: wie anders sollte sich all das, was man nun zwei Monate bewußt hatte unterdrücken müssen, von der Seele lösen als in einem befreienden Aufatmen? —

Es wäre eine eigene Arbeit wert, das gegenseitige Aufeinanderbezugnehmen und Aufeinandereinwirken von Sicherheitsschutz — sei er nun als Militär- oder Polizeimacht oder als Freikorps oder irgendwie anders gedacht — und Publizistik einmal genau zu beobachten und Gesetzmäßigkeiten festzustellen. Wir beschränken uns hier auf die einfache Feststellung, daß das Eintreten des Oberschlesischen Selbstschutzes in die Auseinandersetzung mit den Insurgenten eine wichtige Rolle gespielt hat nicht nur für die sich daraus entwickelnde Lage in Oberschlesien, sondern auch für die Publizistik. Publizistik und Selbstschutz waren sich denn auch gegenseitig Stütze und Schutz. Nicht so, daß sie sich jederzeit Hand in Hand einsetzten für ein und dieselbe Sache. Sondern vielmehr in einem weiteren, umfassenderen Sinne: das Vorhandensein einer Schutzmacht gab den Publizisten die Sicherheit zurück, die sie in den turbulenten Tagen des dritten Polenaufstandes nötig hatten, um überhaupt gesinnungsmäßig bestimmte Führung sein zu können. Ihr Ziel war gemeinsam. Es lautete:

Abwehr und Widerstand.

So einfach wie sich diese Losung hier liest, so voller versteckter Schwierigkeiten ist sie. Es genügte ja nicht, den oberschlesischen Deutschen tagein tagaus ins Gedächtnis nur das eine Wort zu hämmern: „Widerstand!" Schlagwörter und Parolen behalten wohl einige Zeit ihre Wirksamkeit. Gegenüber den Tatsachen pflegen sie aber zu verblassen und lächerlich zu werden. Was nützt es der Sache des Propheten, wenn er tagtäglich durch die Straßen der ungläubigen Stadt läuft und seine „Metanoite" ruft, während die Ungläubigen sich in ihrer Haut so wohl fühlen, daß ihr Sinn auf keinen Fall auf eine Änderung ihres Lebens ausgeht? Beharrlichkeit allein macht noch keine neue Zeit. Es muß der Publizist die Fähigkeit haben, nicht nur die Saat der Tat zu säen, sondern auch dazu noch den Acker vorzubereiten! Von allen nur möglichen Seiten her mußte die Notwendigkeit des Widerstandes erläutert werden, damit sie als Überzeugung die Tat nach sich ziehe. Und diese Tat mußte dann die Abwehr sein der Angriffe, die das Land einer Zukunft entgegengeführt hätte, wie sie ihm Korfanty ersehnte.

Es waren Probleme, die es zu lösen galt — und keine Alltagsaufgaben, die ein nur halbwegs veranlagter Tagesjournalist oder sonstwie in der Öffentlichkeit Stehender spielend hätte lösen können. Wie die oberschlesische Publizistik diese beiden Probleme gelöst hat, soll hier aufgezeigt werden.

An erster Stelle mußte natürlich die Abwehr des polnischen Einfalls stehen, der drohte, Oberschlesien dem Korfantyschen System auszuliefern. Damit wäre die Abstimmung zu einer Farce zu machen.

Es wurde viel unternommen, so daß es schwer ist, alle Unternehmungen, die die Abwehr des Polenaufstandes zum Ziel hatten, irgendwie generell zusammenzufassen. Unter Fortfall aller periphären Erscheinungen lassen sich drei verschiedene Hauptrichtungen des Abwehrkampfes während des dritten Polenaufstandes feststellen:

1. Machte die Tagespresse während der gesamten Zeit des Aufstandes den Versuch, die IK zu einer geschlossenen, schnellen und durchschlagenden Aktion ihrer Truppen gegen die Aufständischen aufzufordern. Da aber gleich zu Beginn die Stellung der allgewaltigen Franzosen als sehr unklar empfunden wurde und ein freiwilliges Vorgehen der Besatzungstruppen gegen die Polen bezweifelt werden konnte, versuchte die Presse durch geschickte Ausnutzung polnischer Stimmen die Ententemächte an ihrer Ehre zu packen und sie so zum Handeln zu bewegen.[95]
2. Als gegen Mitte Mai der „Oberschlesische Selbstschutz" unter General Höfer sich als stark genug erwies, um in kurzer Zeit ganz Oberschlesien von den Insurgenten freizumachen (21. Mai: Schlacht am Annaberg), erfüllte sich damit ein weiterer Wunsch der oberschlesischen Presse, die den Vorschlag gemacht hatte, reichsdeutsche Truppen zur Niederringung des Aufstandes der IK anzubieten, auf andere Weise. Der „Schwarze Adler" erschien daraufhin als Schützengrabenzeitung (dreimal wöchentlich) der Selbstschutzkämpfer und versorgte die Kämpfenden und alle Deutschgesinnten mit geschickt zusammengestelltem Informationsmaterial.[96]
3. Eine in ihrer Wirkung damals sicher weit unterschätzte Aufgabe hatte die oberschlesische Publizistik mit dem systematisch betriebenen Versuch unternommen, das polnische Lager dadurch zu sprengen, daß sie alle sich während der Korfanty-Regierungszeit im von den Aufständischen besetzten Gebiet entwickelnden Schwierigkeiten groß aufzog. Es wurde also hier der uns vom Weltkrieg her bekannte Versuch unternommen, Führer und Gefolgschaft zu trennen und so dem Gegner das Fundament unter den Füßen wegzuziehen. Dieser Versuch muß in zweierlei Hinsicht als gelungen betrachtet werden: einmal haben sich tatsächlich gegen Mitte Juni die Differenzen im polnischen Lager so zugespitzt, daß Korfanty kaum mehr in der Lage war, den Druck der IK zur Liquidierung des Aufstandes als ungelegen zu bezeichnen![97]

---

[95] „Ostd. Morgenpost", Leitartikel, v. 2.—23. 5.

[96] Leitartikel der „Ostd. Morgenpost" v. 24. 5.—9. 6. befaßt sich mit dem Polenregiment. Ebenso „Schwarzer Adler" v. 29. 5.

[97] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", S. 151.

Zum anderen wirkte sich die Berichterstattung von polnischen Zerwürfnissen im deutschen Lager sehr günstig auf den Widerstandswillen der Bevölkerung aus. Lange konnte es unter diesen Umständen Korfanty nicht mehr aushalten.

Aber das war erst gegen Mitte Juni. Eineinhalb Monate jedoch mußte die oberschlesische Bevölkerung — vor allem die in den von den Insurgenten bedrohten Gebieten — täglich aufs neue die zermürbenden Erfahrungen eines Bürgerkrieges machen. Wie sollten die Menschen, die über zwei Jahre lang Gegenstand wüstester Exzesse gewesen waren, angesichts diese alles bisher Dagewesene überbietende Belastung der Nerven — von denen ja der Widerstand zu allererst abhängt — aushalten?

War das Bemühen der Publizistik, die Abwehr des Poleneinfalls mit ihren Mitteln zu unterstützen, sehr eng verknüpft mit den politischen und militärischen Gegebenheiten und eigentlich eine Abwehr erst in zweiter Linie — denn Kanonen und Gewehre lassen sich nicht mit gedruckten Worten unschädlich machen, und Feinde nicht mit Worten allein aus dem Land treiben —, so war der Appell zum Widerstand ureigenste Angelegenheit der Publizistik.[98]

Der Kenner der oberschlesischen Nachabstimmungskämpfe wird hier vielleicht vermuten, der Verfasser kompliziere eine an und für sich unkomplizierte Angelegenheit. Noch einmal sei daher betont, daß es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht in erster Linie um eine Darstellung geschichtlichen Geschehens an sich oder aus der Schau der Publizistik handelt, sondern um eine Untersuchung der von der Zeit und den Umständen der Publizistik zur Lösung vorbehaltenen Fragen. Diese Fragen sind irgendwie — das zeigen uns die Erzeugnisse des publizistischen Kampfes nach der Abstimmung — von den oberschlesischen Publizisten empfunden worden, manchmal bewußter, das andere Mal instinktiv. Diejenigen, die sie nicht empfanden, erwiesen sich dann auch meist als Außenseiter, die der deutschen Sache durch unkluges Verhalten schweren Schaden zufügten.

Was die deutsche Publizistik Oberschlesiens getan hat, um die Apathie der Bevölkerung gegenüber den polnischen und französischen Wunschträumen von einem polnischen Oberschlesien zu verhindern, das läßt sich in zwei kurzen Feststellungen sagen:

1. Die Hoffnung auf eine Änderung der Zustände in Oberschlesien wurde systematisch genährt. Alle irgendwie günstigen Nachrichten aus dem Ausland und dem Reich wurden meist auffallend plaziert und von den Leitartiklern mit Kommentaren versehen.[99]

---

[98] Widerstand wird hier verstanden als die Fähigkeit, dem Bemühen des Gegners, der die Apathie erreichen will, zu widerstehen. Abwehr = einen physischen Angriff mit physischen Mitteln abschlagen. Widerstand = einem psychischen Angriff, der als Begleiterscheinung des physischen gedacht ist, mit psychischen Mitteln entgegen-stehen.

Die Erfolge des Oberschlesischen Selbstschutzes und die zunehmende Befreiung oberschlesischen Gebietes von den verwahrlosenden Insurgentenbanden wurden als Aktivum gebucht, womit auch die Stimmung der deutschen Bevölkerung sichtlich optimistischer wurde.

2. Die Mißerfolge des Korfantyschen Versuches, eine eigene Verwaltung in Oberschlesien einzurichten, wurden indirekt zu einem Aufruf zum Widerstand gegen die Poleninvasion. Das mit den Erfolgen des Oberschlesischen Selbstschutzes wieder erstarkende Bewußtsein der Überlegenheit, das der deutsche Oberschlesier den Polen gegenüber immer hatte, mußte bei dem Gedanken an die Möglichkeit einer polnischen Verwaltung Oberschlesiens zu letzten Opfern entflammt werden. Der Stolz der deutschen Bevölkerung auf die Vergangenheit des Landes wuchs angesichts der Unfähigkeit der Polen, ohne deutsche Hilfe auch nur irgendetwas Positives zu schaffen. Der Stolze aber ist nicht mehr apathisch. Er hat etwas, wofür er sich begeistern kann und wofür er sich einsetzen — muß!

So ging die Arbeit der Publizistik, die Widerstandskraft wecken wollte, allmählich viel weiter. Nach Beendigung des Aufstandes leitete sie sofort die Folgerungen aus dem Versagen des Insurgentenregiments ab: Oberschlesien muß ungeteilt bei Deutschland bleiben, weil die Polen unfähig sind, es zu erhalten! So kehrte sie wieder zum Ausgangspunkt des Nachabstimmungskampfes zurück, zur Forderung nach der Unteilbarkeit.

Nun darf bei aller nötigen Vereinfachung nicht vergessen werden, daß die Verhältnisse im Aufstandsgebiet zeitweise so verzweifelt waren, daß von einer gesinnungsmäßigen Meinungsführung überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Die ständige Bedrohung des Lebens durch die Insurgenten mußte jede betont deutsche Publizistik lahmlegen. Dagegen konnten andere Gebiete, die nicht von den Polen besetzt oder bedroht waren, fast ungehindert ihren publizistischen Kampf fortführen. Es zeichnet sich also folgende Aufteilung der oberschlesischen Publizistik im dritten Aufstand ab:

a) Einmal bestand in den nicht besetzten Gebieten eine deutsche Publizistik, die in Wort und Schrift die gesinnungsmäßige Führung der Bevölkerung fast ungehindert fortführte.

b) Zum anderen mußten sich die Zeitungen im Gebiet der Insurgenten — also vor allem in den Beuthener, Kattowitzer, Königshütter, Gleiwitzer u. a. Stadtgebieten — während eines großen Teils der Aufstandszeit auf Nachrichtenwiedergabe und geschickt zwischen den Zeilen lavierende Tagespolitik beschränken.

---

[99] Vergl. dazu die freundliche Stellungnahme der oberschlesischen Presse zu den Mitte Mai nach Oberschlesien kommenden englischen Truppen.

Wir befassen uns hier aber nur mit der Publizistik des besetzten Gebietes. Das hat seinen guten Grund. Es war ja die Aufgabe aller deutschen Bemühungen, den Versuch Korfantys, eine vollendete Tatsache zu schaffen, mit allen Mitteln zu verhindern. Da es sich mit jedem Tage des Aufstandes deutlicher zeigte, daß die erbitterten Lebensäußerungen und die dringenden Forderungen nach Abänderung der bestehenden Zustände, die aus dem nicht besetzten Gebiet nach Paris sowohl wie nach Oppeln drangen, keinen Erfolg hatten, mußte etwas anderes unternommen werden. Nur im besetzten Gebiet selbst konnte dem Korfantyplan ein Halt geboten werden. Die Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg des Aufstandes mußte in den Gebieten fallen, die der Insurgentengewalt ausgeliefert oder unmittelbar von ihr bedroht waren. Konnte im östlichen und südlichen Oberschlesien der Aufstand gebrochen werden, so war ganz Oberschlesien von der Gefahr einer Annexion durch Polen befreit.

Die Abwehr des Aufstandes drang aus den nichtbesetzten Gebieten in das Operationsfeld der Insurgenten vor, nicht mit Worten, sondern einzig mit Taten. Der Widerstand jedoch mußte vom besetzten Gebiet aus geleistet werden. Am Widerstand der Bewohner des Industriegebietes mußten Korfantys Pläne scheitern. Diese Aufgabe zu fördern, hatten die deutschen oberschlesischen Zeitungen im Industriegebiet zu übernehmen.

Die Verhältnisse in dem von polnischem Flachland umgebenen Industriebezirk spiegeln sich in ihrer ganzen Verwirrung in den Meldungen und Artikeln seiner Zeitungen wider. Sich aus dem so zur Schau gestellten Chaos ein einwandfreies Bild der jeweiligen Lage zu machen, dürfte selbst dem Kenner der damaligen Verhältnisse schwer fallen. Städte werden besetzt, auf Verhandlungen hin wieder entsetzt, wieder bedroht, mit Waffengewalt verteidigt, dann genießen sie wieder einige Tage zweifelhafter Ruhe, um erneut der Gefahr einer Besetzung in die Augen sehen zu müssen.[100] Die völlige Lahmlegung des Fernsprechverkehrs,[101] die Einstellungen jeglichen Verkehrs der Städte untereinander wegen der andauernden Überfallgefahr und die daraus sich ergebende Lebensmittelknappheit[102] und — gegen Ende des Aufstandes — die Nachrichten von den entsetzlichen Mißhandlungen Deutschgesinnter durch die immer mehr verrohende polnische Bandensoldateska nehmen in den kritischen Tagen von Mitte Mai bis Mitte Juni vollauf die Hauptseiten der Industrieblätter ein. Es mag auffallen, daß die Nachrichten von den unbestreitbaren und im Ausland längst bekannt ge-

[100] Das Beispiel: Beuthen und Gleiwitz.

[101] „Ostd. Morgenpost" v. 21. Mai 1921.

[102] In Kattowitz fehlte am 8. Juni sogar das Wasser, da die einzige noch erhaltene Wasserquelle — der Bahnhof — in den Händen der Insurgenten war. „Ostd. Morgenpost" v. 9. Juni 1921. — Die Bürgerschaft richtete ein Telegramm an alle Kulturnationen der Welt, das ebenso ungehört verhallte wie die Drohung, wenn nicht sofort von der IK Abhilfe geschaffen würde, sei der offene Aufruhr unvermeidlich.

wesenen Erfolgen des Selbstschutzes bis Ende Mai fast völlig fehlen. Die Ursache dürfte in der mangelnden Telefon- und Verkehrsverbindung der Städte mit dem nichtbesetzten Gebiet zu suchen sein. Außerdem erweckt es den Anschein, als ob man den Oberschlesischen Selbstschutz erst voll zu schätzen begann, als er seine ersten größeren Erfolge hatte. Der allgemeine Eindruck, den man beim Überfliegen der Zeitungen gewinnt und den man aus den Äußerungen der Volksvertreter und deutschen Amtsträger entnehmen kann, ist: man war zu bestürzt und fühlte sich zu machtlos, um an eine geordnete, planmäßige Willenslenkung der Bevölkerung zu denken. Nur hie und da tauchten Männer auf, die ihre Aufgabe instinktiv erfaßten und sich in ihrem Wirkungsbereich sofort anschickten, die Aufmerksamkeit des geprüften Volkes auf die Dinge zu richten, die sie als am dringendsten erkannt hatten.[103] Einen Gesamteindruck festhalten zu wollen, ist in diesem Falle undurchführbar. Eine der maßgebendsten oberschlesischen Zeitungen, die von Korfanty gehaßte „Ostdeutsche Morgenpost" soll hier beispielhaft angeführt werden. Die Hoffnung auf Änderung der Lage, die wir als erste Voraussetzung für den Widerstandswillen der Bevölkerung des von den Insurgenten besetzten oder bedrohten Gebietes erwähnten (s. o. [103]), nährte die „Ostdeutsche Morgenpost" reichlich. Am schnellsten konnte die Lage geändert werden durch das bewaffnete Eingreifen der IK. So sehen wir denn nicht nur in den Leitartikeln die Frage wiederkehren „Was wird die Entente tun?", sondern auch aus der Stellung und Aufmachung der Nachrichten aus und von den alliierten Ländern ist zu ersehen, welches Interesse den Vorgängen in Westeuropa gewidmet wurde. Wie eng diese Vorgänge mit dem Geschehen in Oberschlesien verbunden waren, beweist die späterhin so oft zitierte „Fair-play"-Rede Lloyd Georges, die den in Oberschlesien ausgebrochenen Streit innerhalb der Interalliierten Kommission auf die Plattform der großen Politik übertrug.

Was war geschehen? — Schon die ganzen zehn Tage des Putsches hatte es in der IK in Oppeln kleinere Reibereien gegeben, die entstanden waren, als den Engländern und Italienern auffiel, welch merkwürdige Rolle die Franzosen bei dem Putsch spielten. Nachdem die IK bereits am 4. Mai Versprechungen gemacht hatte, die Ruhe sofort wiederherzustellen und die Sicherheit der deutschen Bürger zu gewährleisten, hätte die größtenteils französische Truppenmacht sich anschicken

[103] Die täglichen Leitartikel der „Ostd. Morgenpost", die von Dr. Kersting gezeichnet waren, können als Musterbeispiele sendungsbewußten publizistischen Könnertums angesprochen werden. Dr. K. versuchte, die IK dadurch zur energischen und sofortigen Niederschlagung des Aufstandes zu bewegen, daß er die zweifellos vorhanden starken polnischen anti-alliierten Strömungen geschickt in den Vordergrund seiner Betrachtungen schob und damit die IK vor die Wahl stellte, sich entweder weiterhin von dem Parvenü Polen beschimpfen und verspotten zu lassen, oder aber das gegebene Versprechen einzulösen und die Insurrektion unbarmherzig auszurotten.

müssen, die Insurgenten zu entwaffnen und aus dem Land zu jagen.[104] Das geschah seltsamerweise nicht. Vielmehr leisteten die Franzosen in vielen Ortschaften den Insurgenten Vorschub und beschworen so einen internationalen Konflikt mit den Engländern herauf. Am 11. Mai stand es schon in den deutschen Zeitungen, daß es in der IK zum offenen Bruch zwischen Franzosen einerseits und Engländern und Italienern andererseits gekommen sei.[105] Daß die Engländer — ausnahmslos Soldaten und keine Diplomaten — die französische Doppelzüngigkeit nicht mitmachen wollten, war den deutschen Publizisten bekannt. Hier setzten sie deshalb den Hebel an und versuchten durch andauernden Appell an das Ehrgefühl der Alliierten Taten für das Volk zu erlangen.[106] Am Tage darauf — also am 12. Mai — schien in Paris und London noch alles im besten Einvernehmen zu verlaufen. Der Botschafterrat richtete eine Note an die Polnische Regierung mit einem Inhalt, der die Polen wohl fühlen ließ, daß ihre Großmannssucht doch reichlich unangebracht sei. „Die Alliierten Regierungen lassen sich in keiner Weise beeinflussen durch einen Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen!" — so hieß es dort. Am Tage darauf versuchte Le Rond den Sprung zu leimen. Er ersuchte die Engländer wie die Italiener um Truppenverstärkungen. Viel hat das nicht geholfen. Der interne Streit in der IK dehnte sich auch auf die große Politik aus.

Am 14. Mai hielt Lloyd George seine berühmt gewordene Unterhausrede, in der er rundweg verlangte, die polnischen „Freibeuter" müßten gezwungen werden, Oberschlesien zu räumen. Die englische Presse stimmte dem kräftig bei, was auch die Hoffnung der Oberschlesier auf baldige Änderung der Lage stärkte. Weniger gefiel diese offene und klare Rede den Franzosen, die voller Entrüstung behaupteten, Lloyd George habe eine Gelegenheit versäumt, etwas nicht zu sagen. Briand antwortete auf eine englische Note der gleichen Tendenz, wie sie die Lloyd Georgesche Rede gehabt hatte, mit einer ebenso scharfen Absage: der diplomatische Kampf um den Polenaufstand war voll entbrannt! Vier Tage lang beherrschte die diplomatische Kontroverse England-Frankreich die Schlagzeilen der Zeitungen. Und die deutschen Hoffnungen schlugen noch höher, als am 20. Mai bekannt wurde, daß eine englische Brigade abkommandiert sei, um die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen. Der Kampf zwischen Lloyd George und Briand

---

[104] Die englischen Streitkräfte in Oberschlesien wurden Ende April nach Irland abtransportiert, und die Italiener besaßen nur geringe Kontingente.

[105] „Ostd. Morgenpost" u. a. v. 11. Mai: „Zwiespalt in der IK." Ein Italiener und zwei Engländer waren sofort abgereist. Die Gegensätze steigerten sich bis zu persönlicher Feindschaft.

[106] „Ostd. Morgenpost" v. 11. Mai bringt einen Leitartikel: „Einerseits — andererseits — hie Entente — hie Korfanty." Der Artikel, der außerordentlich geschickt geschrieben ist und von einer gründlichen Kenntnis der Verhältnisse in der IK zeugt, läuft darauf hinaus, das „Einerseits — andererseits" so auszulegen: „Einerseits: Versprechungen — andererseits: keine Taten!"

kam dadurch zum Stillstand, daß Briand plötzlich versuchte, den Konflikt um Oberschlesien zu vertuschen. Die Einstellung der oberschlesischen Blätter zu den außenpolitischen Ereignissen konnte nicht zweifelhaft sein.[107]

Unterdessen aber spitzt sich die Lage in Oberschlesien von Stunde zu Stunde zu. Die IK ist scheinbar machtlos. Die Lage wird für sie um so schwieriger, als der deutsche Selbstschutz weiter vordringt und zu befürchten ist, daß er allein die Polen vertreibt und die IK damit bloßstellt.

Da trifft am 1. Juni die englische Brigade in Stärke von 3200 Mann ein und beginnt die Säuberungsaktion. Die Engländer schieben sich dabei zwischen Selbstschutz und Insurgenten und sind durchaus nicht gewillt, den Insurgenten irgendwelchen Pardon zu geben. Trotzdem aber herrschen gerade um diese Zeit in den großen Industriestädten unbeschreibliche Zustände. Der Zwölferausschuß, die politische Vertretung des von den Polen nicht besetzten Gebietes, spricht bei Le Rond vor. Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung hat sich seit den Erfolgen des Oberschlesischen Selbstschutzes und dem Eintreffen der Engländer unter General Henniker aber sehr gehoben. Die deutschen Vertreter antworten auf die Behauptungen Le Ronds — er sprach seine Franzosen von jeder Schuld an den Zuständen frei — klar und scharf, daß sie die Franzosen für durchaus nicht unschuldig hielten. Darauf: Abbruch der Verhandlungen! Der Franzose merkt, daß die Deutschen nach den Erfolgen des Selbstschutzes nicht mehr gewillt sind, alles widerstandslos über sich ergehen zu lassen.

Am 8. Juni wird ein Notenwechsel bekannt, der am 4. bzw. 5. Juni zwischen der IK und General Höfer stattgefunden hatte. Die IK forderte darin den Selbstschutz in einem maßlos überheblichen Tonfall auf, sich bei Ujest — wo er auf polnische Angriffe hin vorgestoßen war — wieder zurückzuziehen, anderenfalls die IK die Städte den Insurgenten übergeben würde! Höfer ist sich seiner Verantwortung wohl bewußt, lehnt aber das Ultimatum ab und gibt es der ganzen Welt bekannt. Gleichzeitig deutet er an, daß, wenn die Franzosen die Städte preisgeben würden, er keine Möglichkeit mehr sähe zum Einwirken auf den Selbstschutz und eine Empörung unkontrollierbare Folgerungen für die Lage der französischen Besatzung mit sich bringen würde.

Gleichzeitig sekundiert die Reichsregierung Höfer in einer Note an das Auswärtige Amt in London. Die Folgerung des Ultimatums Le Ronds sei: der Ausbruch des Bürgerkrieges in Oberschlesien, für den die deutsche Regierung die alliierten Mächte verantwortlich mache.

---

[107] „Ostd. Morgenpost" v. 20. Mai bringt einen Leitartikel mit der Überschrift „Landgraf, werde hart!" und meint damit den englischen Premier, den die Polen äußerst scharf angreifen. Auf die Feststellung hin, daß die englischen und italienischen und auch die amerikanischen Blätter Lloyd Georges Rede begrüßen, bemerkt der Leitartikler: „Diese Unterstützung durch die englische, italienische und amerikanische Presse ist für uns außerordentlich wertvoll, denn es läßt sich hoffen, daß dadurch Lloyd George der Rücken gesteift wird."

Das Ultimatum kam dank des unbeirrbaren Vorgehens der englischen Truppen nicht zur Ausführung. Am 5. Juni trat der Zwölferausschuß noch einmal in Aktion. Der Ton, in dem die Ablehnung der Forderungen nach Freigabe des eroberten Annaberges durch den Selbstschutz und nach Schaffung von Linien und Zonen vorgetragen wurde, erregte die Franzosen so sehr, daß sie — an die Reichsregierung eine sehr erregte Darstellung der „Unbotmäßigkeit" des Selbstschutzes gelangen ließen und verlangten, die Reichsregierung solle hier sofort eingreifen.[108]

Die IK rückte weiter vor. In Paris versuchten die Franzosen die von den Engländern geforderte schnelle Entscheidung dadurch zu verzögern, daß sie vor der völligen Befriedung Oberschlesiens — das schöne Fremdwort, das man damals dafür auch in deutschen Zeitungen anwandte, nannte das „Pazifizierung" — nichts unternehmen wollten. Dann sollte ein Sachverständigenausschuß einberufen werden, der die einschlägigen Fragen zu prüfen gehabt hätte. Die Franzosen verstanden sich auf das diplomatisch-parlamentarische Unterhaltungsspiel der Unter-, Haupt- und Nebenausschüsse![109]

Die Angst vor dem im polnischen Lager wachsenden Bolschewismus beschleunigte nun die Aktionen der englischen Truppen. Gleichzeitig befahl der Oberst-Befehlshaber der Polizei Oberschlesiens, der Italiener Pesenti, in einem Erlaß vom 17. Juni, Gemeindewachen aufzustellen, die in den Orten für die Ordnung und Sicherheit einzutreten (und den alliierten Truppen Hilfe zu leisten) hatten, die von den Insurgenten geräumt wurden. In diesem Augenblick wurden die am 14. Juni abgebrochenen Verhandlungen mit dem Selbstschutz von der IK wieder aufgenommen. Der gedrängte Einsatz des Selbstschutzes, der politischen Führung (Zwölfer-Ausschuß) und die immer wieder auf die Engländer einwirkende deutsche Tagespresse stellte sich dann auch bald als praktisch und sehr wirkungsvoll heraus.[110] Einen Vorschlag der Oberleitung des Oberschlesischen Selbstschutzes nahm die IK, in einzelnen Teilen geändert, an: etappenweise räumten erst die Insurgenten, dann der

[108] Ein Eingreifen der Reichsregierung oder eine direkte Einflußnahme auf den Selbstschutz war staatsrechtlich unhaltbar. Hätte die Reichsregierung tatsächlich versucht, den im Hoheitsgebiet der IK tätigen Selbstschutz zu beeinflussen, so wären die Franzosen die ersten gewesen, die eine Einmischung der Reichsregierung in die Angelegenheiten der IK nachgewiesen hätten. Vergl. B. v. Hülsen: „Der Kampf um Oberschlesien", a. a. O. S. 42 ff.

[109] „Ostd. Morgenpost" v. 17. Juni. Leiter: „Ein netter Trost!"

[110] Die Leitartikel der führenden Blätter, z. B. „Ostd. Morgenpost", Wanderer", „Kurier", wurden täglich zuversichtlicher und ließen auch in ihrem Tonfall erkennen, daß man gemerkt hatte, was bei geschlossenem Einsatz aller deutschen Kräfte zu erreichen war. Trotzdem aber — und das ist bezeichnend für die oberschlesische Publizistik dieser Tage — brachte die „Ostd. Morgenpost" am 24. Juni einen Leitartikel: „Nur keine Illusionen!", der sich ausführlich mit den Aufgaben der deutschen Publizistik befaßte und dabei deutlich die Hauptgefahr aufzeigte: sich durch günstig lautende Nachrichten über das wahre Verhältnis der Tatsachen hinwegzutäuschen.

Selbstschutz vom 28. Juni bis 5. Juli das oberschlesische Abstimmungsgebiet völlig. In die geräumten Gebiete rückten die Truppen der IK ein. Die Hoffnungen, die die oberschlesische Publizistik als Unterstützung der Widerstandskraft zwei Monate lang genährt hatte, waren in Erfüllung gegangen: Oberschlesien war frei von Insurgenten! Jedoch: die Ruhe und Ordnung sollte noch immer nicht in das gequälte Land einziehen. Daß die Räumungsaktion gegen Ende Juni so schnell zur Ausführung kam, lag nicht zuletzt an der Tatsache, daß die Front der Korfantyanhänger im Insurgentenheer und in der Bevölkerung des Industriegebietes mehr und mehr zerfiel.

Mit den Mißerfolgen des Korfantyschen Versuches, in dem von ihm besetzten Gebiet eine eigene Regierung einzusetzen, befaßte sich die oberschlesische Publizistik eingehend. Einmal, um ein gewisses Schuldgefühl bei den Alliierten nicht zur Ruhe kommen zu lassen, zum anderen — und das dürfte die Hauptabsicht gewesen sein —, um so der deutschen Bevölkerung den Rücken zu steifen.[111]

Daß es dem Polenhaupt mit dem Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen, ganz ernst war, zeigten die vielen Nachrichten, die im Laufe der Monate Mai und Juni über die polnischen Anstrengungen zur Wiederbelebung des Industriegebietes in den deutschen Zeitungen erschienen.[112] Das Gelingen der Versuche, in Oberschlesien ein Nebenregiment Korfantys einzurichten, konnte nur an dem passiven Widerstand der deutschen Bevölkerung scheitern. Soweit sie nicht geflüchtet waren, leisteten die Deutschgesinnten den Polen keinen Vorschub. Und: an der völligen Unfähigkeit der polnischen Verwaltung, die sich zumeist aus ehemaligen unteren Angestellten der deutschen Gemeindeverwaltungen zusammensetzte, lag es, daß selbst die bestgemeinten Anordnungen nicht ausgeführt wurden. An den „arrivierten" Nichtskönnern scheiterte der Korfantysche Regierungsversuch in Oberschlesien.[113]

---

[111] „Ostd. Morgenpost" v. 22. Juni: „Ein Engländer über den Ruin Oberschlesiens" spricht das ungefähr so aus: Die Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutschland wird durch den Mißerfolg der Korfantyschen Regierungsversuche während des Aufstandes schlagend bewiesen.

[112] Eine kleine Auswahl sei hier der „Ostd. Morgenpost" entnommen. 14. Mai: „Die ‚Herrschaft' der Insurgenten." — 15. Mai: „Die Verwilderung des Insurgentenregiments." — 16. Mai: „Kritische Tage in Oberschlesien." (Korfanty schreibt Kreissteuern aus, um die Geldschwierigkeiten zu beheben.) — 19. Mai: „Keine deutschen Zeitungen im besetzten Gebiete!" (Korfanty verbietet Verkauf deutscher Zeitungen.) — 20. Mai: „Weitere Terrorakte der Insurgenten." (Deutsche Beamte mißhandelt, weil sie nicht arbeiten wollten.) — 21. Mai: „Die Lage in und um Beuthen." (Bringt Meldungen von plündernden Insurgenten, die über den Ausfall der fälligen Löhnung erbittert sind.) — 22. Mai: „Die Liquidation." (Polnisch-deutsche Meinungsverschiedenheiten über den Begriff der „Pazifizierung", unter dem die Polen verstanden: Fortsetzung der Insurgentenregierung mit Hilfe der IK.) 23. Mai: „Polnische Manöver gegen die deutschen Städte." (Korfanty will unter allen Umständen ganz Oberschlesien unter seine Regierung bekommen.) — 2. Juni: „Korfantys Nebenregiment." — 3. Juni: „Das Insurgenteninterregnum." — usf.

Weit schlimmer als das Fehlen von geeigneten Beamten wirkte sich bereits ab 15. Mai der Mangel an Zahlungsmitteln im Insurgentenlager aus. Da die Reichsregierung es ablehnte, ohne Sicherheitszubilligung durch die IK die erforderlichen Lohngelder aus Berlin ins oberschlesische Gebiet bringen zu lassen, konnten nur teilweise Lohnzahlungen gegeben werden. Die Insurgenten wurden mangels Geld ein für Korfanty unbrauchbares Instrument. Wenn sie kein Geld bekamen, traten sie einfach nicht zum Kampf an, begaben sich auf Urlaub, um sich zu Hause erst wieder richtig satt zu essen.

Denn: durch die Verkehrsschwierigkeiten war eine Lebensmittelzufuhr nicht nur für die deutschen Städte, sondern ebenso für die sie belagernden Insurgenten unmöglich geworden. Die Demoralisierung ging so weit, daß bolschewistische Bestrebungen im Polenlager ganz offen zutage traten. Die enttäuschte Korfantyanhängerschaft ging sogar noch weiter: sie drohte teilweise mit einem Gegenputsch![114]

Und das Ärgste kam noch: der Bolschewismus drohte das Polenlager völlig zu sprengen. Wie wir schon früher sahen,[115] waren innerhalb der polnischen Banden besonders viele Verbrecher zu finden. Wohl waren sie die Ersten, die losbrachen, aber die Letzten, die die Revolte in eine neue Staatsform übergleiten lassen wollten. Die Unzuverlässigkeit der Insurgentenstreitkräfte wurde dann auch der Anlaß für den Rücktritt des bisherigen Insurgentenoberkommandierenden Doliwa, der in Wirklichkeit der aus Posen kommende Graf Mielszynski war. Bei der Amtsniederlegung kam es zu peinlichen Zwischenfällen, die Korfanty veranlaßten, sich in einem Panzerzug in das Hauptquartier der Doliwaanhänger zu begeben. Diese verlangten nämlich die sofortige Rückkehr des Grafen (der bereits abgereist war). Nur unter seinem persönlichen Einsatz konnte Korfanty den neuen Oberbefehlshaber, Kazimir Warwas, durchdrücken. Jedoch: auch dieser vermochte nicht, den verfahrenen Karren wieder ins rechte Gleis zu bringen. Die Widerstandskraft der Polen war gebrochen![116]

---

[113] Der Berliner Vertreter des „Manchester Guardian" schreibt in einem Bericht vom 4. Juni aus Kattowitz: „Der Aufstand bricht im Kleinen zusammen, so wie die deutsche Militärmaschine im Großen zusammenbrach. Während die Disziplin an der Front ziemlich gefestigt bleibt, versagt sie hinter der Front in den Etappen und heimatlichen Betrieben ganz und gar . . ." — Entnommen der Broschüre: „Ein Engländer über Oberschlesien" von F. A. V. — Berliner Vertreter des „Manchester Guardian" — Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921. Die Broschüre bringt die Berichte des englischen Reporters vom 16. Mai bis 7. Juli 1921.

[114] „Ostd. Morgenpost" v. 13. Juni berichtet: „Ein polnischer Gegenputsch?" — Nach dem gerüchtweise bekanntgewordenen Plan sozialdemokratischer Polen in Oberschlesien, sollten diese von der Front desertiert sein und sich mit den bisher versteckt haltenden Korfantyfeinden vom Rücken der Front her zu einem Angriff auf die Magazine der Insurgenten vereinigt haben. — Von Mitte Juni an zeigen sich die Insurgenten zu jeder Verhandlung bereit. Sogar die Insurgentenpresse fließt plötzlich über vor Mäßigung.

[115] S. „Der polnische Terror", a. a. O. S. 27.

Um das Chaos im eigenen Lager wenigstens noch zu verzögern, gab Korfanty einen Erlaß heraus, in dem die bisherige Insurgentenarmee mit der neuen Bezeichnung „Oberschlesische Miliz“ versehen wurde. Es sollte diese Miliz eine völlig neue Organisation darstellen. Wie das geschehen sollte, das war Korfantys Geheimnis. Jedenfalls durften „Zuchthäusler und Deutsche“ (diese Zusammenstellung war wiederum ein Meisterstück Korfantyscher Stimmungsmache) der neuen „Oberschlesischen Miliz“ nicht angehören. Woraus zu ersehen ist, daß Korfanty von dem Vorhandensein von Zuchthäuslern sowohl wie von gepreßten Deutschen in seiner Insurgentenarmee wohl wußte. Der im Hauptquartier Schoppinitz verfaßte Erlaß enthüllte damit — ohne es zu wollen — zweierlei: erstens mußte nach dem Ausscheiden der vorbestraften Insurgenten bzw. der gepreßten Deutschen die Stärke der Streitkräfte geringer werden. Da sie aber offensichtlich von Tag zu Tag anwuchs, bedurfte es nicht einmal der Augenzeugen des Grenzübertrittes regulären polnischen Militärs, um die neue Zusammensetzung der polnischen Streitkräfte aufzuzeigen. Die regulären polnischen Truppen kamen ungehindert über die Grenze und übernahmen hier die Rolle von „oberschlesischen Insurgenten“.[117]

Während offiziell der „Rückzug“ befohlen war, und während General Höfer sowie der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek schon ihre Ämter niedergelegt hatten und der Selbstschutz bereits aufgelöst war, sammelten sich die Polen in einem „Bund ehemaliger Insurgenten“.[118] Die Waffen wurden zur eventuellen Wiederverwendung über die Grenze gebracht, und die Gerüchte über einen vierten Polenaufstand wollten nicht aufhören.[119]

Die hartnäckigen Versuche Korfantys, trotz allen Mißerfolges seine Verwaltung nach dem offiziellen Waffenstillstand weiterzuführen, wur-

---

[116] „Ostd. Morgenpost“ v. 9. Juni machte sich die Zerwürfnisse im Polenlager zunutze. — Wie verschieden die publizistischen Organe des besetzten und die des nichtbesetzten Gebietes die Ereignisse behandelten, zeigt sich hier am deutlichsten. Der „Schwarze Adler“, der seit dem 29. Mai im Hauptquartier des Selbstschutzes, in Oberglogau, erschien, packte das gesamte Problem der Polenherrschaft im besetzten Gebiet anders an, als es die Zeitungen des besetzten Gebietes tun konnten. Mit schonungsloser Offenheit enthüllte der „Schwarze Adler“ die enge Verknüpfung des Aufstandes mit den Ränken der französischen Diplomatie. Die gleiche Nachricht, die z. B. die gewiß nicht ängstliche „Ostdeutsche Morgenpost“ mit dem Titel „Neuer Oberkommandierender der Insurgenten“ versah, brachte der „Schwarze Adler“ unter der Überschrift „Ein neuer polnischer Banditenkommandant“. Kurz danach sprach er in einem gut informierten Artikel von der „französisch-polnischen Brüderschaft“.

[117] „Schwarzer Adler“ v. 7. und vom 29. Juni brachte authentische Berichte vom Auftreten regulären polnischen Militärs. Gefangenenaussagen und Augenzeugenberichte enthüllten auch manches, was den Franzosen in der IK sehr unangenehm war.

[118] „Schwarzer Adler“ v. 16. Juli und andere oberschlesische Zeitungen.

[119] Die Zeitungen brachten im Monat Juli fast täglich Meldungen, die darauf hinwiesen. Der „Schwarze Adler“ konnte am 27. Juli einige Dokumente veröffentlichen, aus denen hervorging, daß die Insurgenten nur „beurlaubt“, aber nicht entlassen und zerstreut waren.

Oberglogau, 27. Juli 1921

Der schwarze Adler

Erster unparteiischer Führer für alle heimat- und reichstreuen Oberschlesier.

Enthüllungen über den nächsten Polenputsch!

[illegible]

[illegible]

I. Die am 20. 7. 21 ist der Bericht über Waffen und Munition vorzulegen.

I. V.:
(–) Lisowski,
Hauptmann und Adjutant.

Armeestab Ost
Oberschlesien Standort, den 16. 6. 1921.
Tgb. Nr. 5.

Tagesbefehl.

I. Am 16. 6. 1921 wird jedem Abschnitt eine Artillerie-Batterie Kaliber 15,5 und 6 M. G. zugeteilt.
Der Führer des I. Abschnittes ist Hauptm. [illegible], des II. Oberleutnant [illegible], des III. Oberleutnant [illegible], des IV. Oberleutnant [illegible] als Artilleriekommandeur.

II. Die am 16. 6. 21 ist der Bedarf an Waffen u. Munition anzumelden.

I. V.
(–) Lisowski,
Hauptmann und Adjutant.

Tgb. Nr. 6. Standort, den 18. 7. 1921.

Tagesbefehl.

I. Bis zum 22. 7. 1921 ist Bericht und Lagerstand einzureichen.

II. Bis zum 22. 7. 1921 entsendet jeder Abschnitt zum Stabe 10 Mann für die Nachrichtenabteilung (Spionage).

III. In letzter Zeit werden die Berichte und Verzeichnisse zu spät dem Stab eingesandt, dies wird in Zukunft streng bestraft.

I. V.
(–) Lisowski,
Hauptmann und Adjutant.

Armeestab Ost
Oberschlesien Standort, den [illegible]

Tagesbefehl.

I. Am 18. 7. 1921 empfängt jeder Abschnitt beim Abschnitt Alt-[illegible] [illegible] Gewehre [illegible] Minenwerfer Kaliber [illegible]

[illegible]

III. Die am 18. 7. sind Bestellungen vorzuschlagen.

I. V.:
(–) Lisowski,
Hauptmann und Adjutant.

Tgb. Nr. 7. Standort, den 18. 7. 21.

Tagesbefehl.

I. Am 20. 7. 1921 beginnt zum Stabe eine fliegende Brigade. Führer [illegible]. Die Brigade wird in vier Abschnitte eingeteilt.
Zu jedem Abschnitt gehören 6 Automobile, 25 Wagen, 100 Pferde [illegible]. Der Stab der fliegenden Brigade befindet sich in [illegible].

II. Bis zum 21. 7. 1921 hat jeder Abschnitt zu melden, ob die Aufstellung endgültig abgeschlossen ist.

I. V.:
(–) Lisowski,
Hauptmann und Adjutant.

[illegible]

Vorläufige Entlassungskarte

Der Kamerad [illegible] Gabriel, wird am 17. Mai 1921 vom Kompagniedienst bis zur Einberufung entlassen.
8. Kompagnie II. Batl., Kompagnieführer [illegible] Koraczek.
Stempel

[illegible]

Adres

[illegible]

den nur von den Italienern und Engländern vereitelt. Diese räumten gründlich mit dem Nebenregiment Korfantys auf. Nur die Franzosen behielten ihre polenfreundliche Haltung bei. Ja, der alte Deutschenhaß — der zum guten Teil aus der Angst vor einem Wiedererstarken Deutschlands stammte — tobte ungehindert im Industriegebiet, so daß die deutsche Bevölkerung täglich neuen Drangsalierungen entgegensah. Der Ruf nach endgültiger Bereinigung der oberschlesischen Frage, der Ruf nach der schon längst fälligen Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens, füllte immer häufiger die Zeitungen und Zeitschriften. Gegen Mitte Juli beschäftigten sich dann die oberschlesischen Publizisten wieder mit dem Thema der Unteilbarkeit Oberschlesiens.[120]

Noch eine andere auffällige Tatsache bestimmte die deutschen Publizisten dazu, das Thema „Teilbar — oder unteilbar?" wieder energisch zum Gegenstand ihrer Verlautbarungen zu machen. Die von Korfanty und seinem Versagen enttäuschten oberschlesischen Polen begannen sich im Lager der Autonomisten zu sammeln. Der bereits einmal erwähnte Berichterstatter des „Manchester Guardian" sieht in einem Bericht vom 7. Juli die Lage innen- und außenpolitisch etwa so, wie sie sich dem Betrachter heute — nach Kenntnis aller inzwischen erschienenen Veröffentlichungen — bietet. Er schreibt u. a.: „Die oberschlesische Arbeiterschaft ist jedoch aufs tiefste enttäuscht, und die Bewegung für eine unabhängige oberschlesische Republik ist ständig im Wachsen. Es ist besonders beachtenswert, daß die polnischen und deutschen Arbeiter wieder zusammenkommen und gemeinsame Versammlungen veranstalten. Die Massen verlassen Korfanty, und es ist möglich, daß er, wenn er sie wieder zu den Waffen ruft, nur einen schwachen Widerhall finden wird. Er ist jetzt in einer schwierigen Lage. Entweder muß er seine propolnische Agitation fortsetzen, in welchem Fall er die Unterstützung verlieren wird, oder er muß sich der radikalen und beinahe revolutionären Bewegung für die oberschlesische Unabhängigkeit anschließen, was ihn die Unterstützung Polens kosten würde. — Die Stellung der polnischen Regierung scheint sich ebenfalls zu ändern. Es scheint sich aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens ein Sinn für wirtschaftliche Wirklichkeiten auf Kosten militärischer Träume zu entwickeln, mit dem Ergebnis, daß die Polen ein wachsendes Interesse für ein industrielles Zusammenarbeiten mit Deutschland und ein abnehmendes Interesse für ein militärisches Zusammenarbeiten mit Frankreich zeigen. Diese Wandlung, die sich in den Äußerungen des neuen polnischen Außenministers Skirmunt besonders bemerkbar macht, kann auf das gesamte oberschlesische Problem tiefgehend einwirken. Jedoch wechselt die polnische Politik von Tag zu Tag in verblüffender Weise, und nicht einmal an einem einzigen Tag ist sie einheitlich.

[120] Vergl. dazu die Leitartikel und die Kommentare zu den Gerüchten von einer abermaligen Verschiebung der Entscheidung in der Zeit vom 15.—30. Juli 1921.

Infolgedessen ist es möglich, daß der polnische Generalstab mit Wissen, zum wenigsten eines Teiles der polnischen Regierung, Korfanty helfen wird, den neuen Aufstand vorzubereiten. Während sich der polnische Nationalismus in eine radikale Bewegung für ein unabhängiges Oberschlesien auflöst, bleiben die deutschgesinnten Oberschlesier geschlossen nationalistisch."[121]

Die Abwehr und der Widerstand, die wir als die beiden Hauptwillensrichtungen der deutschen Publizistik Oberschlesiens während der Zeit des dritten Polenaufstandes erkannten, hatten so einen Versuch vereitelt, der das ganze Land unglücklich gemacht hätte.

Es bleiben uns nun nun noch einige Betrachtungen zur Erledigung übrig, die nötig sind, um die Darstellung der publizistischen Bemühungen während des Aufstandes einigermaßen vollständig zu machen.

Der Prügelterror der Polen wurde während des Aufstandes zu einem regelrechten System ausgebaut. Es ist uns Heutigen kaum mehr möglich, alle Fälle dieser Art festzuhalten. Die Leiden der deutschen Bevölkerung in dem von den Polen zwei Monate lang besetzten Gebiet sind wie eine einzige Anklage gegen die, die sich anmaßten, „Hüter der Ordnung und der Gesetzlichkeit" in Oberschlesien zu sein.

Dem Verfasser fiel bei Beginn der Arbeit als erstes die Zusammenstellung von amtlichen Protokollen und Berichten in die Hände, die sich mit dem seitdem in der Welt hinreichend bekannten polnischen Prügelsystem eingehend befaßte.[122] Grauenerregende Bilder, in ihrer Eindringlichkeit keines Kommentars bedürftige Berichte von den Mißhandlungen derer, die das Unglück hatten, von Insurgenten aus irgendwelchem Grunde verhaftet zu werden, und die dann ins polnische Hinterland, oft sogar über die Grenze verschleppt wurden, um in regelrechten Folterkammern zerschlagen, geknüppelt und sogar vergewaltigt zu werden. Wenn nicht die Amtlichkeit der Protokolle für die Richtigkeit der Angaben bürgten, müßte man zu der Anschauung kommen, daß alle dort berichteten grausigen Geschehnisse einer aufgepeitschten, blutigen Phantasie entsprungen sind, nur dazu erfunden, um propagandistisch ausgewertet zu werden. Und dennoch: sie entsprechen leider der Wahrheit.

Die Bildberichte von grausam bis zur Bewußtlosigkeit, ja bis zu Tode Geprügelten sprechen eine Sprache, die gehört werden muß. Ohne Unterschied des Alters, des Standes, sogar ohne Unterschied des Ge-

---

[121] Der Berichterstatter, der sicher hierbei manche englischen Wünsche betr. eines unter englischem Einfluß stehenden autonomen Freistaates mit in die Tatsachenwiedergabe einflicht, schließt seinen Bericht mit einer Aufzählung alles dessen, was England in dieser Lage zu tun hätte. Die englischen Truppen müßten im Industriegebiet belassen bleiben; Korfanty müßte als der Hauptverantwortliche für den „Unfug" des Aufstandes aus Oberschlesien ausgewiesen werden, und der Oberste Rat müßte der Ungewißheit ein rasches Ende bereiten.

[122] „Zusammenstellung von Protokollen und Berichten über den III. polnischen Aufstand im oberschles. Abstimmungsgebiet", Beginn: 3. Mai 1921. 1. Folge. o.O. 1921.

schlechtes, wurden deutschgesinnte oder der deutschen Gesinnung verdächtige Oberschlesier von Haus und Familie fortgeschleppt, ausgeplündert und dann mit Stöcken, Ochsenziemern, Peitschen und anderen Marterwerkzeugen bearbeitet. Es sind dies nicht etwa vereinzelte Fälle, auf die wir hier anspielen. Monatelang zieht sich diese Prügelterrorwelle hin. Die Lektüre der späterhin auch in vielen deutschen Zeitschriften quellenmäßig belegten und amtlich beglaubigten Berichte ist so niederschmetternd, daß es dem Verfasser nicht möglich ist, sie auch nur einigermaßen ausführlich hier zu behandeln. Die Märchen von den abgehackten Kinderhänden und den widerlich zugerichteten Frauenleichen, wie sie eine abgefeimte Greuelpropaganda den deutschen Soldaten des Weltkrieges in die Schuhe schieben wollte, entsprangen einer schlechten Phantasie. Die Greueltaten der polnischen Insurgenten sind zur Schande aller Kulturvölker Tatsache.[123]

Die Wiedergabe der Prügelerzesse der Polen in den deutschen Zeitungen und Zeitschriften der Nachabstimmungszeit nötigt uns, diese Meldungen als publizistisch eingesetzte Massenführung zu erkennen und auszuwerten.

Dovifat (a. a. O.) sagt von der Massenführung, daß sie drei Grundsätze zu befolgen habe: sie muß

1. geistig vereinfachen,
2. gefühlsmäßig steigern und
3. hämmernd wiederholen.

Die geistige Vereinfachung und die hämmernde Wiederholung sind heute auch dem Laien als Kennzeichen publizistischer Massenführung hinlänglich bekannt. Mit der gefühlsmäßigen Steigerung jedoch weiß der Laie nichts anzufangen. Gerade dieses Moment spielte in der oberschlesischen Abstimmungs- und Nachabstimmungspublizistik eine große Rolle.

Der Publizist kann die gefühlsmäßige Steigerung seiner Stoffinhalte auf zweierlei Art erreichen: entweder er benutzt negative, um nicht zu sagen minderwertige Gefühlsneigungen der Geführten — oder er benutzt positive, d. h. wertvolle Regungen des Gefühls und setzt sie publizistisch ein.

Dovifat unterscheidet die zwei Möglichkeiten an Hand von Erfahrungen der Weltkriegspropaganda, die wir hier noch viel treffender bestätigt finden werden. Einmal ist es das Haß- oder auch Mitleidselement und das massenüberhöhende Geltungsbedürfnis, die als ursprüngliche Gefühlsmomente jeder positiven Publizistik wertvolle Führungsmittel sind oder zum anderen die Sexualität und das sogenannte „ethische Entlastungsbedürfnis" (wir sprachen schon bei der Betrach-

---

[123] Um nur einige authentische Berichte darüber hier anzuführen, sei verwiesen auf die beiden Bände: „Polnische Kulturtaten in Oberschlesien." o. O. 1921 — und „Der dritte Aufstand in Oberschlesien Mai/Juni 1921". o. O. 1921.

tung des polnischen Terrors zusammenhängend davon), die als negative Übersteigerungen der beiden ebengenanten Gefühlsmomente eingesetzt werden.[124]

Das Haß- bzw. Mitleidmotiv konnte von der oberschlesischen Publizistik nicht umgangen werden. Um so weniger, als die Greueltaten der Polen von diesen als politisches Kampfmittel benutzt wurden. Die Deutschen sollten durch die Prügelpraxis gezwungen werden, sich jeder aktiven Tätigkeit zu enthalten. Zwei verschiedene Richtungen der polnischen Kampfmethode machten sich bald bemerkbar.

1. Die Prügel- und Folteraktionen waren in erster Linie den oberschlesischen Zivilisten zugedacht und sollten diese stimmungsmäßig lahmlegen, und
2. die Verstümmelungen oder grausamen Marterungen gefangener Selbstschutzkämpfer oder Verwundeter dienten als Abschreckmittel für die aktiv Kämpfenden.

Es mag im Anfang ein zweischneidiges Schwert gewesen sein, die Nachrichten von solchen Greueltaten der deutschen Öffentlichkeiten durch die Zeitungen zu unterbreiten. Die Vorsicht, mit der man hier zu Werke ging, bezeugt, daß man sich in publizistischen Kreisen dieser Zweischneidigkeit wohl bewußt war.[125] Mit der Zeit aber wirkten diese Meldungen nicht mehr als Schreck, sondern wurden mehr und mehr zum Widerstand herausfordernde Mitleiderreger. Besonders, nachdem der Selbstschutz Oberschlesiens seine ersten großen Erfolge buchte, wandte sich das Schwert des Terrors gegen die Polen.[126]

Die Polenführung scheint in diesem Augenblick aber nicht mehr Herr des eigenen Lagers gewesen zu sein. Sie hätte — nach dem, was wir bisher über ihr Abschätzungsvermögen von politischen Aktionen feststellen konnten — in diesem Augenblick diese Methode der Kriegsführung sofort aufgeben müssen, um sich nicht in die Gefahr zu begeben, mit jedem neuen Terrorakt den Deutschen ein neues Propagandamotiv in die Hand zu geben. Sie tat es nicht, weil sie — wie wir uns überzeugen konnten — nicht mehr Herr über die eigenen Leute war.

---

[124] Das „massenüberhöhende Geltungsbedürfnis" Einzelner wird z. B. bei der Bildung von politischen Kampfformationen mit eigenem Abzeichen, Uniform und bestimmten Forderungen eingesetzt, um so einen festumgrenzten Bezirk zu schaffen, in dem die Gesinnungsgenossen sich zu gesteigerter Aktivität verpflichtet fühlen, z. B. die SA. als politische Auslese. — Die Sexualität als Kampfmotiv wurde z. B. von der englischen Kriegspropaganda benutzt, als sie Nachrichten von Mädchen in die Weltpresse lancierte, die angeblich von deutschen Soldaten geschändet sein sollten. Diese Nachrichten wirkten dann als herausfordernde Mitleiderreger.

[125] Vergl. dazu das über die Terrormeldungen während der unmittelbaren Nachabstimmungszeit Gesagte.

[126] Die Wiedergabe von Terrornachrichten geschah z. B. im „Schwarzen Adler" Ende Mai nur in engstem Zusammenhang mit der Wiedergabe der Kampferfolge des Selbstschutzes. Vergl. dazu „Schwarzer Adler" v. 29. Mai bis 2. Juli.

Es rächte sich jetzt die Gesinnungslosigkeit, mit der Korfanty jeden nur irgendwie zum Gewehrtragen Fähigen in seine stolze Armee aufgenommen hatte. Alle die, die auf Le Ronds Amnestieerlaß hin aus den Gefängnissen entlassen wurden, waren ihm willkommene Kampfgefährten. Es befanden sich unter diesen eine große Anzahl von Gewohnheitsverbrechern und von solchen Leuten, die — von der allgemeinen politischen Erregung hingerissen und taub gemacht gegen das Gewissen — sich während des zweiten Aufstandes und der darauf folgenden Terrorwelle hatten zu Gewalttaten hinreißen lassen und denen allmählich die Gewalttätigkeit zum Element geworden war. Sie saßen nun auf verantwortlichen Posten, als „Ortskommandanten", untere und obere Insurgentengewalthaber und gefielen sich in ihrer neuen Rolle.[127] Es war selbstverständlich, daß Plünderungen, Gelderpressungen u. a. die Spezialität dieser Leute waren. Das hatte nichts mehr mit Politik zu tun. Korfanty wollte nun „die Geister, die ich rief" wieder los werden. In seinem Erlaß vom 12. Juni[128] verfügte er den Ausschluß aller Zuchthäusler aus seinem Heer. Erfolg: keiner!

Ist erst einmal eine revolutionäre Bewegung mit Hilfe von Zuchthäuslern und Gewohnheitsverbrechern an die Macht gekommen, dann bestimmen fortan nicht mehr die geistigen Führer dieser Bewegung, sondern die gesinnungs- und gewissenlosen „Avantgardisten", d. h. die von der Bewegung benutzten Verbrecher, den Lauf der Dinge.

Die Plünderungen nahmen ihren Fortgang. Die Bojówka Polska, auf deren Dingfestmachung der Führer der Heimattreuen im Abstimmungskampf, Dr. Quester, eine Million Reichsmark ausgesetzt hatte,[129] blieb weiter in den eigens dazu hergerichteten Prügelstationen tätig. Der Terror wurde fortgesetzt, mußte fortgesetzt werden, weil in chaotischen Zeiten die Gesetzesbrecher das Heft immer fester in der Hand halten. Und andere als gewohnheitsmäßig zum Verbrechen Neigende können auch nicht für die grausam sadistischen Verbrechen des dritten Aufstandes verantwortlich gemacht werden.[130]

Das Mitleid mit den Tausenden von Gefolterten und Zerschlagenen steigerte den Haß, von dem fortab die deutsche Bevölkerung beseelt war. Aber auch die neuen Greueltaten blieben nicht die letzte Äuße-

[127] Einige kleine Stichproben: Am 16. Juni berichtet ein verschleppter Deutscher von einem „Ortskommandanten" Kulla, der schon einmal zu 15 Jahren Zuchthaus bestraft war; am 2. Juni „14 Tage unter dem weißen Adler" auch hier spielte ein Schwerverbrecher als Ortskommandant eine schaurige Rolle; auf dem Schloß Hohenlohe bei Slawentzitz saß ein Jan Chodzko, der als Abenteurer sich während des Weltkrieges in französischen und englischen Kriegsdiensten befunden hatte und nun höchst vergnügt war, Todesurteile unterschreiben zu können. „Manchester Guardian" in einem Bericht v. 30. Mai aus Beuthen. „Ostdeutsche Morgenpost" v. 14. Mai: „Gefangene unter Waffen" (Plünderungen in Kattowitz) — und „Die ‚Herrschaft' der Insurgenten" (Plünderungen) — vom 8. Juni: „Insurgenten als Räuber". usf.

[128] „Ostd. Morgenpost" v. 13. Juni.

[129] Vergl. „Schwarzer Adler" im Februar 1921.

rung der Verbrecher auf der anderen Seite. Der Haß steigerte sich, als nach und nach auch die durchaus nicht vereinzelten Notzuchtverbrechen bekannt wurden, die auf das Konto der anarchischen Banden kamen.[131]

Die Anarchie im Polenlager, die Untätigkeit der französischen Truppen bzw. ihre offene Beteiligung auf der Seite der Polen, die jedes menschliche Empfinden erschütternde Praxis der Prügelstationen mußten auch den letzten Rest von Zurückhaltung auf deutscher Seite fortschwemmen. Aber auch die polnischgesinnten Oberschlesier wandten sich in Massen von Korfanty ab. Korfanty hatte den Bogen überspannt. Die gehäuften Greueltaten seiner Banden ließen sich beim besten Willen nicht mehr „entschuldigen", auch dann nicht, wenn das ethische Entlastungsbedürfnis mit Hilfe von Denkkurzschlüssen Schuld und Unschuld vertauschten.

Es gibt eben auch für das ethische Entlastungsbedürfnis eine bestimmte Grenze, bis zu der es dem Menschen in der Masse möglich ist, sich selbst über seine Schuld hinwegzutäuschen. Je stärker die Phantasiebegabung eines Menschen und je vertrauter er im Umgang mit gedanklichen Kombinationen ist, desto stärker und länger erliegt er den Gefahren des ethischen Entlastungsbedürfnisses. So paradox wie es auch klingen mag: Geistliche, Lehrer und alle anderen Intellektuellen sind der Gefahr eines Denkkurzschlusses eher ausgesetzt als der primitive und gedanklichen Kombinationen abholde „einfache Mann". Das Mißverhältnis zwischen Wirklichkeit und dem mittels ethischem Entlastungsbedürfnis suggerierten Bilde von der Wirklichkeit kommt aber nicht allein von der Fähigkeit des Menschen her, Denkkurzschlüsse zu produzieren. Der Grund dieses Denkkurzschlusses ist vielmehr das verletzte Ehrgefühl. Je ehrliebender bzw. je ehrbesessener eine Masse ist, desto eher wird sie in die Gefahr kommen, sich entlasten zu müssen. Die Ehrbesessenheit einer Masse bestimmt den Beginn eines Denkkurzschlusses; der Grad intellektueller Bil-

[130] Die Prügelstationen von Borken, vom Ewaldschacht u. a. wurden in dieser Zeit zu Zentralpunkten des verbrecherischen Treibens der Bojówka Polska. Der „Schwarze Adler" v. 14. Juni berichtet auf der Hauptseite in einem fettgedruckten Bericht von der Praxis im Ewaldschacht, einer Folterkammer, die zwischen Kattowitz und Myslowitz stationiert war. Immer neue Meldungen von im Ewaldschacht fürchterlich Mißhandelten liefen ein, so daß der „Schwarze Adler" in der nächsten Nummer unter dem Titel „Noch einmal: Folterkammer!" eine Aufreihung von neuerlichen Prügelerzessen gab.

[131] „Schwarzer Adler" v. 25. Juni: „Neue Taten der Korfanty-Bestien" (meldet die Vergewaltigungen wehrloser Mädchen mit Orts- und Namensangabe). In einem sechs Spalten langen Übersichtsbericht „So seht ihr aus!" v. 2. Juli berichtet u. a. die Schwester eines 12jährigen Mädchens von deren Vergewaltigung durch einen zwangseinquartierten Insurgentenhäuptling. — Die „Ostd. Morgenpost" v. 21. Mai: „Unmenschlichkeiten. — Zu Tode geprügelt. — Eine 73jährige Frau erschossen. — Gewalttaten in der Schlesiengrube" berichtet, daß auch Frauen von dem Prügelsadismus nicht verschont bleiben. — usf.

dung einer Masse ist maßgeblich für die Grenze, bis zu der die Ehrbesessenheit (als Grund des ethischen Entlastungsbedürfnisses) alle anderen menschlichen Regungen überdecken kann.

An dem Beispiel des Stimmungsumschwunges im polnischen Lager gegen Ende des dritten Aufstandes läßt sich der obige Satz sehr gut beweisen. Mag sein, daß viele polnischgesinnte Oberschlesier — vor allem auf dem Lande — sich hauptsächlich aus nüchternen, materialistischen Beweggründen von Korfanty abwandten. Aber gerade das ist uns Beweis für unsere These, daß die Ehrbesessenheit alle anderen menschlichen Regungen nur solange überdeckt, bis die Schockwirkung der das Gewissen belastenden Greueltaten stärker ist als das Verlangen, diese Greueltaten ungeschehen sein zu lassen. Da bei der polnischen Landbevölkerung das Bedürfnis, mit den Greueltaten der Banden nichts zu tun zu haben, mit dem Bedürfnis, sich mit dem voraussichtlichen Herrscher in Oberschlesien von morgen zu vergleichen und gut zu stellen, zusammenfiel, scheint uns der Stimmungsumschwung in Oberschlesien — wir sprechen im nächsten Absatz davon — als durchaus nicht gegen alle Erwartung gewesen zu sein.

Für die deutsche Publizistik Oberschlesiens, soweit sie sachlich und ruhig sein wollte, gab es trotz aller Gunst der Tatsache eine Schwierigkeit. Die Schwierigkeit bestand darin, daß durchaus nicht alle deutschen Oberschlesier gewillt waren, dem Ruf nach einer Versöhnung im Lande Folge zu leisten. Hier aber wollte die Publizistik auf keinen Fall nachgeben. Wollte Oberschlesien aus dem Chaos herauskommen, so mußten sich erst die gegeneinander stehenden Parteien vergleichen und die Menschen wieder einander näher kommen. Immer wieder taucht die Forderung nach dem gegenseitigen Verstehen in den publizistischen Organen Oberschlesiens auf. An erster Stelle bemühte sich der „Oberschlesier" um einen gerechten Ausgleich zwischen Deutschen und Polen. Aber auch die meisten oberschlesischen Tageszeitungen, ja sogar der „Schwarze Adler" und der „Pieron" fanden die Forderung eines Ausgleichs gerecht.

Der „Pieron" war das deutsche Gegenstück des „Kocynder", mit dem die Polen unter den primitiven Lesermassen großen Erfolg errungen hatten. Die Idee, ein deutsches Gegenstück des „Kocynder" aufzuziehen, wollen eine ganze Reihe von Persönlichkeiten zuerst gehabt haben. Trotzdem muß doch Hans Pilot, einem oberschlesischen Lehrer, die tatsächliche Urheberschaft zuerkannt werden.[132] Die „Pressestelle des Bevollmächtigten des preußischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung" ließ ihren Mitarbeiter Dr. Dammert in Berlin einen Stab von namhaften Künstlern des Zeichenstiftes suchen. Dammert

---

[132] Vergl. dazu den Beitrag Pilots im Abstimmungsgedenkheft des „Oberschlesiers" vom März 1926.

geriet bei der Suche nach Mitarbeitern in die Einflußsphäre Kurt Tucholskis. Dieser übernimmt auch die Berliner Schriftleitung des „Pieron", an dem nun Männer wie Heinrich Zille, Arthur Wasner, Paul Halke, Arthur Johnson u. a. gegen gutes Honorar mitarbeiten. Der weltbürgerliche Zynismus dieses Zirkels ließ sich auch in der Kampfführung nicht verleugnen, weswegen es zu häufigen Streitigkeiten der Berliner Schriftleitung mit dem oberschlesischen Schriftleiter Hans Pilot kam. Am 17. 7. 1920 erschien die erste Nummer des „Pieron". Sie wurde in einem Berliner Verlag gedruckt. Da die Zeichner kaum irgendwelche realen Vorstellungen von der Psyche des zu gewinnenden Leserpublikums hatten, blieb die erste Nummer unausgeteilt liegen. Nun wurden die Zeichner teilweise — soweit das die verschärfte Paßkontrolle der IK gestattete — nach Oberschlesien geschickt, um dort Motive für ihre Kampfzeichnungen zu suchen. Der Appell an die ursprünglichsten Instinkte des Menschen wurde bewußt als publizistisches Mittel eingesetzt. Die Auflage war dementsprechend hoch. Hans Pilot gibt sie mit zeitweilig über 45 000 Stück an.[133] Bis zum 16. April 1921 erschien der „Pieron" acht Seiten stark. Dann aber fiel die Subvention durch die staatlichen Stellen fort, und der Umfang wurde verringert. Auch der Mitarbeiterstab schrumpfte bald zusammen. Trotzdem haben in der Nachabstimmungszeit die Nummern des „Pieron" eine nicht unerhebliche Leserzahl gehabt, wobei noch zu bedenken ist, daß der „Pieron" meist von Hand zu Hand gegeben wurde. Die Zeichnungen von Gottschlich standen an Einprägsamkeit und Schärfe denen Zilles u. a. nicht nach.

Es mag paradox klingen, ist aber Tatsache: Gerade der bis zum Unerträglichen bissige „Pieron", den Korfanty mit gutem Grund aus ganzer Seele haßte, nahm sich der Aufgabe eines Ausgleichs mit den Polen besonders an. Ihn lasen ja nicht nur die deutschen, sondern auch die polnisch sprechenden Oberschlesier, denen der „Pieron" zugesteckt wurde. Die Zeichnungen und die — von manchem Oberschlesier heftig befehdete — Sprache machten seine Lektüre auch dem primitivsten Landbewohner zugänglich. Und gerade dadurch, daß er nie die Polen als Gesamtheit angriff, sondern die Spitze des Angriffes immer gegen die Person des Insurgentenführers, Korfanty, und seine Trabanten richtete, hatte er sich die Gunst der aus dem Korfantylager Flüchtenden erworben.[134]

---

[133] Abstimmungsgedenkheft des „Oberschlesiers", März 1926.

[134] Eine ganz ausgezeichnete oberschlesische Type brachte der „Pieron" in der Gestalt des „Sefflik Klappidudek", hinter der sich der Herausgeber mit seinen spritzigen Einfällen verbarg. Alle Eigenschaften des oberschlesischen Landbewohners tauchen in seiner Gestalt symbolisiert auf: Gutmütigkeit, gepaart mit einer gewissen Schwerfälligkeit, aber auch die Fähigkeit, bisweilen „aus der Haut" fahren zu können, wenn es ganz hoch hergeht. Die recht derbe Sprache des „Pieron" war gerade das, was dem Oberschlesier imponierte. Als Anfang April der „autonome Staat Oberschlesien" wieder ins politische Gespräch kam, ernannte sich „Sefflik Klappi-

Das Gegenstück des „Pieron" — jedenfalls in der Tendenz — war der „Oberschlesier". Das, was er sich schon in seiner ersten Nummer (3. Oktober 1919) zur Bedingung gemacht hatte, nämlich: „Jede Agitation und jeder persönliche Angriff ist streng zu vermeiden!", blieb auch in diesen unruhigen Tagen Leitschnur. Ob zum Segen oder zum Schaden, sei dahingestellt. Als Herausgeber zeichnete Georg Wenzel. Wenzel betonte stets die kulturelle Zusammengehörigkeit Oberschlesiens und des Reiches. Gedruckt wurde der „Oberschlesier" bei Erdmann Raabe in Oppeln. Der Mitarbeiterstab war ganz ausgezeichnet.[135] Besonders die kulturellen Sonderhefte zielten — trotz aller Betonung der Bindungslosigkeit — auf das gemeinsame Ziel der gesamten oberschlesischen Nachabstimmungspublizistik hin, auf die Forderung nach dem ungeteilten Verbleib Oberschlesiens beim Reich. Gegen Ende der hier bearbeiteten Zeitepoche kam der „Oberschlesier" in finanzielle Schwierigkeiten und wandte sich hilfesuchend an den großen Kreis seiner Leser mit der Bitte um aktive Unterstützung. Diese ist ihm dann auch zuteil geworden, so daß der „Oberschlesier" eine der wenigen Abstimmungsgründungen geblieben ist, die sich bis in die letzte Zeit hinein gehalten haben.

Nicht nur in der äußeren Aufmachung, sondern auch in der Form der Bearbeitung des Stoffes war der „Schwarze Adler" grundsätzlich unterschieden von den anderen Zeitschriften und Zeitungen Oberschlesiens. Der Mangel eines ähnlich stark wirkenden Agitationsblattes, wie es die Polen im „Weißen Adler" zur Verfügung hatten, war der Anlaß zur Gründung des „Schwarzen Adlers" bereits im Januar 1919. Zwar erschien er bis zum 1. Juni 1919 nur unregelmäßig. Dann aber hatte man die Zugkraft eines derart sensationell aufgemachten Blattes erkannt. Die Schriftleitung hatten Fritz Badendieck (der Leiter des Dammert'schen Nachrichtenbüros in Kattowitz) und Georg Wenzel. Verantwortlich zeichnete zuerst Theodor Stahr. Sitz der Schriftleitung war bis zur Besetzung des Abstimmungsgebietes durch die IK Königshütte.

Ein völlig neuer Kampfzeitungstyp trat mit dem „Schwarzen Adler" in die Kampfbahn. Schon der Kopf mit dem Schwarzen Adler Schlesiens als Symbol des Zeitungsnamens war ein Novum. Geschäftsinserate und Lokalteil fielen fort, so daß der „Schwarze Adler" kaum mehr als Zeitung, sondern als Zeitschrift bezeichnet werden kann. Der „umgrenzte Leserkreis", der sonst für eine Zeitschrift charakteristisch zu sein pflegt, ist so groß gewesen, daß er kaum mehr irgendwie be-

---

dudek" zum „König der Republik Oberschlesien" und zeichnete so die ganze Unhaltbarkeit des Autonomiegedankens in einem einzigen Namen wieder. Gerade die polnischgesinnten Oberschlesier liebäugelten nach dem Versagen der Abstimmung mit einer Autonomie.

[135] Z. B. schrieben Paul Rohrbach, Eucken, der Schlesienspezialist Prof. Manfred Laubert u. a.

grenzt schien. Alles, was sich als „heimattreu" bekannte, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, las den „Schwarzen Adler". Schlagzeilen- und Kastenmanier zeichneten die Kampfart dieses Blattes: Agitation, scharfe, mitreißende Angriffswaffe. Zwar mußte der „Schwarze Adler" laufend vom Staat mit Subventionen bedacht werden, ohne die es ihm unmöglich gewesen wäre, die nicht meßbare Zahl der Mitarbeiter aus allen Schichten zu honorieren. Die dauernd wachsende Zahl der Abonnenten rechtfertigte das zweimalige Erscheinen in der Woche. Gleichzeitig wurde Schriftleitung und Erscheinungsort gewechselt. Karl Sczodrok, der spätere Verantwortliche des „Oberschlesiers", übernahm den „Schwarzen Adler" und ließ ihn in Beuthen erscheinen.[136] Die Nachrichtenfülle wurde noch bereichert durch die Veröffentlichung von Spionageergebnissen Spieckers. Die Auflage wurde vor der Abstimmung mit 300 000 Exemplaren angegeben, wovon 50 000 zahlende Abonnenten gewesen sein sollen.[137] Nach der Abstimmung wandte sich der Herausgeber an die staatlichen Stellen um Weiterbewilligung der Subventionen und gab dabei eine Zahl von 30 000 zahlenden Abonnenten an. Für oberschlesische Verhältnisse eine hohe Zahl! Vor der Abstimmung ging man zur dreimal wöchentlichen Erscheinungsweise über, die auch in der Zeit des dritten Aufstandes wieder aufgenommen wurde. Im dritten Aufstand siedelte die Schriftleitung aus dem bedrohten Industriegebiet nach dem Sitz des Selbstschutzhauptquartiers, Oberglogau, über. Den Druck besorgte zu dieser Zeit die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau. Da die Schriftleitung in Oberglogau dem Zugriff der IK zu entfernt war, um einen solchen Zugriff erfolgreich zu machen, wurde der „Schwarze Adler" von den Zeitungsverboten nicht betroffen.

Die Zeitungszensur der IK wurde einseitig gehandhabt. Es war ja auch nicht anders zu erwarten. Die deutschen Zeitungen genossen die höchste Aufmerksamkeit der Zensurbehörde, während die „Grenzzeitung" — obwohl ihr Inhalt zeitweise die IK in allerschärfster Form angriff — solange verschont blieb, bis das Verhalten des Polenblattes geahndet werden mußte. Erst am 24. Mai konnten die deutschen Zeitungen das Verbot der „Grenzzeitung" melden. Korfanty zog jedoch sofort eine Nachfolgezeitung, den „Oberschlesischen Wegweiser", auf, der tapfer in die Spuren seines Vorgängers trat, so daß bald von einem Unterschied der Tonart zwischen „Grenzzeitung" und „Wegweiser" nicht mehr gesprochen werden konnte.

Die deutschen Zeitungen wurden durch die am 4. Mai verhängte strenge Zensur häufig getroffen. Besonders hatten es die Zensoren auf die „Ostdeutsche Morgenpost" abgesehen. Sie, die schon in der

---

[136] Sczodrok gab im Abstimmungsgedenkheft des „Oberschlesiers" vom März 1926 einen Abriß über seine Arbeit im „Schwarzen Adler".

[137] Vogel, a. a. O., zitiert S. 127 den Oberlandesgerichtsrat Ernst, den Leiter der VBHO, der diese Zahl als richtig verbürgt.

ersten Woche nach der Abstimmung ein zehntägiges Verbot getroffen hatte und deren Chefredakteur durch das Urteil einer Gewaltjustiz wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ Anfang April getroffen wurde, mußte vom 25. bis 31. Mai wiederum ungedruckt bleiben. Am vierten Tage nach ihrem neuerlichen Erscheinen wurde ihr — das dürfte wohl einzig dastehend sein — sogar die Schlagzeile gestrichen! Wegen des Papiermangels (Beuthen war vom Verkehr abgeschnitten) und aus Protest gegen die jeder „demokratischen Pressefreiheit“ hohnlachende Zensurpraxis streikte die gesamte Belegschaft vom 5. bis 7. Juni einschließlich, und so blieben die Leser wiederum drei Tage ohne die gerade jetzt so wichtigen Nachrichten.

Eine noch seltsamere Praxis übte die Gleiwitzer Zensurstelle aus. Weil ihr scheinbar der Inhalt der „Oberschlesischen Volksstimme“ keinen Anlaß zu einem Verbot gab, oder weil ein solches Verbot ihr noch zu mild erschien, ließ sie einfach unter fadenscheinigem Vorwand — die Druckerei der „Oberschlesischen Volksstimme“ schließen und versiegeln! Die Stadtverordnetenversammlung wurde sofort benachrichtigt und schickte eine Abordnung zu der für diese Maßnahme verantwortlichen Stelle, um Rücknahme der Anordnung zu erreichen. Am 31. Mai wurde ferner das Verbot der „Oberschlesischen Morgenzeitung“ öffentlich bekannt. Der 4. Juni brachte das Verbot der „Oberschlesischen Landeszeitung“, der Falschmeldungen über die IK zum Vorwurf gemacht wurden. Dann scheint einen Monat lang die Wut der französischen Zensoren geruht zu haben. Erst am 13. Juli hören wir von dem Verbot der „Oppelner Zeitung“ und der „Oppelner Nachrichten“. Die weißen Lücken in den deutschen Zeitungen der Monate Mai und Juni 1921 sprechen zudem von dem Interesse, mit dem auch die kleinsten Lokalnachrichten von den Zensoren bedacht wurden. Daß durch alle diese Sticheleien der französischen Besatzungsbehörden und durch ihre offene Begünstigung der Insurgenten

das Verhältnis der Bevölkerung zur IK

von Tag zu Tag gespannter wurde, läßt sich aus den Meldungen Anfang Juni an handgreiflichen Tatsachen belegen. Die Erbitterung gegen die Franzosen, die ihren Deutschenhaß in den von den Insurgenten bedrohten Gebieten austoben ließen,[138] steigerte sich mit dem Bekanntwerden jedes neuen französischen Manövers. Das Mißtrauen gegenüber der Franzosenherrschaft, die den Polen bei der so groß angekündigten „Räumung“ (30. Juni bis 5. Juli) möglichst wenig wehezutun sich angelegen sein ließen, wurde noch verstärkt durch die völlig unmotivierten Drangsalierungen der Stadtbevölkerungen durch französische „Untersuchungskommandos“. Die verzweifelten Städter verloren, wenn nicht bald Hilfe von anderer Seite kam, völlig die Be-

[138] „Schwarzer Adler“, 23. Juli: „Französischer Deutschenhaß in Oberschlesien.“

herrschung. Am 3. Juni wurden in Beuthen französische Offiziere von unbekannt gebliebenen Einwohnern beschossen.[139]

Im nichtbesetzten Gebiet, das meist unter englischer oder italienischer Besatzungskontrolle (Ratibor) stand, kam die Bevölkerung mit den Alliierten einigermaßen aus. Die Abneigung gegen die Franzosen teilten Deutsche, Italiener und Engländer. Anfang Juli 1921 war die Stimmung gegen die Franzosen zur Siedehitze gekommen.

Der „Schwarze Adler" verlangte rundweg: „Weg mit den polenfreundlichen, parteiischen Franzosen!"[140]

Dagegen konnten die Briten sich der — wenn auch reservierten — Zuneigung der deutschen Bevölkerung erfreuen, gingen sie doch systematisch daran, in den von ihnen neubesetzten ehemaligen Korfantygebieten die letzten Reste des Polenregiments auszumerzen. Auch die englische Diplomatie hatte ja ein Interesse daran, eine schnelle Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens herbeizuführen.[141]

Die Pariser Tagung des Obersten Rates und die Genfer Völkerbunds-Untersuchungen mit dem sogenannten „Genfer Schiedsspruch"

(August bis Oktober 1921.)

Gegen Ende Juli schon verlautete gerüchtweise, daß die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nun endgültig bevorstehe. Die Vorbedingung für eine solche Entscheidung hatte die Befriedung des Abstimmungsgebietes sein sollen. Obwohl dies durchaus noch nicht der Fall war, verabredete sich der Oberste Rat für den 4. August nach Paris. Es sollte dort die Oberschlesien-Frage zur Besprechung und zur Entscheidung kommen. Mit dem Bekanntwerden des bevorstehenden Ereignisses ergab sich für die oberschlesische Publizistik die Notwendigkeit einer neuen Stoßrichtung, die allerdings von der des Monats Juli nicht wesentlich unterschieden war. Solange die Gefahr eines vierten Aufstandes drohte — und dies war von der offiziellen Liquidierung des dritten Aufstandes an der Fall — mußte ihr in erster Linie das Interesse der Publizisten gelten. Denn soviel war klar:

139 Der Befehlshaber der französischen Truppen in Beuthen, Le Comte Denis, ließ am 4. Juni auf der ersten Seite der Zeitungen eine Warnung an die Bevölkerung gelangen, in der bei Wiederholungen ähnlicher Fälle schärfste Zwangsmaßnahmen angedroht wurden.

140 „Schwarzer Adler" v. 7. Juli 1921: „Enthüllungen über den nächsten Polenputsch." Der Artikel stellte die Franzosen durch die Wiedergabe von Dokumenten bloß.

141 „Schwarzer Adler" v. 23. Juli bzw. 16. Juli 1921.

einem vierten Aufstand hätte die deutsche Bevölkerung kaum mehr widerstehen können! Wahrscheinlich wäre ein solcher mit aktiver Unterstützung durch reguläres polnisches Militär durchgeführt worden, weil die Beteiligung der oberschlesischen Polen nach dem Versagen des dritten Aufstandes fraglich war. Der Selbstschutz, die einzige Sicherheitsgarantie neben den italienischen und englischen Truppen, war aufgelöst. Die Gefahr einer vollendeten Tatsache in Oberschlesien beherrschte nicht nur die oberschlesischen Publizisten. Auch im Reich wurden alle diesbezüglichen Nachrichten mit großer Sorge aufgenommen und kommentiert. Das Beispiel Posens konnte in Oberschlesien nachgeahmt werden — und alle Opfer an Blut, Gut und Kraft während der beiden letzten Jahre des deutsch-polnischen Ringens um Oberschlesien waren umsonst dahingegeben.

1. Oberschlesien — unteilbar und deutsch.

Die Skeptiker hatten auch diesmal recht behalten: die für den 4. August angesagte Sitzung des Obersten Rates in Paris kam erst am 8. d. M. zu ihrer ersten Aussprache. Vor der Sitzung hatten die Franzosen eifrig mit den Engländern hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Gegensatz Lloyd George—Briand war nicht ausgeglichen worden. Nur soviel schien von vornherein klar: die Alliierten konferierten nicht mehr über eine Zuerkennung des ungeteilten Oberschlesiens an Deutschland bzw. Polen, sondern der Kampf ging bereits um „Linien" und „Bewertung von Stimmenzahlen".[142] Aus einigen Erklärungen italienischer und englischer Staatsmänner vor dem Sitzungstage war nur zu deutlich zu ersehen, daß eine Teilung Oberschlesiens wahrscheinlich war.[143]

Mit der im Laufe der zwei Kampfjahre gestählten Ausdauer und kompromißlosen Unnachgiebigkeit setzten sich die oberschlesischen Publizisten sofort verstärkt für die Unteilbarkeit ihrer Heimat ein. Ungeachtet der wahrscheinlichen Erfolgslosigkeit aller Bemühungen warfen sie die Forderung nach der Unteilbarkeit immer wieder ins Gespräch. Und Ausdauer erzwang ihnen schließlich auch Gehör.

„Der Pariser Kampf um die Linien" artete mit der Zeit zu einem regelrechten Länderschacher und zum Kuhhandel aus, den Oberschlesien bezahlen sollte. Nicht weniger als vier solcher „Linien" standen zur Auswahl bereit: die Korfanty-Linie (s. Korfanty-Linie im 1. Teil dieses

[142] „Ostd. Morgenpost" v. 8. August: „Der Stein der Weisen!"

[143] Der italienische Außenminister sprach sich in diesem Sinne aus. Dagegen meldete der „Schwarze Adler" v. 7. August u. a., daß der italienische General De Marinis, der der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens als polenfeindlich bekannt war, sich für ein ungeteiltes Oberschlesien und dessen Zuteilung an Deutschland ausgesprochen hätte. Es ist dies die letzte Äußerung solcher Art eines Vertreters der IK gewesen. Seitdem ging es nur noch um die Festlegung der Linie, bis zu der Oberschlesien an Polen fallen sollte.

Abschnittes S. 43), die Sforza-Linie I und deren „verbesserte" Auflage die Sforza-Linie II und als günstigste — in Anbetracht der noch weitergehenden eben genannten — die englisch-italienische Linie, die — bereits im Mai des Jahres aufgestellt — nur kleine Teile der Kreise Rybnik und Pleß Polen zusprach.

Und gerade bei dieser letzten Linie mußte die deutsche Argumentation gegen eine Teilung der Wirtschaftseinheit Oberschlesien ansetzen. Der Kreis Tarnowitz, der mit Pleß und Rybnik eine polnische Abstimmungsmehrheit erzielt hatte, wurde von den Engländern als so eng mit dem Industriegebiet verbunden anerkannt, daß seine Zuteilung an Polen als Irrsinn bezeichnet werden mußte. Da dieses Argument aber auf manche Teile der Kreise Rybnik und Pleß nicht anwendbar war, schien doch die englische Linie soweit als gerecht. Sie schien es aber nur. Denn: schon im Monat Mai hatte man hie und da Stimmen aus diesen Kreisen laut werden hören, die von einer Zuteilung an Polen nichts wissen wollten. Es waren dies nicht deutsche, sondern polnische (!) Stimmen.[144] Das Auftauchen von „Linien" unmittelbar nach der Abstimmung war veranlaßt worden durch Korfanty, der als erster seine „Linie" der Weltöffentlichkeit bzw. den im Obersten Rat vertretenen Alliierten Mächten als Vorschlag zur Auswertung übergab. Nun war die rechtliche Lage durchaus nicht so, daß allein die Entscheidung der Bevölkerung bei der Abstimmung maßgebend war für die Zuteilung des Landes oder eines Teiles desselben — die Teilungsmöglichkeit wurde bekanntlich von Deutschland bestritten — an einen der beiden interessierten Staaten. Vielmehr sollten die geographische Lage und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit von Gebietsteilen ebenso wie die ethnographischen Gesichtspunkte maßgeblich sein für die Grenzfestlegung zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien.[145] Diese Bestimmung war eigens auf das Drängen Polens in den Vertrag eingefügt worden. Die Polen hatten ja bis zur Abstimmung fest mit einem Mehrheitssieg gerechnet. Nur des Industriegebietes war man sich wegen der dortigen, meist in den Städten konzentrierten deutschen Bevölkerung nicht sicher gewesen. Darum wollte man das Industriegebiet, auch wenn es eine klare deutsche Mehrheit in den Städten erzielt hätte, auf Grund dieser Bestimmung des Traktates zu Polen schlagen, das ja in den umliegenden Bezirken eine Mehrheit zu erzielen glaubte.

---

[144] Telegramm des Auswärtigen Amtes vom 2. 5. an die Botschafter in London, Paris und Rom. Danach zogen es viele Rybniker und Plesser vor, mit den anderen Gebieten an Deutschland als allein an Polen zu fallen. — S. „Der Kampf um Oberschlesien", a. a. O. Anlage A, S. 64.

[145] Der französische Urtext des § 88 des Diktates sagte darüber: . . . une proposition sur le trâce, qui devrait être adopté comme frontière de L'Allemagne du volu exprimé par les habitants ainsique de la situation géographique et économique par des localités."

Es war aber anders gekommen. Die Polen hatten statt der erwarteten 80 % knappe 40 % der Stimmen erhalten. Ja, das Industriegebiet und das dieses umgebende Flachland hatten sogar noch eine knappe deutsche Mehrheit erzielt! Damit waren all die verklausulierten Pferdefüße im Diktat in ihr Gegenteil verkehrt: was Deutschland hatte schaden sollen, wurde sein Vorteil. Und wenn Deutschland die Zuteilung der polnischen Kreise Pleß und Rybnik an Polen irgendwie verhindern wollte, so blieb als aussichtsreichstes Argument nur die wirtschaftliche Verknüpfung dieser Bezirke mit dem Industriegebiet übrig. Die Engländer und Italiener hatten in der schon erwähnten Linie vom Mai des Jahres dieser Verknüpfung Rechnung getragen. Allerdings hatten sie dies nur für einen Teil der beiden Kreise zugestanden. Die südlichen Gebietsteile von Pleß und Rybnik — reine Landwirtschaftsbezirke — wollten sie an Polen fallen lassen.

Die deutsche Publizistik stand vor der schwierigen Aufgabe, die Forderung nach der Unteilbarkeit Oberschlesiens so zu argumentieren, daß auch die Paragraphenreiter in Paris und London vor der „Rechtlichkeit" eines solchen Unterfangens überzeugt wurden. Sie mußte — weil das Argument der wirtschaftlichen Verknüpfung im Falle Süd-Pleß und Süd-Rybnik scheinbar nicht anwendbar war — den Willen der Bevölkerung der fraglichen Gebiete zum Verbleib beim Reich mit heranziehen. Nicht nur in der unmittelbaren Nachabstimmungszeit (wo sie die Stimmabgabe in den Kreisen Pleß und Rybnik als erpreßt nachwies),[146] sondern auch in der Zeit des Aufstandes und später befaßte sie sich eingehend mit der Willenskundgebung der Rybniker und Plesser.

Die Anfechtung der Wahl wurde von den Franzosen verhindert und von den Engländern um des lieben Friedens willen nicht zur Kenntnis genommen. Die Stimmen aber, die — obwohl polnischgesinnt — sich im Falle einer Zuteilung des übrigen Oberschlesiens an Deutschland lieber auch für den Verbleib beim Gesamtkörper aussprachen, als allein an Polen zu fallen, konnten nicht überhört werden. Die materielle Benachteiligung dieser landwirtschaftlichen Gebietsstreifen in dem ebenfalls vorwiegend agrarisch bestimmten Polen mag bei der Formulierung des Wunsches Pate gestanden haben.[147] Die Aussichtslosigkeit der Bemühungen, bei den Alliierten Verständnis für die gut beglaubigten Wünsche der Plesser und Rybniker zu finden, trat schon am ersten

[146] Vergl. dazu im 1. Teil dieses Abschnittes S. 48.

[147] Daß z. B. der „Schwarze Adler" v. 28. August 1921 den Stimmungsumschwung der Rybniker und Plesser so darstellte, als ob es sich dabei um eine nationale Entscheidung zugunsten Deutschlands handele, muß als Fehlschluß bezeichnet werden. Höchstenfalls kann man die Bitte um den Verbleib bei Deutschland als Vertrauenskundgebung gegenüber der deutschen Sache darstellen. — „Schwarzer Adler" vom 14. August 1921 traf die wirkliche Lage schon besser, wenn er seine Meldung über den Rybnik-Plesser Stimmungsumschwung überschrieb: „Pleß und Rybnik wollen bei Deutschland bleiben!"

Verhandlungstage in Paris in Erscheinung. Es ist schwer, sich aus den nüchternen und vieles verschweigenden Verlautbarungen des Obersten Rates an die Presse ein Bild von dem wahren Verlauf der Sitzungen zu machen. Trotzdem ist unser Wissen — bereichert durch manches im späteren Verlauf der Tagung in die Öffentlichkeit Durchgesickerte — einigermaßen vollständig.[148] Die Berichterstattung über die Tagung des Obersten Rates in Paris nimmt — trotz der spärlichen Kommuniqués — selbstverständlich einen überragenden Platz in der oberschlesischen Presse ein. Es ging ja hier um die letzte Entscheidung, um Oberschlesiens Zukunft.

Folgendes Bild läßt sich aus den Zeitungsberichten — und andere Quellen stehen uns leider nicht zur Verfügung — von dem Verlauf der Tagung rekonstruieren:

Am Montag, dem 8. August, kamen die drei Sachverständigen zu Wort, die man auf Frankreichs Wunsch nach Oberschlesien geschickt hatte, um ein Bild von der Gesamtlage und die Teilungsmöglichkeiten ermitteln zu lassen. Eigentlich hätte die IK einen Vorschlag in dieser Hinsicht aufstellen müssen. Da aber ein solcher gleichzeitig mit der Weitergabe der Abstimmungsergebnisse nicht erfolgt war, weil man sich scheinbar in Oppeln nicht hatte einigen können, beauftragte der Oberste Rat die Sachverständigen Cecil Hurst (für die Engländer), M. Laroche (für die Franzosen) und Torre Franca (für Italien), einen solchen zu machen.[149] Das Ergebnis der Sachverständigenuntersuchung war jedoch ebensowenig unter einen Hut zu bringen wie die verschiedenen Ansichten der drei Oberkommissare in der IK. Der Franzose nahm sich des polnischen Standpunktes an und verlangte eine gemeindeweise Beurteilung des Abstimmungsergebnisses und wollte auch im Industriegebiet eine Aufteilung nach Stimmen vornehmen. Daß das gegen den Wortlaut des Diktates verstieß, kümmerte ihn wenig. Der Engländer gab der französischen Ansicht insofern nach, als er gegen eine gemeindeweise Beurteilung an sich nichts einzuwenden hatte.[150] Dadurch dürften jedoch — und das war der zweite Punkt der britischen Vorschläge — keine Enklaven entstehen. Das Industriegebiet sei auf keinen Fall zu

[148] „Ostd. Morgenpost" v. 9. August, Leiter: „Geheimdiplomatie!" — Die „Ostd. Morgenpost" behandelte in ihren Leitern vom 8. bis 12. August ausschließlich die Tagung und ihre „Ergebnisse". Starke Zensurlücken verraten, daß die Veröffentlichung allzu genauer Details den französischen Zensoren nicht angenehm war.

[149] Das Diktat sah im § 5 der Anlage zu dem Oberschlesien betreffenden Artikel 88 vor, daß die drei Oberkommissare der IK einen geschlossenen Vorschlag für die Grenzziehung zu unterbreiten hatten.

[150] Die „Tägliche Rundschau" vom 15. Juli berichtete aus gut unterrichteter Quelle von einem „Englischen Umfall in Oberschlesien", versah aber diesen Titel mit einem Fragezeichen, womit sie scheinbar die Meldung als Gerücht kennzeichnen wollte. Sir H. Stuart sei von Le Rond „eingewickelt" worden — die persönliche Liebenswürdigkeit Le Ronds war bekannt — und nähere sich der Sforza-Linie, hieß es dort. Die Sitzung des Obersten Rates am 8. August und die Einstellung Cecil Hursts bewiesen, daß die Mutmaßung in etwa zutraf.

teilen und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus an Deutschland zu geben. Der Italiener erging sich nur in Betrachtungen über die Lage in Oberschlesien und machte keinen eigenen Vorschlag. Der offizielle Bericht des Obersten Rates behauptete daraufhin, daß unter den Sachverständigen „hinsichtlich der anzuwendenden Grundsätze Einmütigkeit" geherrscht habe. Daß das nur insoweit der Fall war, als die Zulässigkeit einer Teilung des Abstimmungsgebietes anerkannt wurde, verstand der offizielle Bericht zu verschweigen. Das Bestreben, die zutage getretene Uneinigkeit vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, ließ sich schon am nächsten Tage nicht mehr aufrecht erhalten.

Am 9. August, dem zweiten Sitzungstage, kamen die drei Oberkommandierenden der IK in Oberschlesien zu Wort. Nichts von Vorschlägen oder Ansätzen zu solchen war hier mehr zu hören. General Le Rond schwamm wieder in heimischer Atmosphäre (er war am 4. August mit anderen Vertretern der IK von Oppeln abgereist) und gab eine Darstellung der Verhältnisse in Oberschlesien, die nur zu deutlich die Angst der Franzosen vor der Möglichkeit eines deutschen Wiedererstarkens mit Daten aus Oberschlesien belegte. Er behauptete, die Waffen der streitenden Parteien seien auf keinen Fall im vollen Umfang abgeliefert worden, und befürchtete, daß diese jeden Augenblick 100 000 Mann auf die Beine stellen könnten. Aus diesem Grunde schlug er vor, vor Verkündung der Entscheidung noch stärkere Truppenkontingente als bisher nach Oberschlesien zu schicken. Auch hier war — wie bei den Sachverständigen — der Engländer in manchem anderer Ansicht. Sir Harald Stuart bestritt zwar nicht, daß sowohl die Deutschen wie die Polen ihre Waffen nicht zur Gänze abgeliefert hätten.[151] Er meinte aber — und nur die Franzosen wollten das nicht einsehen —, daß die Deutschen nur dann die Waffen wieder erheben würden, wenn die Polen erneut angriffen. Der Italiener faßte die beiden Äußerungen in der Forderung zusammen, daß sofortige Truppenentsendungen veranlaßt werden müßten.[152] Mit seiner zweiten Forderung, nämlich die Entscheidung über die Zuteilung der Gebietsteile an Deutschland und Polen sofort zu treffen, hatte er weniger Glück. Es war kaum zu erwarten, daß der englisch-französische Gegensatz — und ein solcher stand der sofortigen Entscheidung entgegen — sich von einem Tage zum anderen würde ausgleichen lassen. Als sich im Anschluß an die

[151] Bekanntlich hatte die IK vergessen, den Polen vor ihrem Grenzübertritt die Waffen abzunehmen. In Pleß befanden sich — vor den Augen der IK! — immer noch die beiden polnischen Panzerzüge, ohne daß auch nur daran gedacht wurde, diese zu beschlagnahmen und einzuziehen. Am 11. September meldete der „Schwarze Adler" die Aushebung eines ganzen polnischen Waffenlagers. Die Überfälle auf englische Truppenabteilungen, die sich andauernd wiederholten, wurden auch nicht mit der bloßen Faust durchgeführt. U. a. m.

[152] Anfang September 1921 traf dann auch der französische General Noulin in Oberschlesien ein und löste General Gratier, den bisherigen Oberstkommandierenden, ab. Zwei englische und zwei italienische Bataillone befanden sich auf dem Marsch.

Darlegungen der Oberkommandierenden der IK Lloyd George selbst zum Wort meldete, war es erwiesen, daß — trotz aller Verhandlungen hinter geschlossenen Türen — der Gegensatz in unverminderter Schärfe noch weiter bestand. Der englische Premierminister befaßte sich eingehend mit der gesamten oberschlesischen Frage. Französische Versprechungen schienen bei ihm keinen Einfluß gehabt zu haben. Vielmehr wiederholte er all das, was er seit Beginn der oberschlesischen Krise über Land, Leute und ihren Anspruch auf das Recht gesagt hatte. Obwohl er durchaus wünschte, daß es zu einer schnellen Entscheidung käme, sollten seiner Meinung nach die Alliierten nichts überstürzen. Das Recht der Minderheiten — Lloyd George nahm also auch bereits eine Teilung in Aussicht — müßte sorgfältig bedacht werden.

Der weitere Teil seiner Rede war einer ausführlichen Erwiderung auf die französischen Thesen von der notwendigen Zersplitterung des Industriegebietes gewidmet. Oberschlesien sei 700 Jahre deutsch. Das sei ein längerer Zeitraum als derjenige, welcher seit der Einverleibung der Normandie in Frankreich verflossen sei. Oberschlesien gehöre nunmehr 177 Jahre zu Preußen, das sei eine längere Zeit als die, während welcher Frankreich Elsaß-Lothringen besessen hat, ehe es ihm 1871 genommen wurde. Und außerdem: von den 5 200 000 Einwohnern hätten sich nur 1 200 000 als Polen bekannt, d. h. das Stimmenverhältnis in Oberschlesien sei 7 : 4 zugunsten Deutschlands.

Ganz deutlich aber wurde Lloyd George, als er Frankreich daran erinnerte, daß es seine Sicherheit nur solange haben werde, wie es seine Macht gemäß den Prinzipien der Gerechtigkeit gebrauche.

Als praktischen Vorschlag steuerte er folgendes bei:

Die Sachverständigen sollten mit neuen Instruktionen versuchen, die Angelegenheit noch einmal zu prüfen. Drei Leitsätze müßten dabei aber unter allen Umständen gelten:

1. Jede abgegebene Stimme muß nach ihrem eigenen Wert beurteilt werden.
2. Die industrielle Einheit, die sich mit Zweidrittel-Mehrheit zugunsten Deutschlands ausgesprochen habe, soll Deutschland zugewiesen werden.
3. Die dem Industriebezirk benachbarten Gebiete sollen Gegenstand einer ernsten Prüfung sein.[153]

---

[153] Die hier gebrachte Inhaltsangabe der Rede Lloyd Georges vom 9. August ist dem „Schwarzen Adler" entnommen. Sie differiert in einigen Punkten von der, die in „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 159 ff., gegeben wird. Dort werden nur zwei Forderungen Lloyd Georges erwähnt, deren Inhalt auf eine Auslegung bzw. Erläuterung hinweist, die der Verfasser fälschlicherweise als Original wiedergibt. Wir halten uns an die Darstellung des „Schwarzen Adlers", die von der anderer oberschlesischer Zeitungen kaum unterschieden wird, z. B. „Ostd. Morgenpost", „Oberschlesischer Wanderer", „Volksstimme" u. a.

Noch in derselben Sitzung meldete sich Briand zu einer Erklärung. Ihn hatten die sehr deutlichen Anspielungen Lloyd Georges nicht ruhen lassen. Wenigstens das Gesicht mußte gewahrt bleiben, wenn es auch an dem irrsinnigen Vernichtungswillen Frankreichs nichts zu zweifeln gab. Er erklärte, daß die Franzosen sich nur von dem „Geist der Gerechtigkeit" führen ließen.[154]

Im allgemeinen hat sich in diesen Tagen der Sitzung des Obersten Rates die oberschlesische Presse mit der Wiedergabe der kargen Verlautbarungen begnügen müssen. Bald aber wurde die Forderung nach der Unteilbarkeit Oberschlesiens immer mehr zum Zentralpunkt des publizistischen Interesses. Die dringlichste Tagesaufgabe schien es mit Recht zu sein, die Engländer in ihrer festen Meinung von der Unteilbarkeit des Industriebezirkes zu bestärken.

Dies mußte um so mehr der Fall sein, als Briand in der Nachmittagssitzung des Obersten Rates (9. August) die französischen Forderungen noch einmal wiederholte und damit der offene Konflikt mit den gleichfalls unnachgiebigen Engländern unvermeidlich schien. Briand stellte ebenfalls drei Forderungen auf, die für die Beurteilung maßgeblich sein sollten. Er verlangte:

1. Die Stimmen müßten unterschiedlich behandelt werden.
2. Die volksmäßige Zusammensetzung und die geographische Lage müßten eine überragende Bedeutung erhalten.
3. Das Industriegebiet müßte dem zugesprochen werden, der es „am meisten nötig hätte". —

Die dem Industriegebiet benachbarten Gebiete sollten auf die Möglichkeit hin geprüft werden, ob sie dem Industriegebiet zugeschlagen werden könnten.

Schonungslos zeigte hier Briand die wahre Absicht der französischen Bestrebungen: Deutschland mußte lebensunfähig gemacht werden, weil Frankreich fürchtete, von einem erstarkenden Deutschland angegriffen zu werden. Allein die Teilnahme der französischen Generale Nollet, Weygand, Le Rond und des Marschalls Foch an dieser zweiten Sitzung des Obersten Rates kommentierte die „Gerechtigkeit", von der Briand behauptet hatte, sie leite Frankreich bei allen seinen Bestrebungen. Der Oberste Rat war nun vor aller Öffentlichkeit in zwei Lager gespalten, die sich unnachgiebig gegenüberstanden. Der Italiener Bonomi schien den Versuch eines Ausgleichs zu machen. Er schilderte — abweichend von der Gepflogenheit der beiden Hauptkontrahenten Frankreich und England — die Lage in Oberschlesien und vermied es, irgendwelche praktischen Lösungsvorschläge zu machen.

Außenpolitische Ereignisse sind wohl ein dankbarer Gegenstand für die Publizistik, wenn gleichzeitig aufgezeigt werden kann, wie sie Bezug haben auf das eigene Wohl und wie sie für dieses Wohl ausgewertet

---

[154] S. dazu unten Punkt 3.

werden können. Ist aber ein Volk lediglich zum Zuschauen verdammt, dann muß jede führungsbewußte Publizistik dieses Volkes schweigen — oder schimpfen. Eins wie das andere ist unproduktiv. So beschränkten sich die Kommentare der oberschlesischen Zeitungen wie auch die spärlichen Verlautbarungen der deutschen Regierung auf die Wiedergabe der Tatsachen und versuchten dabei das Wenige, was für die deutschen Belange günstig zu sein schien, in rosigsten Farben zu malen. Das Wenige war in diesem Falle die Festigkeit Lloyd Georges, von der man in Deutschland annahm, daß sie vielleicht doch einen Sieg über die französischen Machtgelüste davontragen würde.[155]

Die Verhandlungen über Oberschlesien waren in eine Sackgasse geraten. Es ist nicht auszudenken, unter welchem Vorwand die Besprechung der oberschlesischen Grenzentscheidung hätte vertagt werden sollen, wenn nicht die Einsetzung der Sachverständigen zur erneuten Prüfung der Lage mit den Richtlinien vom 9. August[156] eine Unterbrechung hätte notwendig erscheinen lassen. Lediglich die Verhandlungen über die Vorsichtsmaßnahmen bei der Verkündigung der Entscheidung wurden weitergeführt.

Der dritte Tag der Tagung war den Verhandlungen zwischen den Engländern und Franzosen über die Orientfrage gewidmet. Briand hatte es tatsächlich geschafft! Da England sachlich blieb und auf die französischen Wünsche nicht reagierte, setzte er einen Druckhebel an. Scheinbar war beabsichtigt, die Zusage der Engländer in der Oberschlesien-Frage durch Zugeständnisse im Orient zu erkaufen. Die Lage erwies sich aber den Franzosen offensichtlich nicht günstig. Überraschend schnell kam man nämlich zu einem gemeinsamen Entschluß, der sowohl Englands wie Frankreichs Neutralität in der Frage der Meerengen bekräftigte.

Währenddessen machte sich die Sachverständigenkommission an die Arbeit der „Prüfung". In knapp zwei Tagen mußte sie das vor-

---

[155] Typisch für die Machtlosigkeit Deutschlands sind die Veröffentlichungen der Reichsregierung, die ihre Haltung als „Zuversicht" bezeichnete. Ähnlich trocken und zielarm waren die Darstellungen aller oberschlesischen Zeitungen. Selbst die „Ostd. Morgenpost", der man sicherlich nicht den Vorwurf mangelnder Einsatzbereitschaft für das Wohl Oberschlesiens machen kann, ließ ihre erste Seite nur die Tatsachen berichten, wobei sie es vermied, allzu deutlich auf die Festigkeit Lloyd Georges Bezug zu nehmen. S. „Ostd. Morgenpost" v. 10. August u. a.

[156] Diese Richtlinien waren ein Kompromiß zwischen den von Lloyd George und von Briand gemachten Vorschlägen. Danach sollte: „Die Kommission der Sachverständigen, verstärkt durch die Kommissare der Interalliierten Kommission" noch einmal die oberschlesische Frage „prüfen" und einen Bericht erstatten, „aus dem hervorgeht, welche Gemeinden aus wirtschaftlichen oder geographischen Gründen von den großen städtischen Gemeinden, in deren Nähe sie liegen, nicht abgetrennt werden können. Aus dem Bericht soll auch hervorgehen, welche Eisenbahnlinien notwendig sind für die wirtschaftliche Existenz und das Gedeihen der in Frage kommenden Gegenden." „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", S. 160.

liegende Material neu ordnen, neues Material unter Umständen erst heranholen, das neu geordnete Material so auswerten, wie es die hohen Auftraggeber angeordnet hatten. Schon die Methode, mit der die Sachverständigen an die Lösung der Aufgabe gingen, verdient bestenfalls ein Kopfschütteln. Das gesamte Industriegebiet wurde wie ein Leichnam seziert. Es wurde solange zergliedert, bis die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte für eine weitere Zergliederung nicht mehr ausreichten. So entstanden nicht weniger als 16 „Zonen" im Industriegebiet, für die nun summarisch die Abstimmungszahlen zusammengerechnet wurden.

Ganz abgesehen davon, daß die französischen Mitglieder der Kommission bei der Abgrenzung der einzelnen „Zonen" eifrig „Abstimmungsergebnisgeographie" betrieben! Größere Gemeinden mit stärkerer polnischer Mehrheit wurden allein für sich zu einer „Zone" erklärt (z. B. Ruda, Radzionkau und Miechowitz), während andererseits den großen deutschen Industriestädten solange umliegende polnische Landgemeinden zugezählt wurden, bis die deutsche Mehrheit nur noch so verschwindend gering war, daß sich die Oberschlesier selbst wunderten, wie schlecht sie abgestimmt hatten. Dabei kam es den „Geographen des Abstimmungsergebnisses" auch nicht darauf an, polnische Gemeinden gleichzeitig zwei verschiedenen Zonen zuzuschlagen (wie im Falle von Mikultschütz, das gleichzeitig zur Zone Zabrze und zur Zone Tarnowitz gehörte). Daß durch solche Maßnahmen das Abstimmungsergebnis zugunsten Polens „aufgebessert" wurde, fiel den Sachverständigen in der Eile scheinbar nicht auf. Durch solche und ähnliche Methoden erreichte man ein wirklich frappantes „neues Abstimmungsergebnis": von den 16 Zonen des Industriebezirkes wurden 9 als polnisch und 7 als deutsch „nachgewiesen".

Selbst die ungünstigste Zusammen- und Auseinanderrechnung mußte sich letztlich immer noch zugunsten eines Verbleibens des Industriebezirkes bei Deutschland auswirken. Je eingehender sich die Kommission mit der Lösung der gestellten Aufgabe befaßte, um so klarer mußte sich erweisen, daß das Industriegebiet zu Deutschland gehörte. Da der Kommission aber nur ganze 48 Stunden zum Studium der Frage zur Verfügung standen, konnte sie aber auch nicht das geringste Licht in das Dunkel der oberschlesischen Probleme bringen.

Die Unzulänglichkeit und Oberflächlichkeit des Gutachtens brachte noch größere Verwirrung in die ohnehin komplizierte Angelegenheit. Und das, was man von den Gutachten erwartet hatte, war nicht erarbeitet worden: eine endgültige, klare Richtschnur für eine noch zu treffende Entscheidung. „Die Kommission kann zu keinem einstimmigen Entschluß darüber kommen, in welchem Maße es diese Beziehungen (der einzelnen Zonen untereinander) gestatten, daß die Grenze die eine oder die andere Gruppe durchschneidet." So lautete der Schlußsatz des mit großer Spannung erwarteten Gutachtens.

Die Kommission gab so umwunden zu, daß das Industriegebiet eine unteilbare Einheit darstellte.

Der zweite Tag der Sachverständigenverhandlungen wurde vom Obersten Rat selbst zu verschiedenen Ministerbesprechungen benutzt. Scheinbar wurde über die Grenzfrage gesprochen, was aus dem Fehlen jeder Verlautbarung über das Ergebnis dieser Besprechungen zu schließen ist. Die Presse im Reich wie auch die in Oberschlesien begnügte sich angesichts der Ratlosigkeit der Alliierten immer wieder damit, die deutsche Forderung nach der ungeteilten Rückkehr Oberschlesiens ins Reich variiert und möglichst oft wiederzugeben. Es war ja auch wirklich nichts Positives über den Stand oder die möglichen Auswirkungen der unmittelbaren Ministerverhandlungen und der verschiedenen Besprechungen hinter verschlossenen Türen zu erlangen.

Als dann aber am 12. August Lloyd George — angeblich wegen der Zuspitzung in der irischen Frage — abreisen wollte und Lord Curzon zu seinem Vertreter ernannte, wußte man bereits, daß die oberschlesische Grenzfrage in Paris ihre Lösung nicht finden würde. Lloyd George ließ sich auf einen letzten Versuch der Franzosen hin bestimmen, an einer neuerlichen, letzten Sitzung (am 12. August) doch noch teilzunehmen. Seine Rückkehr nach England verschob er um einen Tag. Es war aber klar, daß die von den Franzosen betriebene Hinauszögerung der endgültigen Lösung[157] auf dieser letzten Sitzung nicht verhindert werden sollte. Vielmehr sollte nur noch beschlossen werden, welchen offiziellen Anstrich man der Vertagung geben sollte. Lloyd George machte — angesichts der unvermindert weiterbestehenden Differenzen mit den Franzosen — keine Schwierigkeiten, als Briand (eine andere Lesart behauptete, es sei der Italiener Bonomi gewesen) den Vorschlag machte, die Streitfrage dem Völkerbund zu überweisen.[158] Rechtlich war die Lage so, daß nach dem Artikel 13, Abs. 2, des Diktates eine Streitigkeit über die Auslegung einer Vertragsbestimmung vor dem Völkerbund beigelegt bzw. von diesem bereinigt werden konnte. Politisch hoffte Frankreich, im Völkerbundsrat durch die Beeinflussung der an der oberschlesischen Frage gänzlich desinteressierten Mächte (wie Japan, China, Brasilien und Spanien) ein für seinen Standpunkt günstiges Podium zu finden.

Die Engländer wiederum hofften, daß vor dem erweiterten Tribunal des Völkerbundsrates die Vertreter der zu Frankreich in keinem Abhängigkeitsverhältnis stehenden Staaten aus allgemeinen Überlegungen heraus dem englischen Standpunkt beitreten würden. Die Verweisung der Grenzregulierung an den Völkerbund mußte nun der Weltöffentlichkeit irgendwie plausibel gemacht werden. Man war sich

---

157 „Ostd. Morgenpost" v. 12. August meldete aus Paris, daß verschiedene maßgebliche Blätter die Oberschlesien-Frage „für noch nicht spruchreif" hielten.

158 „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 163.

wohl von vornherein darüber im klaren, daß sowohl die deutsche wie die polnische Regierung und erst recht die in Oberschlesien nebeneinander lebenden deutschen und polnischen Bevölkerungsteile der abermaligen Vertagung des Entscheides keinen Geschmack abgewinnen könnten. Hatten doch sowohl deutsche wie polnische Publizisten — ganz abgesehen von den beiden Regierungen — in letzter Zeit immer wieder der Notwendigkeit eines sofortigen Entscheides das Wort geredet.[159]

Da ein Schuldiger für die weitere Vertagung gefunden werden mußte und da sich die Alliierten nicht selbst als solcher bekennen wollten, fand sich in der „Nervosität der öffentlichen Meinung" (gemeint war die „öffentliche Meinung" in Oberschlesien) der Grund und der „Schuldige" für die Verweisung der Grenzregulierung an den Völkerbund. Der Geschädigte war „schuld"!

Die Tatsache der weiteren Verzögerungen gab der oberschlesischen Publizistik wieder die Arbeitsfähigkeit in vollem Umfang zurück. Ein wahrer Sturm von Äußerungen setzte nach dem Bekanntwerden des Verzögerungsentscheides ein. Als erste meldete sich die polnische Regierung zu Wort, die in der Verschleppung der Angelegenheit eine nicht wieder gutzumachende Schädigung und eine weitere Beunruhigung der oberschlesischen Bevölkerung sah.[160]

Die begreifliche Unzufriedenheit der Oberschlesier machte sich in den nächsten Tagen in allen publizistischen Organen bemerkbar. Die deutschen Blätter gingen grundsätzlich dazu über, in den üblichen Konferenzen an sich den Grund für die weitverbreitete Unruhe in der Welt zu sehen. Die Reichsregierung erinnerte in einem Aufruf an die Oberschlesier daran, daß nur kühle Überlegung und die Ruhe in dieser ungewissen Lage der deutschen Forderung nach Gerechtigkeit vorteilhaft seien. „Oberschlesier, unsere Sache ist gerecht!" hieß es dort. Genau das gleiche behauptete selbstverständlich die polnische Regierung.

Zum erstenmal seit Beginn des Kampfes um Oberschlesien wendeten sich die Schwerter des Wortes nicht gegeneinander, sondern — so stark war die Erbitterung in beiden Lagern gediehen — gegen den gemeinsamen Feind, die Alliierten! — „Zwei Seelen und ein Gedanke"[161] — damit war die allgemeine Einstellung zu dem unbegreiflichen Verzögerungsentscheid von Paris charakterisiert.

Über die wahren Hintergründe der Pariser „Entscheidung" wurde man dann bald belehrt, soweit sich darüber überhaupt noch Unklarheiten ergeben konnten. Sowohl die Engländer wie die Franzosen

---

[159] Noch am 11. August, als die Behandlung der Oberschlesienfrage für einen Tag ausgesetzt wurde, betonte die „Ostd. Morgenpost", daß die Entscheidung rasch fallen müßte, wenn nicht die erregte Stimmung der Bevölkerung sich in unliebsamen Explosionen Luft machen sollte. — Ähnlich auch andere publizistische Äußerungen oberschlesischer Zeitungen.

[160] Vergl. dazu die betr. Zeitungsmeldungen vom 15. und 16. August.

[161] s. der Leiter der „Ostd. Morgenpost" v. 16. August.

„entschuldigten" sich gewissermaßen offiziell für das Versagen der Pariser Tagung, indem sie noch einmal ihren Standpunkt in der oberschlesischen Frage bekräftigten. Jeder wollte dem anderen die Hauptschuld beilegen — umwunden zwar, aber dennoch deutlich genug. Lloyd George trat am 17. August noch einmal vor dem Unterhaus für ein deutsches Industriegebiet ein.[162] Lloyd George sagte ungefähr folgendes: Es sei klar, daß das westliche Oberschlesien ebenso sicher an Deutschland, wie Pleß und Rybnik an Polen fallen würde. Über das Industriegebiet sei man sich deshalb nicht einig geworden, weil die Franzosen meinten, Deutschland dürfe die Eisen- und Kohlenstätten nicht erhalten, weil es dann — wieder aufrüsten könnte![163] Er, Lloyd George, jedoch halte eine Zuteilung des Industriegebietes an Deutschland für die der Zukunft und der Entwicklung des Gebietes einzig dienliche Entscheidung!

Die ängstliche Einstellung der Franzosen zu der möglichen Zuteilung des oberschlesischen Industriegebietes an Deutschland ist wert, grundsätzlich durchdacht zu werden, da sie — einmal mehr — die politische Haltung Frankreichs während der gesamten Abstimmungs- und Nachabstimmungszeit (und darüber hinaus) beleuchtet.

Die außenpolitische Entwicklung Frankreichs nach 1870 stand unter dem Motto: „Nie davon reden — immer daran denken!" Der Revanchegedanke hatte sich zum Fundament aller französischen Unternehmungen der Vorkriegszeit entwickelt. Wie weit er sich bis in das Bewußtsein des einzelnen Franzosen eingefressen hatte, ist nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Soviel jedoch dürfte feststehen: die Verfertiger des Friedensvertrages waren von dem Revanchegedanken so beseelt, daß sie — aus eigenem Erleben auf das mutmaßliche Empfinden des deutschen Volkes nach dem verlorenen Krieg projiziert — sich den Deutschen der Nachkriegszeit nicht anders vorstellen konnten, als durchdrungen von dem Revanchebedürfnis. Wenn nicht allein die unvorstellbare und wahnwitzige Härte des Diktates als bester Beweis für die Angst vor einer deutschen Revanche genügte, dann müßten die vielfältigen Äußerungen französischer Nachkriegspolitiker in dieser Hinsicht als Bestätigung der Feststellung angesehen werden.

Und gerade in der oberschlesischen Frage ließen die Vertreter Frankreichs die Maske des „Dieners der Selbstbestimmung der Völker"

---

162 Die Darstellungen Lloyd Georges waren für die oberschlesische Publizistik immerhin von Bedeutung, denn sie gaben neue Hoffnungen für einen günstigen Entscheid. Deshalb finden wir diese Äußerungen meist ganzseitig auf der Hauptseite wieder. Sie enthielten zudem vieles Wissenswerte über die Pariser Kulissenverhandlungen. „Ostd. Morgenpost" v. 17. August. Dto. v. 18. August stellte im Leiter fest, daß man von den 490 Schleiern, die über die Pariser Verhandlungen gelegt worden seien, nur einige Zipfelchen gelüftet habe.

163 Eine Interpellation in der französischen Kammer wurde am gleichen Tage gestellt, s. „Ostd. Morgenpost".

völlig fallen. Sie waren der Freund Polens, nicht weil sie der „Freund aller kleinen Nationen" sein wollten, sondern weil Polen die Rolle Vorkriegsrußlands übernehmen sollte. Polen mußte stark gemacht werden — um jeden Preis, selbst um den Preis des „guten Gesichts", auf das die französische Diplomatie sonst so großen Wert legte. Erst galt es, den Freund stark zu machen, was gleichzeitig bedeutete, den Gegner zu schwächen, wo es nur ging. Denn: die Angst vor dem Aufstehen eines Volkes, das vier Jahre lang unter Hingabe auch der primitivsten Bedürfnisse dem vereinten Streben fast der ganzen Welt standgehalten hatte, diese Angst konnte nur behoben werden durch die völlige Vernichtung des Staatsgebildes Deutschland. Die Grausamkeit, mit der man auf den am Boden liegenden Feind trat, mußte als Alpdruck auf den maßgeblichen Leitern der französischen Politik lasten, weil es für jeden Deutschen von da ab bis ans Lebensende keinen anderen Gedanken geben konnte, als die „Niederlage" wiedergutzumachen.

Wenn eine französische Wochenschrift („L'Europe Nouvelle") angesichts der Schwierigkeiten bei der Lösung der oberschlesischen Grenzfrage, die Frankreich ja beinahe zu einem Bruch mit den anderen Alliierten getrieben hätte, sagte: „Es wäre schlauer gewesen, wenn wir uns bemüht hätten, unparteiisch zu sein!",[164] so hat sie damit nur das ausgedrückt, was sich späterhin durch die Tatsachen bestätigte. Die starre und in ihrer Verblendung zu eigenem Schaden unnachgiebige Vernichtungspolitik der Franzosen war zum erstenmal auf das „Nein!" der Briten gestoßen, die aus eigenem Interesse eine französisch imperiale Politik auf dem Kontinent nicht mitmachen wollten. Und das ist auch der einzige, gewiß spärliche Gewinn, den die Pariser Verhandlungen für die Fortführung der deutschen Politik mit sich gebracht haben.

Die deutsche Publizistik in Oberschlesien kann mit Recht einen Anspruch darauf erheben, an diesem Gewinn hauptbeteiligt gewesen zu sein. Denn: die Briten kamen als Teilhaber des französischen Planes zur Vernichtung Deutschlands nach Oberschlesien. Sie erlebten hier die von der deutschen Publizistik geforderte und auch tatsächlich vorhandene Disziplin der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber dem polnisch-französischen Unternehmen fortgesetzter Provokationen. Die Furcht, die Franzosen könnten bei Gelingen ihres Planes (Polen die Rolle Vorkriegsrußlands zuzuteilen) ein zu großes Übergewicht auf dem Kontinent bekommen, erleichterte den britischen Vertretern in der IK die anti-polnische Haltung. Sie benutzten so die offenen Rechtsbrüche der Franzosen, um im Namen der „Menschlichkeit" und der „Heiligkeit der Verträge" — für ihre eigenen Interessen

---

[164] „L'Europe Nouvelle" — zitiert nach „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", a. a. O. S. 164.

zu arbeiten. Englische Offiziere waren es, die sich als erste in der IK dem französischen Vernichtungswillen entgegenstellten.[165] Die britischen Politiker — allen voran Lloyd George — konnten so ihre Stellungnahme gegen die französische Politik auf dem Kontinent mit dem Mantel des erhabenen Zweckes, die Heiligkeit der Verträge zu schützen, umgeben. Die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens aber nahm das alles für bare Münze.

Wenn es nach Paris überhaupt eine Hoffnung auf eine Wendung der Dinge zugunsten Deutschlands gab, so konnte sie nur begründet werden mit der unnachgiebigen Haltung des englischen Premiers. War auch die deutsche Forderung nach einem unteilbaren Oberschlesien nicht ganz durchgedrungen, so muß doch der Umschlag der englischen Politik gegenüber Frankreich in der oberschlesischen Frage als ein immerhin günstiges Ergebnis der deutschen publizistischen Bemühungen bezeichnet werden.

Mit dem Tage des Bekanntwerdens der Verweisung der Grenzregulierung an den Völkerbund (13. August) begann wieder die Ungewißheit über das weitere Schicksal des gequälten Landes. Nicht allein, daß die widersprechendsten Gerüchte und Verlautbarungen über den voraussichtlichen Termin für die Tagung des Völkerbundsrates an den Nerven der Bevölkerung zerrten, mit der Ungewißheit und dem Bewußtsein, stillhalten zu müssen, war auch der Publizistik scheinbar jede Grundlage für ihre Führungsaufgabe genommen.

Und doch ergaben sich dann bei näherem Hinsehen zwei Möglichkeiten für eine Arbeit: eine negative und eine positive. Entweder hätte die oberschlesische Publizistik sich mangels besserer Gelegenheiten mit den innerpolitischen Auseinandersetzungen um das Kabinett Wirth befassen können und sich damit wieder in ein für die deutschen Belange ungünstiges Fahrwasser begeben — oder sie hätte sich die Anbahnung einer Verständigung mit den polnisch sprechenden Oberschlesiern zur Aufgabe machen können.

2. Die Verständigung mit den polnischen Oberschlesiern.

Bis nach dem dritten Aufstand beherrschten die nationalen Spannungen der letzten beiden Jahre die Atmosphäre in Oberschlesien. Der Beginn der Pariser Verhandlungen jedoch hatte hierin eine Änderung gebracht, die — obwohl sie den Alliierten nicht auffiel — dennoch das oberschlesische Problem plötzlich in einem ganz anderen Licht erscheinen

---

165 „Manchester Guardian" vom 18. Juni 1921 meldete, daß Oberst Percival unter dem andauernden Konflikt zwischen Gewissen und der Verpflichtung, mit den Franzosen nicht zu brechen, völlig aufgerieben worden und nach England zurückgekehrt sei. Weiter hieß es: „Major Ottley, der frühere Kreiskontrolleur von Beuthen, trat schon vor Monaten zurück, weil ihm seine Ehre verbot, die Politik des Generals Le Rond tatenlos mitanzusehen."

ließ. Während noch die Staatsmänner Westeuropas am Verhandlungstisch und hinter verschlossenen Türen von sich aus eine Lösung suchten, hatten die trotz aller Vorsicht bekanntgewordenen Teilungsabsichten eine größere Anzahl von Polen zu praktischen Überlegungen veranlaßt.

Es waren nicht nationale Gründe, die die Rybniker und Plesser Polen zur Abkehr von Korfanty bewegten. Auch sind es sicher nicht die Erfolge deutscher Propaganda gewesen, die den Stimmungsumschwung in Oberschlesien herbeiführten. Vielmehr werden die nüchternen Überlegungen über die wirtschaftliche Zukunft eines geteilten Oberschlesien und die daraus sich ergebenden sozialen Nachteile für die polnischen Oberschlesier diese zum Einlenken getrieben haben.[166] Gewiß waren schon nach der Abstimmung hie und da ähnlich lautende Nachrichten aufgetaucht, aber nicht publizistisch ausgewertet worden. Außerdem dürfte es schwer fallen, festzustellen, ob diese Meldungen wirklich nur Tatsachenmeldungen waren oder ob die deutsche Propaganda für die Unteilbarkeit Oberschlesiens den Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht hatte. Der Verhandlungstag in Paris hatte aber allen Oberschlesiern gezeigt, daß es den Alliierten nicht um ihr Wohl, sondern höchstens um die Nutzbarmachung der oberschlesischen Produktion für eigene Zwecke ging.

Die Polen ließen ihren Unmut sogar in eine offizielle Note ihrer Regierung einfließen, die diese nach Bekanntwerden des Scheiterns der Pariser Tagung an den Obersten Rat richtete.[167] Allerdings war dieser „nicht wieder gutzumachende Schaden" für die polnische Regierung offensichtlich noch größer als für die deutsche Sache. Denn: durch die letzte Verzögerung des Entscheids wurden die Bestrebungen der Plesser und Rybniker Polen für ein Verbleiben bei Deutschland noch verstärkt. Von Tag zu Tag mußte also die polnische Sache an Bedeutung verlieren. Und jetzt konnte auch das Bestreben der deutschen Publizistik, mit den polnischen Landsleuten zu einer Verständigung zu kommen, mit weit größerer Erfolgsaussicht als früher aktiviert werden.[168]

---

[166] Die erste Meldung dieser Tendenz brachte die „Ostd. Morgenpost" vom 12. August — dem Tag nach dem Zusammenbruch der Pariser Verhandlungen —: „Polnische Oberschlesier für Verbleiben bei Deutschland."

[167] Inhaltlich wiedergegeben in „Ostd. Morgenpost" vom 16. August. Die Note sprach u. a. von dem „ungeheuren, nicht wieder gutzumachenden Schaden", den die abermalige Verzögerung einer endgültigen Regulierung dem Lande zufüge. — Die „Ostd. Morgenpost" überschrieb ihren diesbez. Leiter: „Zwei Seelen und ein Gedanke!"

[168] Es muß in diesem Zusammenhang deutlich unterschieden werden zwischen den Bemühungen der deutschen „Oberschlesien — unteilbar!"-Propaganda, die die deutschfreundlichen Stimmen aus Pleß und Rybnik schon vor und während des dritten Aufstandes für ihre Parole verwertete — und dem publizistischen Bemühen der Nachaufstandszeit, eine Verständigung zwischen deutschen und polnischen Oberschlesiern anzubahnen.

Am 16. August trafen sich auf einer gemeinsamen Sitzung in Kattowitz der „Deutsche Ausschuß“ (die Nachfolgeeinrichtung des deutschen Plebiszitkommissariats) und der polnische „Oberste Volksrat in Oberschlesien“ (die Zusammenfassung aller polnischen Parteien Oberschlesiens). Alles, was auf deutscher Seite Namen und Rang hatte, war an dieser Versammlung beteiligt. Es sollten hier die Maßnahmen besprochen werden, die geeignet waren, ein friedliches Verhältnis innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens anzubahnen. Man war vorsichtig genug und sagte „anzubahnen“. Denn zahlreiche Stimmen auf deutscher Seite äußerten sehr wenig Vertrauen zu einem Versöhnungsakt zwischen polnisch und deutsch. Zu stark wirkten noch die Erinnerungen an die Greuel des dritten Aufstandes, als daß man mit Begeisterung auf die Ergebnisse einer Besprechung hätte hoffen können, bei der namhafte Leiter des dritten Aufstandes beteiligt waren. Selbstverständlich war es, daß die Blätter des zu jedem Kompromiß bereiten Zentrums voll des Lobes von einer solchen Aktion sprachen. Dagegen aber konnte dem bewußt deutschnational eingestellten Teil der Bevölkerung und seinen Organen nicht verdacht werden, daß sie mißtrauisch blieben. Der „Schwarze Adler“, immer noch das Sprachrohr der Heimattreuen und der ehemaligen Selbstschutzkämpfer, verlangte rundheraus für ein ersprießliches, ehrliches Zusammenarbeiten zwischen polnisch- und deutschgesinnten Oberschlesiern, daß die Polen Oberschlesiens vorerst einmal von der Warschauer Regierung die Einstellung jeder Gewaltpolitik und den Verzicht auf weitere Aufstandsvorbereitungen und Einmarschpläne fordern sollten.

Die Vorbereitungen für einen vierten Aufstand waren auch der Hauptbeweggrund dafür, daß die deutsche Bevölkerung kühl und zurückhaltend auf die Beschlüsse und Aufrufe der Kattowitzer Versammlung einging.

Und trotzdem hatten die getrennt herausgegebenen Aufrufe der beiden nationalen Ausschüsse einen gewissen Erfolg. Zum erstenmal seit der Abstimmung fanden sich wieder Deutsche und Polen an einem Tisch zusammen und besprachen wenigstens das, was anzustreben notwendig schien. In den einzelnen Orten wurden paritätische Ausschüsse gebildet, die den Abbau der kämpferischen Einstellung der Deutschen zu den Polen und umgekehrt in die Wege leiten sollten. Ferner kam man in Kattowitz überein, daß etwa noch vorkommende Ausschreitungen von irgendeiner Seite her gemeinsam nachgeprüft werden sollten. Obwohl derartige Beschlüsse im allgemeinen über die Bedeutung platonischer Liebesbeteuerungen nicht hinauskommen, trafen sich in diesem Falle zufällig allgemeine Kampfmüdigkeit und die versöhnungsbereite Stimmung der Bevölkerung mit den Beschlüssen der politischen Führung. Und soviel auch noch alles Stückwerk war: die Verständigung zwischen polnischen und deutschen Oberschlesiern machte rapiden Fortschritt!

Was war mit diesem Stimmungsumschwung bei den Polen in Oberschlesien anzufangen? Konnte er tatsächlich — wie es einige Blätter taten — für den Nachweis der Unteilbarkeit Oberschlesiens aus nationalen Motiven eingesetzt werden?[169] So erwünscht auch der Stimmungsumschwung bei den Polen der deutschen Publizistik sein mußte: er durfte nicht überschätzt werden in seiner Auswertbarkeit für die Verständigungsarbeit. Gewiß waren große Bevölkerungsteile des Rybniker und Plesser Bezirkes für den Verbleib beim Reich, obwohl sie sich bei der Abstimmung für Polen erklärt hatten. Aber sie waren deshalb noch lange nicht von der polnischen in die deutsche Front übergegangen. Die bitteren Kämpfe während des dritten Aufstandes hatten nicht nur bei der deutschen Bevölkerung unangenehme Erinnerungen zurückgelassen. Auch die Polen hatten solche Erinnerungen. Allerdings waren diese wesentlich anderer Art als die der deutschen Bevölkerung. Sie — die Polen — waren es ja, die mitschuldig waren an den Greueltaten der Insurgenten. Sie empfanden das auch als Schuld. (Woher sonst das zögernde Eingehen auf die Versöhnungsbestrebungen?) Dieses Schuldempfinden verbot ihnen jetzt, von einem Tag zum anderen das Hemd der politischen Anschauung zu wechseln und so zu tun, als ob sie mit Korfanty nie etwas zu tun gehabt hätten.[170] Wenn sie jetzt — aus nüchternen Überlegungen und Abschätzung des materiellen Vorteils heraus — beim Reich bleiben wollten, dann mußte die deutsche Publizistik ihnen diesen Weg erleichtern, ihnen die Gewissensentlastung für das nicht wegzuleugnende Schuldgefühl (Greueltaten!) besorgen. Mit einem Wort: der während der Aufstandszeit gewachsene Haß gegen alles Polnische schlechthin mußte differenziert werden. Nicht *die Polen* waren an den Greueln schuld, sondern *bestimmte* Polen.

In dem Bestreben, die großpolnischen Aufwiegler von jenseits der Grenze für das Unglück der Aufstandszeit alleinverantwortlich darzuzustellen, kamen sich die deutsche Publizistik und die Stimmung der polnischen Oberschlesier entgegen. Die Tatsache des Versagens des Korfanty-Aufstandes — und damit die Aussichtslosigkeit, zu der versprochenen „Korfanty-Kuh" und dem billigen Acker zu kommen — hatte das Abrücken der polnischen Oberschlesier von Korfanty veranlaßt. Und selbst wenn Rybnik und Pleß allein an Polen fielen, war daraus nicht viel zählbarer Gewinn für die dort ansässigen Polen zu erwarten. *Materielle Gründe* waren es also, die den Stimmungsumschwung herbeigeführt hatten. Die Folgerung aus dieser Erkenntnis

[169] Es wurde bereits erwähnt, daß z. B. der „Schwarze Adler" in solcher Absicht arbeitete. Vergl. dazu „Schwarzer Adler" v. 4. Sept.: „Die späte Erkenntnis: Rybniker Polen wollen Anschluß an Deutschland." — v. 11. Sept.: „Der Umschwung in Oberschlesien." — v. 18. Sept.: „Zum Stimmungsumschwung in Oberschlesien."

[170] Wie es zum Bruch der polnischen Oberschlesier mit Korfanty kam, wurde bereits geschildert. s. S. 69.

mußte für die deutsche Publizistik heißen: Die materiellen Vorteile des Verbleibens bei Deutschland müssen in den Vordergrund geschoben werden, um so die Plesser und Rybniker Polen in ihrem Bestreben, sich von Korfanty und dem Großpolonismus zu lösen, zu bestärken.[171] Dann erst — und auf keinen Fall eher — durfte die nationale Seite des Problems vorsichtig benutzt werden.

Aber auch, wenn prinzipiell die Stoßrichtung des Angriffs feststand, mußten sich die Publizisten sorgfältig über die Lage im polnischen Lager orientieren. Es war bei weitem nicht so, daß alle polnischen Oberschlesier ohne Unterschied gleich stark an einem Verbleib bei Deutschland interessiert waren. Von der Masse der Land- und Industriearbeiter über deren Führung bis zu den eingefleischten großpolnischen Agitatoren in der Redaktion der „Grenzzeitung" nahm die Bereitschaft ab, mit dem Bisherigen zu brechen.

Die Masse der Landbevölkerung und der Industriearbeiter war dazu am ehesten geneigt. Sie rückte wirklich energisch von den großpolnischen Bestrebungen nach dem dritten Aufstand ab. Nicht nur, daß sich ehemalige Insurgentenführer und polnische Gewerkschaftsführer ganz offen als Feinde Korfantys erklärten: sie prangerten sogar großpolnische Vorbereitungen für einen vierten Putsch öffentlich an.[172]

Mit dieser Tatsache war eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die schon während des Aufstandes eingesetzt hatte. Die Kampfmüdigkeit der letzten Aufstandswochen war allmählich in eine offene Frontstellung gegen die Putschhetzer übergegangen. Es war kaum mehr anzunehmen, daß ein vierter Aufstand das Land noch einmal und diesmal endgültig ruinieren würde.[173] Die politischen Führer der polnischen Oberschlesier mußten, gezwungen durch die Stimmung im eigenen Lager, gute Miene zum bösen Spiel machen. Aber sie blieben doch eben noch Führer der polnischen Oberschlesier. Und deshalb war die Zurückhaltung großer Teile der deutschen Bevölkerung gegenüber allen „Versöhnungsbestrebungen" durchaus berechtigt. Solange der Nachfolger Korfantys, der Rechtsanwalt Wolny, und der Agitator Rymer noch an der Spitze der polnischen Oberschlesier standen und solange die polnische Presse nicht das Werk der Versöhnung fester anpackte, mußte gezweifelt werden an der Aufrichtigkeit der polnischen Verständigungsbemühungen.[174]

---

[171] Siehe dazu: „Ostd. Morgenpost" v. 15. u. 24. Sept. und 1. u. 4. Okt. 1921.

[172] „Ostd. Morgenpost" v. 2. Okt. berichtete von dem Ersuchen des Führers des Verbandes ehemaliger Insurgenten, die „großpolnischen Mordkommissionen in Kattowitz, Myslowitz und Beuthen" aufzulösen. Demselben Schreiben waren Originalberichte über die polnischen Geheimorganisationen und Namenslisten mit Adressenangaben der Mitglieder solcher Geheimorganisationen beigefügt. Der Unterzeichner des Schreibens war der Führer der ehemaligen Insurgenten!

[173] Vergl. dazu die Erklärungen Dr. Lukascheks in der Pressekonferenz Anfang September 1921. — „Ostd. Morgenpost" v. 9. Sept. 1921.

Nicht ganz eindeutig und sich wohl auch nicht der nüchternen politischen Tatsachen so bewußt war in den beiden letzten Monaten vor der Genfer Tagung die Haltung des „Oberschlesiers". Was der „Schwarze Adler" durch seinen Übereifer für die deutsche Sache zuviel tat, das versäumte der „Oberschlesier". An seiner deutschen Einstellung war nicht zu zweifeln. Er setzte sich wohl für die Unteilbarkeit Oberschleschlesiens mit seiner ganzen Kraft ein, ließ aber dadurch, daß er auch polnische „Beschwerden" und Wünsche allzu kritiklos zum Abdruck brachte,[175] den nötigen politischen Scharfblick vermissen, der ihn sonst auszuzeichnen pflegte. Es konnte eben höchstens eine langsame Verständigung erreicht werden — aber auf keinen Fall eine Versöhnung in kürzester Frist. Bei allem Entgegenkommen des deutschen Oberschlesiens durfte doch nicht vergessen werden, daß nicht die Deutschen es waren, die etwas zu erbitten hatten, sondern die Minderheit der Polen! Gerade das forcierte Umwerben der polnischen Oberschlesier hatte schon oft bei diesen den Trugschluß hervorgerufen, daß sie es seien, auf die es in jedem Falle hauptsächlich ankommen würde. Die Mentalität des Polen ist heute hinreichend bekannt. Das Geltungsbedürfnis, das mit so großem Erfolg von Korfanty eingesetzt wurde zur Verwirklichung seiner Bestrebungen, war und ist ein charakteristisches Merkmal für die politische Haltung der Polen. Die Gefahr des Größenwahns liegt bei kleineren Völkern immer sehr nahe! Um so vorsichtiger muß man zu Werke gehen, wenn man politisch mit solchen kleineren Nationen östlicher Herkunft zu tun hat.

So geradlinig wie die deutsche Publizistik im Einsatz für die Unteilbarkeit Oberschlesiens sich von März 1921 bis Juli desselben Jahres eingesetzt hatte, so verworren war ihre Haltung nach dem Abbruch der Verhandlungen in Paris. Dieser Vorwurf kann ihr leider nicht erspart werden. Ob es nun die allgemeine Kampfmüdigkeit war oder die scheinbare Aussichtslosigkeit jeder Einflußnahme auf den Verhandlungsgang in Paris und später in Genf, ist für die Feststellung des Tatbestandes unwesentlich. Aber daß sich die oberschlesischen Publizisten — kaum waren die Verhandlungen in Paris abgebrochen worden — dazu hergaben, um die innerpolitischen Differenzen vor aller Öffentlichkeit auszutragen, muß als nationales Unglück bezeichnet werden. Ganz abgesehen davon, daß die Zeit und der Kraftaufwand, den man für die Austragung wirtschaftspolitischer und parteidoktrinärer Streitigkeiten einsetzte, an anderer Stelle dringender benötigt wurden: das Aufleben der innerpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der deut-

---

[174] Vergl. dazu den Leiter der „Ostdeutschen Morgenpost" v. 21. August mit der bezeichnenden Überschrift: „Glatteis!" — Es wurde dort von der Verständigung mit den polnischen Oberschlesiern gesprochen. Die „Versöhnung" hielt Dr. Kersting — der Chefredakteur der „Ostd. Morgenpost" — für ein Fernziel, das die Publizistik erst vorbereiten müßte. „Es sind der Haken zu viele, die im Herzen haften!"

[175] „Der Oberschlesier" v. 15. Okt.: „Praktische Verständigungsarbeit."

schen Front hätte dem Gegner zumindest eine Atempause bewilligt, die er — falls sein Propagandaapparat noch einigermaßen intakt gewesen wäre — gut für eine Reorganisation seiner Front benutzen konnte. Es war — in allem Unglück — noch ein Glück, daß Korfanty scheinbar nicht in der Lage war, sich erneut aktiv in den Kampf um Oberschlesiens Unteilbarkeit bzw. in den Kampf um die wankenden Elemente der polnischen Front einzuschalten.

Den Auftakt zu den innerpolitischen Auseinandersetzungen in der oberschlesischen Presse bildete das Attentat auf Erzberger (26. August 1921). Die während des Abstimmungskampfes und — stärker noch — während des dritten Aufstandes gewachsene politisch-nationale Einheit der deutschen Oberschlesier drohte in die Brüche zu gehen. Die mühsam unter dem Druck des übermächtigen Gegners gekittete gemeinsame Front von der politischen Linken bis zur äußersten Rechten brach in dem Augenblick auseinander, als der Gegner scheinbar auf allen Fronten geschlagen war. War er wirklich geschlagen? Und wenn: stand nicht der eigentliche Gegner der unteilbaren Einheit Oberschlesiens ganz woanders? Waren nicht die Alliierten die Ausschlaggebenden für die Zukunft des Landes?

Die drückende Ungewißheit über das Schicksal Oberschlesiens hätte die Publizisten mit um so größerer Besorgnis erfüllen müssen, als gerade in diesen Tagen der Vorsitzende der Völkerbundsversammlung, Baron Ishii, einige für ein ungeteilt bei Deutschland bleibendes Oberschlesien durchaus nicht günstige Äußerungen der Presse übergeben hatte. Aber die innerpolitische Debatte um die Ermordung Erzbergers war schon so weit gediehen, daß es keine Seite mehr wagen wollte, unter Aufgabe des eigenen Standpunktes oder zumindest unter Hintansetzen persönlicher Bedenken, den Streit um die Folgerungen des Erzberger-Attentates abzubrechen.

In Oberschlesien hatten vor allem die Zentrumsblätter — allen voran die „Oberschlesische Volksstimme" — die Angriffe gegen die politische Rechte gerichtet. Daß sie dabei auch vor persönlichen Verunglimpfungen der rechtsnational eingestellten Berufskollegen nicht zurückschreckten, ist mehr als bedauerlich. Es nimmt uns heute zwar nicht wunder, daß innerpolitische Streitigkeiten gegenüber außenpolitischen Erwägungen in damaliger Zeit den Vorzug des Interesses besaßen. Aber daß es gerade oberschlesische Organe waren, die sich — angesichts der Notwendigkeit geschlossenen publizistischen Einsatzes für ein nationales Ziel — zur Selbstzerfleischung hergaben, das ist so verwunderlich, daß Aufklärung darüber am Platze ist. Des Rätsels Lösung ist nicht schwer: Die Zentrumsblätter empfingen ihre innerpolitischen Richtlinien aus Berlin, dem Sitz der Parteifraktion des Reichstages. Die Erregung über das Attentat auf Erzberger schlug auf diesem Wege ihre Wellen bis nach Oberschlesien. Die scharfen Angriffe auf die rechtsnationale Front und auf einzelne Führerpersön-

lichkeiten derselben rief selbstverständlich die rechtsnationale Presse auf den Plan. Die Tonart, in der sich die oberschlesischen Parteipublizisten gegenseitig das Wasser abzugraben suchten, nahm immer schärfere Formen an, obwohl die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens durchaus stark empfunden und geäußert wurde. Aber die parlamentarische Parteimaschine arbeitete nun einmal nach anderen Grundsätzen, als die verantwortlichen Männer in Oberschlesien es für nötig fanden.[176] Die Oberschlesien betreffenden Angelegenheiten wurden von den Haupt- auf die Lokalseiten verbannt. Und das, während in Genf schon die Würfel im Becher lagen! Es muß dem Chefredakteur der „Ostdeutschen Morgenpost", Dr. Kersting, als Verdienst angerechnet werden, daß er immer wieder an seine Berufskollegen appellierte und forderte, daß der innerpolitische Streit auf jeden Fall sofort abgebrochen werden müßte, sollte nicht Oberschlesien darunter leiden.[177] Bis gegen Ende September dauerte der Streit im eigenen Lager und fügte dadurch dem Ansehen der deutschen Sache und dem publizistischen Kampf um die Unteilbarkeit Oberschlesiens einen Schaden zu, der heute kaum mehr meßbar ist. Die Verteidigung des deutschen Anspruches auf Unteilbarkeit Oberschlesiens und die publizistische Führung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens zu einem vernünftigen Ausgleich mit den polnisch Gesinnten hin wurden zeitweilig zur Nebensache.

Die einzige Zeitung, die auch in dieser chaotischen Zeit nicht das große Ziel aller oberschlesischen Publizistik aus den Augen verlor und ihre Leitartikel ganz für dieses Ziel hingab, war der so oft geschmähte „Schwarze Adler". Im Kampf nach allen Seiten hin stand er auf einsamem Posten. Die scharfe Kritik an der „bedenklichen Geistesverwirrung", die in politischer Hinsicht beim „Oberschlesier" herrschte,[178] wurde unterstrichen durch die Veröffentlichung polnischer Geheimbefehle und durch die Wiedergabe polnischer Pressestimmen, die eine Lahmlegung der englischen Kontinentalpolitik durch die irischen Wirren erhoffte. In einem großen Leitartikel[179] stellte er die Lage dar, wie sie Ende September 1921 in bezug auf die Verteidigung des Unteilbarkeitsanspruches herrschte.

---

[176] Vergl. „Ostdeutsche Morgenpost" v. 30. u. 31. August 1921 u. a.

[177] Die Wichtigkeit dieser Schlichtungsversuche und die Dringlichkeit, mit der sie behandelt wurden, erhellt ein persönlicher Aufruf, den Dr. Kersting in der „Ostd. Morgenpost" v. 9. Sept. an die Öffentlichkeit gelangen ließ. Unter dem Titel: „In eigener Sache" versuchte er, die persönlichen Angriffe der „Oberschlesischen Volksstimme" und der „Oberschlesischen Zeitung" durch öffentliche Anprangerung und den Hinweis auf die Notwendigkeit gemeinsamen Einsatzes für die allein wichtige Sache der Zukunft Oberschlesiens zu erledigen und beizulegen. Aber auch dieser Versuch scheiterte.

[178] „Schwarzer Adler" v. 11. Sept. kritisierte die Absicht des „Oberschlesiers", jeder politischen Stellungnahme aus dem Wege zu gehen.

[179] „Schwarzer Adler" v. 18. Sept.: „Unsere große Linie."

Trotz anfänglicher Schwankungen in der Stoßrichtung des Angriffs auf die polnische Stellung in Oberschlesien, hatte sich der „Schwarze Adler“ Ende September so weit von allem schädlichen Extremismus distanziert, daß er fortan wieder zu den maßgeblichsten publizistischen Organen gerechnet werden muß. Er unterstützte geschickt die gegen die kongreßpolnischen Hetzer und deren Strohmänner gerichtete „Los-von-Warschau“-Bewegung der polnischen Oberschlesier. Selbst der freistaatliche „Bund der Oberschlesier“, der bei den Polen starke Sympathien besaß, mußte für die Argumentierung der Parole „Unsere Zukunft liegt nur bei Deutschland!“ herhalten. Am 18. September hatte nämlich der „Bund der Oberschlesier“ eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, in der er die Forderung aussprach: „Oberschlesien muß ungeteilt bleiben — und autonom werden!“[180] So erwünscht eine derartige Äußerung des „Bundes der Oberschlesier“ gerade der deutschen Sache war,[181] sie hatte doch einen Haken: die Forderung nach der völligen Autonomie Oberschlesiens!

Der „Bund der Oberschlesier“ hatte durch den Zustrom enttäuschter Korfantyanhänger[182] neuen Auftrieb erhalten. Daß sich in aller Stille eine dritte Front in Oberschlesien entwickeln konnte, ist auf das Konto der unglückseligen Streitigkeiten über innerpolitische Dinge Deutschlands als Schuld zu buchen. So wird noch einmal die Behauptung bewiesen, daß es für die oberschlesische Publizistik nach dem Versagen der Pariser Tagung des Obersten Rates wohl noch Aufgaben gab, die hätten gelöst werden können und müssen. Jetzt wirkte sich das Versäumnis um so stärker aus, weil 1. die für die deutsche Sache zu gewinnenden ehemaligen Korfantyanhänger bereits von dem zweifelhaften „Bund der Oberschlesier“ mit Beschlag belegt waren und dadurch 2. den Engländern die Möglichkeit gegeben war, ihren Plan zur Errichtung eines „Freistaates Oberschlesien“ erneut — und diesmal sogar mit dem Schein der Berechtigung — den ratlosen Völkerbundssachverständigen als Lösung des gordischen Knotens anzubieten.

Die Adresse des „Bundes der Oberschlesier“ an den Völkerbund (18. September) war tatsächlich der Startschuß für die neue, letzmalige Anstrengung Englands, ein Kompromiß herbeizuführen. Die Aktivität der Briten steigerte sich von Tag zu Tag. Das Hin und Her in der oberschlesischen Frage wurde allmählich zu einem „Oberschlesischen Rätselraten Nr. 3“.[183] Die Engländer hatten nämlich in ihren Zeitungen den Versuchsballon einer zweiten Abstimmung aufsteigen lassen und vermehrten so das Durcheinander. Da die Bevölkerung gegen

---

180 „Schwarzer Adler“ v. 25. September 1921.

181 Im „Bund der Oberschlesier“ hatten sich in den letzten Monaten vor allem die polnischen Oberschlesier eine Plattform geschaffen, die zwar von Warschau abrückten, für ein sofortiges Übergehen in die deutsche Front noch nicht zu haben waren.

182 Vergl. dazu S. 72, S. 78 ff. und die Anmerkungen auf S. 79/80.

183 „Ostdeutsche Morgenpost“ v. 25. Sept. 1921.

eine Teilung Oberschlesiens sei, so hieß es dort, eine solche aber nach den vorliegenden Abstimmungs- und Beratungsergebnissen „nicht vermieden werden könne" (!), sollte eine nochmalige Abstimmung eine neue Unterlage für die endgültige Regelung ermöglichen. Daraufhin wurden die Beratungen der Sachverständigen unterbrochen. Es handelte sich also hier wirklich nicht etwa um ein Gerücht, sondern um einen realen Vorschlag der Briten.

Die Verwirrung in allen Lagern war groß.[184] Jetzt endlich besann man sich in den Redaktionszimmern und ließ den Streit um innerpolitische Dinge fallen. Die Möglichkeit einer neuen Abstimmung und damit neuer Unruhe, neuer polnischer Gewalttaten wirkte wie ein Angriff auf alle bisherigen Erfolge. Obwohl doch eine neuerliche Abstimmung sicherlich eine Mehrung der deutschen Stimmen gebracht hätte, erkannte man bald die Absicht, die der Idee einer solchen Abstimmung unterlag: es sollte ein Fundament für die englische Freistaatidee geschaffen werden! Dann aber — und dieses Argument war im Augenblick das beste, um die Ausweitungen des Planes zu verhindern — hätte das gesamte Diktat von Versailles revidiert werden müssen. Die Schaffung eines Freistaates Oberschlesien war in dem Vertragstext auch nicht einmal andeutungsweise vorgesehen. Und warum sollte auch eine neue Abstimmung veranstaltet werden, wenn von vornherein feststand, daß eine solche Abstimmung die Unteilbarkeit des Industriegebietes bestätigen würde? Warum sprach man dann nicht gleich die Unteilbarkeit des Industriebezirkes aus und teilte es — den Stimmenzahlen entsprechend — Deutschland zu?

Es traf sich sehr günstig, daß gerade in diesen Tagen die internationale Gewerkschaftsdelegation, die im Juni 1921 Oberschlesien studienhalber besucht hatte, die Ergebnisse ihrer Untersuchungen dem Oberschlesischen Ausschuß des Völkerbundsrates mitteilte. Wieder einmal wurde hier die Unteilbarkeit des Industriebezirkes an Hand von nüchternen und unbedingt unparteiischen Prüfungsergebnissen nachgewiesen. Allein die sachlichen Gründe — so hieß es in dem Bericht der Internationalen Gewerkschaftsdelegation — für ein Verbleiben des Industriegebiets bei Deutschland und die politischen Rücksichten, die evtl. für Polen sprächen, seien den sachlichen Gründen unterzuordnen.[185] Unterdessen aber hatte der Oberschlesische Ausschuß in Genf seine Untersuchungen wieder aufgenommen. Der englische Plan war gescheitert.

[184] Eine Darstellung der Lage nach dem „Vermittlungsvorschlag" der Engländer Ende September 1921 gibt der Leiter der „Ostdeutschen Morgenpost" v. 27. Sept.: „Die Genfer Sackgasse."

[185] Siehe dazu: „Die Lösung der oberschlesischen Frage. Bericht der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Delegation (Juni 1921)", Amsterdam 1921.

Die Sachverständigen und der Oberschlesische Ausschuß des Völkerbundsrates.

Am 29. August hatte der Völkerbundsrat seine erste Sitzung, die damit endete, daß für die Prüfung der aufgeworfenen Frage und zur Vorbereitung der Entscheidung eine „Viererkommission" eingesetzt wurde. Diese später auch unter der Bezeichnung „Viererrat" oder „Viererausschuß" segelnde Kommission bestand aus dem Vertreter Belgiens, Hymans, der den Vorsitz führte, dem Vertreter Brasiliens, da Cunha, dem Spaniens, Quinones de Leon, und dem Chinas (!), Wellington Koe. Hymans galt von vornherein als Exponent der Franzosen; von de Leon nahm man an, daß er den englischen Standpunkt vertreten und einen Ausgleich zwischen Frankreich und England versuchen würde. Was es bedeutete, daß der französische Exponent gleichzeitig Präsident des Viererausschusses wurde, schien man in publizistischen Kreisen entweder nur gefühlsmäßig zu erfassen oder man hat es versäumt, diesen Umstand genauer durchzudenken. Es hätte zwar praktisch wenig Sinn gehabt, die Bestellung gerade eines Belgiers zum Vorsitzenden anzufechten (wer hätte das auch tun sollen?), aber wenn man genaue Vorstellungen von den Befugnissen des Vorsitzenden gehabt hätte, würde seine richtungweisende Bedeutung für die Art und Weise der Untersuchungen den Publizisten nicht entgangen sein. Daß man aber mit einem unbegründeten Optimismus an die Beurteilung der Ausschußsitzungen ging — sowohl in diplomatischen wie publizistischen Kreisen —, mag den Grad der Enttäuschung über die Ende September allmählich durchsickernden höchst ungünstigen „Untersuchungs"-ergebnisse bis zum beklemmenden Gefühl eines vor seiner sicheren Verurteilung stehenden unschuldigen Angeklagten gesteigert haben.

Der Viererausschuß hatte nämlich von der Möglichkeit, „Sachprüfer" aus bisher nicht an den Verhandlungen beteiligten Staaten zu ernennen, Gebrauch gemacht.[186] Der Tschecho-Slowake Dr. Hodacz, Direktor eines Prager Industrieunternehmens und Jurist, und der Direktor einer großen Eisenbahngesellschaft der Schweiz, Dr. Herold,

[186] Vergl. dazu die Pressemeldungen über die 1. außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates. Dieser beschloß die Einsetzung einer aus vier Vertretern bisher an den Oberschlesien betreffenden Verhandlungen unbeteiligter Staaten und gab diesem Viererausschuß die Möglichkeit, Sachprüfer zu bestimmen. Es wurde zwar nicht gesagt, wer diese Sachprüfer zur Ernennung vorschlagen sollte. Nach allgemein üblichem Brauch dürfte das der Vorsitzende des Ausschusses, also der Belgier Hymans, gewesen sein! Daß von den Vertretern Chinas, Brasiliens und Spaniens — also von Staaten, die an den zentraleuropäischen Verhältnissen völlig desinteressiert waren — irgendwelche begründeten Einsprüche gemacht werden konnten gegen die vom Vorsitzenden getroffene Auswahl der Sachprüfer, ist von den Franzosen sicher mit in Rechnung gebracht worden. So blieb also der Vorschlag des französischen Exponenten Hymans unangefochten.

wurden mit der Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens betraut und ihnen zur Hilfe zwei Sekretäre des Völkerbundes, der Franzose Dénis und der West-Schweizer von Montenac, beigegeben.

Die Verhandlungen über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Teilung blieben dem Viererausschuß vorbehalten. Die Aufgabe der Sachprüfer sollte es lediglich sein, sich von den Einwohnern Oberschlesiens, von Polen sowohl wie von Deutschen, Informationen über die Verhältnisse einzuholen, diese zu sammeln und dem Viererausschuß dann vorzutragen. Schon die Art und Weise, wie und worüber sich die Sachprüfer informierten, ließ erahnen, daß ihre Aufgabe auf bestimmte Sachgebiete vom Viererausschuß beschränkt worden war. Und als Ende September 1921 zunächst der Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Bergrat Dr. Geisenheimer, dann auch der Vorsitzende des Vereins, Dr. Williger, und der Syndikus, Dr. Tomalla, vor die Sachprüfer zitiert wurden, schien die Frage, ob das Industriegebiet geteilt oder nicht geteilt werden könne, bereits vom Viererausschuß dahingehend entschieden zu sein, daß eine nord-südliche Teilungslinie bereits als Verhandlungsziel galt. Es drehte sich scheinbar nur um die Frage, welche Ortschaften und größeren Industrieunternehmungen angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Verknüpfungen deutsch und welche polnisch werden sollten.[187]

Es scheint, nach dem, was bisher über den Verlauf der deutschen Bemühungen um eine sachgerechte Prüfung der Frage verlautbart wurde, der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses, Dr. Lukaschek, gewesen zu sein, der die Gefahr zuerst erkannte, die in der seltsamen Prüfungsmethode des Viererausschusses lag. Er sprach in der Pressekonferenz über die Lage in der Oberschlesien-Frage und bat dringend um Unterstützung der Presse. Sie sollte den Viererausschuß bewegen, seine Untersuchungen durchzuführen![188] Auf diese Anregung hin unternahmen dann auch die führenden Publizisten Oberschlesiens den Versuch, den Viererrat zur Prüfung der oberschlesischen Frage durch Entsendung von Sachverständigen nach Oberschlesien zu bewegen. Sehr geschickt wurde dabei vor allen Dingen auf die englische Mentalität Bedacht genommen. Es wurde angedeutet, daß die oberschlesischen Arbeiter, einmal dem polnischen Staat zugeteilt und seiner Finanz- und Wirtschaftskatastrophe ausgeliefert, eine sichere Beute des Bolschewismus würden.[189]

Die britische Aktivität in der oberschlesischen Frage steigerte sich dann auch bald. Der Freistaat-Plan wurde wieder hervorgeholt. Am

[187] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", S. 167 ff.

[188] Vergl. „Ostd. Morgenpost" v. 9. Sept. 1921 u. a.

[189] „Ostd. Morgenpost" v. 30. Sept. — „Oberschlesien und die bolschewistische Gefahr" — gibt eine kommunistische Stimme aus Oberschlesien wieder, die den Anfall Oberschlesiens an Polen begrüßte.

Preis 1 Mk [illegible] 24 September 192[illegible]

DER PIERON

Nach der Teilung Oberschlesiens.

Zeichnung von [illegible]



Die Chirurgen [illegible]

8. September bat Lord Robert Cecil um eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage. Engländer und Franzosen der IK machten Informationsreisen in das Industriegebiet. Sogar Sir Harald Stuart begab sich in die Gegend von Pleß und Rybnik, um, wie es hieß, sich eine eigene Anschauung von dem Plesser und Rybniker Wunsche nach Verbleiben bei Deutschland zu verschaffen. Bald nachdem der Deutsche Ausschuß ein Telegramm an den Viererrat gerichtet hatte mit der Bitte, Sachverständige nach Oberschlesien zu schicken und diesen Wunsch damit unterstrich, daß nur eine auf eigener Anschauung beruhende Entscheidung von der Bevölkerung als gerecht empfunden werden würde, kamen aus Genf Nachrichten, die besagten, daß der Viererrat der Bitte des Deutschen Ausschusses stattgeben wolle.

Aber wie sah die Erfüllung der Bitte tatsächlich aus? — Der Ausschuß (nach einer anderen Lesart sind es die Sachprüfer gewesen) schickte wohl Sachverständige nach Oberschlesien. Aber er gab diesen Sachverständigen nur die Aufgabe, bestimmte einzelne noch ungelöste Fragen durch Rückfragen im Lande selbst zu klären! Nichts von einer selbständigen, sachlichen Prüfung!

Und am 20. September schon gab der Viererausschuß bekannt — was er sonst vermieden hätte — daß jeder der vier Beteiligten seine Ausarbeitung beinahe fertiggestellt hätte und daß die Entscheidung über Oberschlesien wahrscheinlich in der zweiten Woche des Oktober fallen würde.

Obwohl also auf die grundsätzliche Haltung des Viererausschusses kein Einfluß mehr auszuüben war, klammerte sich alles auf deutscher Seite an die letzte Möglichkeit: die Sachverständigen! Die deutsche Regierung ließ durch den Reichskanzler mehrmals ihre Sorge um Oberschlesien publizieren. Ferner ließ sie eine umfangreiche Denkschrift oberschlesischer Verbände[190] durch den deutschen Konsul in Genf überreichen. Es ist fraglich, ob diese Denkschrift von den Sachverständigen überhaupt gelesen wurde. Als auch die Engländer immer unruhiger wurden und „Vermittlungsvorschläge" in ständig neuer Auflage der Öffentlichkeit übergaben,[191] wußte allmählich auch der gläubigste Optimist, was die Glocke geschlagen hatte. Die Franzosen streuten eifrig

---

[190] „Denkschriften der wirtschaftlichen und sozialen Verbände Oberschlesiens und Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. September 1921." o. O. 1921.

[191] So z. B. verlautete noch am 4. Oktober, daß England vorgeschlagen habe, den Polen etwas mehr Bevölkerung, Deutschland jedoch das Industriegebiet zuzuteilen.

[192] Die Agentur Havas war das Zentrum all dieser Lügenaktionen, so daß mit Recht angenommen werden kann, daß zumindest die franzosenfreundlichen Mitglieder des Viererausschusses nicht ganz dicht gehalten haben und den Verdrehungen der Agentur Havas Handlangerdienste leisteten. Vergl. dazu die regelmäßig auftauchenden Sensationsnachrichten über den Anfall von Kattowitz und Königshütte an Polen in den Boulevard-Blättern des Reiches und Oberschlesiens. Außerdem: „Ostdeutsche Morgenpost" v. 7. Oktober — Leiter: „Genfer Mastenten!"

Tartarennachrichten aus über den Umfang des an Polen fallenden Gebietes und verwirrten so die Oberschlesier immer mehr.[192]

Die Mitglieder des Viererausschusses gaben dann endlich am 4. Oktober bekannt, daß das Gutachten — ein Collaborat aus den vier Eigenberichten der Mitglieder des Ausschusses — fertiggestellt sei und alsbald dem Völkerbundsrat zugeleitet werde.

Wie der geschäftstüchtige Dramatiker sein Publikum durch bewußtes Hinauszögern des spannungslösenden Schlußeffektes zu erregen weiß, so hielten auch die Genfer „Schiedsrichter" mit der Bekanntgabe des Resultates ihrer Bemühungen noch tagelang hinter dem Berge. Und sooft auch die beruhigenden Darstellungen der Lage in den oberschlesischen Tageszeitungen erschienen: jeder wußte, daß diesmal endgültig eine Entscheidung herbeigeführt war und diese für Deutschland auf jeden Fall ungünstig lauten würde!

Noch schienen die Briten nicht ganz auf ihre Einwirkung verzichten zu wollen. Auf den von den Franzosen in die Presse lanzierten Wunschtraum einer „Provisorischen Regierung für Oberschlesien" spannten sie noch einmal die Freistaatidee vor den Wagen ihrer Diplomatie. In spanischen Blättern sogar ließen sie ihren Vorschlag betr. der Nichtteilung des Industriegebietes ihren lieben französischen Nachbarn und Bundesgenossen flehentlich unterbreiten . . . Das Gutachten erfuhr keine Änderung mehr! Am 12. Oktober wurde der Völkerbundsrat sich einig und übermittelte das Gutachten als Vorschlag für die Grenzziehung in Oberschlesien dem Obersten Rate.

Es ist schwer, die Haltung der deutschen Publizistik in den letzten 10 Tagen vor der endgültigen Bekanntgabe des Genfer Gutachtens als Entscheidung des Obersten Rates (20. Oktober 1921) so eindeutig zu bestimmen, wie es sonst in dieser Arbeit versucht wurde. Die große Linie, die bisher auch in den kleinsten publizistischen Aktionen durchschimmerte, fehlt nun völlig. Die letzten zehn Tage waren so erfüllt von der Grausamkeit herniederprasselnder Schicksalsschläge, daß es kaum mehr möglich ist, den vom Führungswillen diktierten Veröffentlichungen in den Tageszeitungen irgendeine Bedeutung beizumessen. Die Tatsachen waren durch ein noch so geschickt eingeschobenes Fragezeichen nicht mehr umzudeuten. Aus der Fülle der Nachrichten, die kommentarlos den Inhalt aller Zeitungen bestimmten, war nur eine Gewißheit zu entnehmen: die ein halbes Jahr lang geführte Schlacht um ein ungeteiltes Oberschlesien war verloren!

Was sollen wir tun?

Gerade in diesen Tagen wurden die Leitartikel mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen. Man erwartete von den Publizisten die Beantwortung der Frage. Wenn die Publizistik nicht ihren Führungsanspruch verlieren wollte, mußte sie — allein sie war dazu berufen —

Oberschlesische

Volksstimme

Organ der Katholischen Volkspartei Oberschlesiens

1000 Mark

47. Jahrgang — Morgen-Ausgabe — Mittwoch, den 12. Oktober 19

Reichskanzler werde hart! Wir Oberschlesier sind es!

Ein letzter Appell vor der Entscheidung!

Antwort geben. Wo die Diplomatie keinen Ausweg mehr wußte, wo selbst viele Landeskinder bereit waren, alles über sich ergehen zu lassen, um nur endlich einmal der nervenfressenden Ungewißheit ledig zu sein, da hat sich die oberschlesische Publizistik fest gezeigt. Nicht nur die Leitartikler, sondern auch die politischen Führer der Bevölkerung haben, vor ihrer Existenzfrage stehend, Antwort gegeben auf die unheimliche Frage: Was sollen wir tun?

Der „Deutsche Ausschuß" war es, der die Initiative an sich riß. Und wie es immer ist, wenn in turbulenten Zeiten niemand mehr aus und ein weiß und nur einer einen Rat weiß: man fragt nicht viel, wer und was; man folgt dem Befehl.

Als trotz aller Unstimmigkeiten im Obersten Rat[193] es klar war, daß es zu einer Teilung Oberschlesiens kommen würde, wandte sich der „Deutsche Ausschuß" in einem Telegramm an den Reichskanzler. Siegen konnte das deutsche Recht auf Oberschlesien nur, wenn das Reich bereit war, auch die Gefahr eines Konfliktes mit den Alliierten auf sich zu nehmen und den Entscheid des Obersten Rates abzulehnen. Auf Betreiben des „Deutschen Ausschusses" hatten sich die Fraktionen der Regierungskoalition — Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten — an ihre Vertreter in der Regierung gewandt und diesen angedeutet, daß bei Annahme der Entscheidung, die die Teilung Oberschlesiens vorsah, ein Verbleiben der betr. Parteimitglieder in der Regierung undenkbar sei!

Also: wenn die Regierung den Entscheid annimmt, wird sie gestürzt!

In dem Telegramm des „Deutschen Ausschusses" hieß es am Schluß wörtlich: „Reichskanzler, werde hart! Wir sind es!"

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte sich am gleichen Tage an die Regierung gewandt und ihre Unterstützung für „jede Maßnahme, die geeignet ist, Oberschlesien ganz und ungeteilt dem Deutschen Reich zu erhalten," angeboten.

Das, was seit der Abstimmung nicht mehr der Fall gewesen war, wurde Tatsache: alle Parteien wollten sich hinter die Regierung stellen, wenn diese den Schiedsspruch ablehnte!

Jetzt setzte auch, obwohl nirgendwo eine große zusammenfassende Organisation vorhanden war, der Strom der Protesttelegramme ein. Körperschaften, Verbände, Einzelorganisationen und bekannte Privatpersönlichkeiten sandten dem Völkerbund und den maßgeblichen Leitern der alliierten Außenpolitik spontane Willenskundgebungen, die zumindest diese über die Aufnahme des Schiedsspruches nicht im unklaren ließen.[194] Bei der Eindeutigkeit aller dieser Proteste darf aber nicht vergessen werden, daß sie immer nur in Erwähnung brachten, welchen

---

193 „Ostdeutsche Morgenpost" v. 10. Oktober berichtet, daß England nicht bedingungslos zu der Anwendung des Gutachtens stehe. — v. 11. Oktober: das Unterhausmitglied Kennworth bezeichnete in der „Times" jede Teilung Oberschlesiens als ein Verbrechen.


Donnerstag, 13

Kattowitzer Zeitung

Oberschlesisches Handelsblatt · Allgemeiner Anzeiger für den oberschlesischen Industriebezirk

Oberschlesien will deutsch bleiben!

Schaden die Oberschlesier selbst bei einer Teilung erleiden würden. Ein Protesttelegramm, das die Ententestaaten auf die Folgen aufmerksam machte, die sie bei einer Teilung Oberschlesiens erleiden und tragen müßten, war das der Arbeiter- und Beamtenverbände. Es hieß in dem Protesttelegramm u. a.: Die 14 Millionen Mitglieder der Verbände hätten sich hinter das Erfüllungsprogramm der Regierung (Wirth!) gestellt. Wenn aber Oberschlesien geteilt und z. T. polnisch würde, wäre die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich!

Hier war tatsächlich der stärkste Trumpf ausgespielt, den Deutschland in der Hand hatte. Die ganze lebensvernichtende Diktatarbeit von Versailles und Genf war in ihrem Nerv getroffen. Frankreich brauchte die Reparationsleistungen. England fürchtete, daß — falls Frankreich zu militärischen Sanktionen schreiten würde, um die Zahlungen zu erzwingen — es sich von seinem Bundesgenossen trennen müßte. In England hätte sich nämlich kein Politiker gefunden, der die Franzosen bei einem solchen Schritt unterstützt hätte. Damit würde aber die Entente gesprengt worden sein! Die Hegemonie der Franzosen auf dem Kontinent wollten die Briten zu keiner Zeit zulassen.

Tatsächlich schien sich so das Blatt plötzlich zu Deutschlands Gunsten zu wenden.[195] Die Engländer fanden einen formalen Grund für eine Verzögerung der Bekanntgabe des Entscheids. Die Frage, ob das Gutachten von Genf als letztes Wort in der Oberschlesien-Frage zulässig sei oder ob vorher noch einmal der Oberste Rat über die Zulässigkeit entscheiden müßte, war der Anlaß. Noch war also das letzte Wort nicht gesprochen. Frankreich behauptete, daß das Gutachten allein bereits genüge und brachte in Erwähnung, daß sich alle Mitglieder des Obersten Rates verpflichtet hätten, den Entscheid des Völkerbundes anzunehmen. England dagegen verlangte, der Oberste Rat sollte in London zusammentreten und über die Rechtsgültigkeit eines solchen Verfahrens befinden.

Oberschlesien und das Reich fieberten in der letzten Hoffnung. Sogar die IK in Oppeln äußerte Bedenken gegen den Genfer Entscheid und fand in ihm „keine ideale Lösung der oberschlesischen Frage".

---

194 Kattowitz sandte am 12. Oktober an den Völkerbund, Lloyd George, Briand, Bonomi und den japanischen Botschafter in Paris ein Telegramm, in dem es hieß: „In der Stadt Kattowitz sind bei der Volksabstimmung mehr als 85 % der Stimmen für Deutschland abgegeben worden. Eine Zuteilung der Stadt an Polen wäre eine grobe Mißachtung des Abstimmungsergebnisses!" Nach der Versicherung, daß die Wirtschaftsverbindungen der Stadt zum Mutterland lebenswichtig seien, hieß es: „Wir fordern deshalb, gestützt auf das feierlich verbriefte Recht der Selbstbestimmung, die Stadt Kattowitz bei Deutschland zu belassen!" — Die Heimattreuen Verbände warfen den Entente-Staatsmännern politischen Schacher vor und stellten Bruch des Friedensvertrages fest.

195 Der Leiter der „Ostd. Morgenpost" v. 13. Oktober: „Am Wendepunkt!"

Die oberschlesische Publizistik setzte zu einem letzten Angriff an. Jetzt — oder nie! . . . Den klarsten Eindruck von diesem letzten Angriff für ein ungeteilt bei Deutschland bleibendes Oberschlesien vermittelt der Leiter der „Ostdeutschen Morgenpost" vom 14. Oktober 1921, der unter dem Titel „Die letzte Hoffnung" sachlich nüchtern die Situation schilderte. Das Argument der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands bei Verlust eines Teiles von Oberschlesien wurde mit aller Wucht in den Kampf geworfen. Man müßte, so hieß es, die Engländer fernerhin darauf aufmerksam machen, daß die Entscheidung in Deutschland Folgen haben würde, die über einen Ministersturz hinausreichten!

Der Kommunismus — und vielleicht auch eine anarchische Erhebung nationaler Kreise — —! Die Andeutung solcher Folgerungen mußte die Engländer in ihrem Bemühen bestärken, den Franzosen ein „Nein!" entgegenzusetzen. Die grundsätzliche Stellung nach außen hin war genommen. „Papierene Beschlüsse, die am grünen Tisch gefaßt werden, können vielleicht auf kurze Dauer den natürlichen Gang der Entwicklung beschneiden, aber sie werden es niemals vermögen, deutsches Land polnisch zu machen!"

Und nachdem nach außen die Stellung gezeichnet war, konnte die Widerstandsfront im Inneren errichtet werden.

„Hauptsache ist, daß die Entscheidung, mag sie noch so ungünstig sein, das deutsche Volk Oberschlesiens einig findet! Hauptsache aber ist auch, daß nicht nur die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens, daß das ganze deutsche Volk einig ist!"[196]

Ganz bewußt ging also die Publizistik darauf aus, das deutsche Volk darauf vorzubereiten, den Sanktionsmaßnahmen Frankreichs eine feste Mauer gegenüberzustellen, die man auch mit Waffengewalt nicht so leicht überspringen konnte.

Noch deutlicher wurde dieses Bemühen in dem zweiten dringenden Telegramm des „Deutschen Ausschusses" vom 15. Oktober 1921, in dem von der deutschen Regierung gefordert wurde, sie solle die Entscheidung nicht annehmen, ohne Oberschlesiens Vertreter gehört zu haben. „Hart gegen hart!" — „Wir sind gewillt, Schweres zu tragen und erwarten das auch von unserem teuren Vaterlande!"

An dem gleichen Tage war die Teilung des Industriebezirkes, wie sie der Völkerbundsausschuß vorgeschlagen hatte, beschlossen worden. Die Engländer waren umgefallen. Die Botschafterkonferenz nahm das Gutachten von Genf an!

Alle Kräfte auf deutscher Seite waren — endlich einmal — zum gemeinsamen Widerstand zusammengetreten! Die Wirkung dieses geschlossenen Willens zum Widerstand machte sich auch sofort bemerkbar:

---

196 S. o. Leiter der „Ostdeutschen Morgenpost" v. 14. Oktober 1921.

Wanderer

Ein letzter Waffengang?

Der Diplomatenkampf hinter den Kulissen.

Berlin, 15. Oktober. Aus Regierungskreisen verlautet, daß England durch die [illegible] ist. Trotz hartnäckiger Gegenbekämpfung aus Paris kann versichert werden, daß die [illegible] nicht als Endentscheidung anerkennt. Auch kann versichert werden, daß Amerika bereits [illegible] eine Entscheidung, die den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch Deutschlands befürchten läßt." Ein [illegible] Waffengang, der bereits hinter den Kulissen mit aller Heftigkeit entbrannt ist, dürfte in den ersten Tagen der kommenden [illegible] Entscheidung kommen.

Oberschlesien verloren!

[illegible]

Widersprüche über Widersprüche

England stimmt zu.

London, 13. Oktober. [illegible] Der englische Ministerrat hat gestern [illegible] Sitzung beschlossen, die Genfer Entscheidung über Oberschlesien [illegible] anzunehmen. [illegible]

[illegible]

An des Schicksals Wende.

× Berlin, 13. Oktober. [illegible]

Wie Deutschland verliert.

[illegible]

Neue Frankreich-Forderungen.

[illegible]

Politik des Augenblicks

[illegible]

Kaum war der deutsche Entschluß zum Widerstand nach London gedrungen, da wurde den Engländern das Nachgeben gegenüber dem französischen Drängen wieder leid. Wie verzweifelt die Briten nach einem Ausweg suchten, wird aus den „Gerüchten“ ersichtlich, die plötzlich von England her die Verwirrung in der Presse vermehrten. Es hieß, man wolle den — längst begrabenen — Plan einer zweiten Abstimmung wieder ans Tageslicht zerren![197] Aber es gab für England kein Zurück mehr. Die Teilung war beschlossen!

Doch das sollte nicht die letzte Klippe sein, die Frankreich zu umschiffen hatte, um seinem polnischen Verbündeten zu helfen. Dem Grenzentscheid nämlich (der, wie gesagt, der deutschen Öffentlichkeit in Form und Inhalt noch nicht genau bekannt war) war ein Zwangswirtschaftsabkommen Deutschlands mit Polen beigefügt worden, in dem Deutschland nicht mehr und nicht weniger zugemutet wurde, als dem neuen Besitzer oberschlesischer Industriebezirke, Polen, zu helfen, die „neuerworbenen“ Gebiete lebensfähig zu halten![198] Dieses Zwangswirtschaftsabkommen war vom Obersten Rat zur Bedingung für die Bekanntgabe des Entscheids gemacht worden. Also: ehe sich Deutschland mit dem künftigen Besitzer eines Teiles seiner Gebiete nicht darüber geeinigt hatte, wie es zur Erhaltung der Lebensfähigkeit dieser Gebiete beitragen wollte, sollte der Entscheid nicht Geltung haben. Auf gut Deutsch: Man hatte in Genf und Paris sehr wohl erkannt, daß die dekretierte Teilung des Landes, Oberschlesien in beiden Teilen auf lange Zeit lebensunfähig machen würde. Für den Irrsinn dieser Entscheidung sollte aber nicht etwa die Entente aufkommen, sondern — Deutschland!

In dem Versailler Diktat war die Möglichkeit eines solchen Zwangsvertrages weder angedeutet noch in Aussicht genommen. Und daß Deutschland eine „schiedsrichterliche Entscheidung“ (ein solches wollte doch das Genfer Gutachten sein) einer Institution annehmen sollte, der es gar nicht angehörte — also dem Völkerbund —, war eine Zumutung, die nur der blinde Vernichtungswille der französischen Diktatpolitiker erdenken konnte.

Noch war der Zwang zum wirtschaftlichen Übereinkommen mit Polen nicht Tatsache. Die Engländer machten auch hier Schwierigkeiten. Sie forderten ein juristisches Gutachten des Völkerbundes, ob es im Sinne des Versailler Diktates angängig sei, ein solches Zwangs-

[197] Daß trotzdem einige Tage nach Auftauchen dieses Gerüchtes der deutsche Reichstag (!) sein „Einverständnis“ zu einem solchen Unternehmen kundgab, beweist die heillose Unkenntnis der Parlamentarier in oberschlesischen Dingen. Von Berlin aus ließ sich selbstverständlich eine zweite Abstimmung gut überstehen. Denn: die Greuel spielten sich ja einige hundert Kilometer ostwärts ab.

[198] Der „Pieron“ brachte auf diese später ja Tatsache gewordene Zumutung eine Karikatur, in der Oberschlesien als eine Kuh dargestellt wurde, die — in zwei Teile gehackt — Deutschland füttern sollte, damit Polen die so kostenlos gefütterte ungestört melken konnte.

abkommen zur Vorbedingung der Bekanntgabe des Grenzentscheids zu machen!

Warum diese neuerliche Hemmung der Engländer? — Daß der auf die Grenzentscheidung hin ausbrechende Wirtschaftskrieg zwischen Deutsch-Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien unvermeidlich gewesen wäre, wurde von niemandem bestritten. Und wer letztlich der Sieger in diesem Streit geblieben wäre, war ebenso klar.[199] Die Engländer fürchteten nun nicht etwa die Oberschlesien betreffenden Folgen eines Wirtschaftskrieges, sondern sie erwarteten, daß — wenn das Zwangsabkommen zur Bedingung für die Bekanntgabe des Genfer Schiedsspruches gemacht würde — das Kabinett Wirth zurücktreten müßte und andere noch weitergehende Folgen eintreten könnten! (s. u.[199])

Die Franzosen jedoch wollten unter allen Umständen den Polen die wirtschaftliche Ausbeute des ihnen zugewiesenen Gebietes garantieren und scheuten weder den Vorwurf des Vertragsbruches noch die Möglichkeit einer neuen militärischen Sanktion zur Eintreibung der Tribute, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit England hin!

Die brutale Gewalt sollte auch diesmal das letzte Wort sprechen!

Die oberschlesische deutsche Publizistik blieb fest bei ihrem Willen und der Forderung nach Ablehnung des Entscheids. Allenthalben in Oberschlesien bereitete man sich auf die Folgen der mit Sicherheit erwarteten deutschen Weigerung vor. Es ging tatsächlich hart auf hart!

Was am 19. Oktober, dem Vorabend der Bekanntgabe der Entscheidung, sich im Obersten Rat abgespielt hat, ist noch heute nicht eindeutig festgestellt. Tatsache ist nur, daß die Engländer auch auf diese letzte Zumutung der Franzosen hin nachgaben! England segelte völlig im Schlepptau der französischen Kontinentalpolitik!

Es wurde in der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz die einstimmige Anerkennung des Genfer Gutachtens erreicht.

Deutschland mußte sich bereit erklären, mit Polen ein Wirtschaftsabkommen zu schließen, in dem es sich verpflichtete, 15 Jahre lang das an Polen fallende Gebiet wirtschaftlich zu stützen!

Am 20. Oktober 1921 wurde der Genfer Schiedsspruch der deutschen und der polnischen Regierung übermittelt. Die Botschafterkonferenz drohte in dem Schreiben mit Sanktionen, wenn das Diktat nicht angenommen würde.

---

199 Die ausländischen Sachverständigenkreise, die „erstaunt und enttäuscht" waren über den Teilungsentscheid, erwarteten ein allmähliches Absterben des polnischen Teiles, da Beamte, Techniker, Lehrer und Facharbeiter auswandern würden. — Zeitungsmeldungen vom 20. Oktober.

Der Tragödie letzter Akt begann. Jetzt mußte es sich zeigen, ob der Wille des deutschen Volkes stark genug war, um die Folgen einer Annahmeverweigerung zu tragen!

Da das Kabinett Wirth weder die Ablehnung aussprechen wollte noch die innerpolitischen Folgen der Annahme zu tragen bereit war, trat es am gleichen Tage zurück. Und nun trat die ganze Unhaltbarkeit des parlamentarischen Regimes in Erscheinung. Vier Tage lang suchte der Präsident des Reiches eine Regierung, die bereit war, die Verantwortung für die Ablehnung des Diktates von Genf zu übernehmen. Sie fand sich nicht!

Das System der parlamentarischen Republik reagierte nicht auf die Forderung nationalen Widerstandes gegen die rechtsbrecherische und demütigende Forderung fremder Staatsmänner. Es dachte allenfalls in Abgeordnetenzahlen und zukünftigen Wahlergebnissen. Aber die Gewissenspflicht, sich zur Verantwortung einer wenn auch bitteren Maßnahme zu entschließen, die kannte es nicht. Das Vertrauen auf die Kraft des Volkes, das sich zum letzten Widerstand entschlossen hatte, war nicht vorhanden. Die Seuche der Erfüllung-um-jeden-Preis-Politik schien zu tief bereits verwurzelt in dem System. Vor innerpolitischen Rücksichten mußten nationale Forderungen zurücktreten, mußte sogar das Bewußtsein, Verteidiger gebrochenen Rechtes zu sein, schweigen.

Alles, was die oberschlesische und die reichsdeutsche Publizistik in den letzten Wochen an Anstrengungen unternommen hatte, um das Volk fest zu machen in seinem Widerstandswillen, blieb umsonst.

Vier Tage nach der Abdankung Wirths bestimmte der Reichspräsident den einzigen annahmebereiten Kandidaten zu seinem Nachfolger: Dr. Wirth! Damit war die Erfüllungspolitik, um die sich die Engländer so sorgten, gesichert. Wirth würde erfüllen, das wußte man.

Am 27. Oktober 1921 nahm die Regierung Wirth in der Antwortnote an die Botschafterkonferenz in Paris die Entscheidung mit Rechtsverwahrung an:

„Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches durch sie dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der es wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Diktates, dem die in Genf getroffene und von den Alliierten Hauptmächten gutgeheißene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung Verwahrung ein.

Lediglich der unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und, um der deutschen Bevölkerung

des Industriegebietes die ihr sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen.[200] Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden."

Die Wirkung des deutschen Protestes war in seiner Kürze der Ausdruck des befriedigten Hasses:

„Die Alliierten betrachten den deutschen Protest als null und nichtig und nehmen Kenntnis von der Bereitwilligkeit Deutschlands, diese Entscheidung auszuführen."[201]

Wie ein lähmendes Entsetzen hatte sich die Annahme der Entscheidung auf Oberschlesien gelegt. Am deutlichsten wird dieses Entsetzen in dem Bild der oberschlesischen Zeitungen dieser Tage. Die Meldungen über die deutschen Gebietsverluste beherrschten die Zeilen. Publizistischer Führungswille war fast nirgends mehr zu finden. Die Apathie ergriff selbst die Kräftigsten. Die Zeitschriften schwankten in ihrer Stellung zu den Dingen — die, wie gesagt, nur das letzte Zucken eines allmählich erlöschenden Willens war — je nach ihrer grundsätzlichen Ausrichtung zwischen Totenstimmung[202] und auflodernden wilden Haß gegen die Feinde.[203]

Schon zwei Tage nach der Übergabe des Diktates wurden nähere Einzelheiten über die Schwere des zu erwartenden Gebietsverlustes bekannt.[204] In den Kreisen Ratibor, Tarnowitz und Lublinitz gingen mehr Ortschaften verloren, als es selbst unter ungünstigsten Umständen angenommen werden konnte. Der ungeheure Gewinn Polens aber wirkte allein durch seine bloße Aufzählung kommentarlos . . . Vom Kreis Lublinitz mußte der Südosten, vom Tarnowitzer Kreise der größte und wertvollste Teil, vom Beuthener Landkreise ein großes Stück, die Kreise Kattowitz und Königshütte vollständig, der Südosten

---

200 Gemeint sind die Delegierten für die Verhandlungen über das Zwangswirtschaftsabkommen mit Polen.

201 Der Text des Genfer Schiedsspruches ist wiedergeben in: „Procès-Verbal de la session extraordinaire du conseil de la société des nations, consacré a la question de Haute-Silésie. Genève, 13. Oct. 1921" — Lausanne 1921. — Außerdem: „Question de la Haute-Silésie. Décision de la conférence des ambassadeurs. Société des nations. Genève, 29. 10. 1921." — dto.

202 Vergl. dazu das Titelblatt des „Oberschlesiers" v. 22. Oktober 1921.

203 „Der Pieron" v. 22. Oktober 1921 brachte folgenden Abgesang:

„Den Todfeinden! Wir armseligen Schächer müssen stillhalten, auch der letzten, auch der winzigsten Waffe beraubt! — Polen! Wir halten still! Aber in furchtbarer Glut brennt uns der heilige Zorn in der Seele. — Nichts können wir Euch antun, doch nur unser Fluch soll Euch treffen! — Es gibt eine Gerechtigkeit! In ihrem Zeichen werden wir zusammenhalten und die Zähne zusammenbeißen und wachsen und nicht untergehen! Wir werden nicht sterben, ehe nicht Gerechtigkeit geworden ist. Wir werden nichts vergessen und nichts vergeben, ehe nicht Gerechtigkeit geworden ist!

204 Der Leiter der „Ostd. Morgenpost" v. 22. Okt.: „Friß, Vogel . . . (oder stirb!")

vom Kreise Hindenburg, Pleß und Rybnik ganz und vom Kreise Ratibor der Südosten abgetreten werden . . .

33 % des Abstimmungsgebietes fiel an Polen — der wertvollste Teil.

42 % der Bevölkerung — fast 1 000 000 Einwohner — wurden zu Polen gestempelt. Von ihnen waren 45 % Deutsche und 55 % Polen. Ja, im Industriegebietsteil, der an Polen fiel, ergab sich nach der Teilung noch (!) eine deutsche Bevölkerungsmehrheit von 51 % gegenüber 49 % Polen![205] In Rumpfoberschlesien beließ das Genfer Diktat rund 70 % Prodeutsche und 30 % Propolen.

Noch niederschmetternder waren die wirtschaftlichen Verluste. Von der Koksförderung fiel 55 % an Polen. Deutschland verlor vier Fünftel aller oberschlesischen Kohlenförderungsgebiete. Die Roheisenerzeugung fiel zu 67 %, die Produktion der Eisen- und Walzwerke zu 72 % und die Zinkhütten ausnahmslos an Polen! Ebenso überließ das Genfer Diktat völlig den Polen: die gesamte Schwefelsäureerzeugung (für die ostdeutsche Düngemittelfabrikation unerläßlich!), die Erzeugung von Zink, die Erzeugung von Kadmium (Deutschlands einziges Kadmiumvorkommen!), die Erzeugung von Zinkblech, Zinkoxyd, Blei und Silber!

Mit dem Tage des Bekanntwerdens der Annahme des Diktates durch die deutsche Regierung setzte der Auswanderungsstrom aus den an Polen fallenden Gebieten ein. Immer noch aber hofften die oberschlesischen Publizisten auf einige Erfolge bei den Verhandlungen über den genauen Verlauf der Grenze. „Ausharren!" riefen die Zeitungen den Volksgenossen jenseits der neuen Grenze zu. „Was zusammengehört — findet sich . . .!" — das war das letzte Wort, das der „Oberschlesier" (22. 10. 1921) zu dem Machtdiktat von Genf zu sagen hatte.

Seitdem zogen nun täglich Ströme von Arbeitern über die Grenze zu ihren Arbeitsstätten, die der willkürlich gezogene Strich der Grenzziehung dem Gebiet des Nachbarlandes zugeteilt hatte. Organisch zusammenhängende Werke und Anlagen wurden zerschnitten und mußten verfallen. Millionenwerte gingen verloren. Und die Bevölkerung hatte sie zu bezahlen.

[205] „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch", S. 260 ff.

Schlußbetrachtung

Ein Großkampf war zu Ende gegangen. Er ist von der Seite Deutschlands nur mit den Waffen des Wortes und des Rechts ausgefochten worden. Die Gewalt siegte, weil sie nicht mit Gewalt bekämpft werden konnte. Seitdem wechselten täglich Zehntausende von arbeitenden Menschen über die Grenze, um ihrer Arbeit nachgehen zu können. Der Organismus Oberschlesien ist zerrissen worden vom Vernichtungsdiktat von Genf.

Ein langer Weg ist es, den das deutsche Volk in Oberschlesien zu diesem bitteren Ende ging. Die soziale Frage — und keine andere — war der Angelpunkt der „Oberschlesischen Frage". Kulturelle und nationale Konflikte traten im Laufe der letzten fünfzig Jahre hinzu. Großpolnische Agitatoren drangen von Posen her in Oberschlesien ein und benutzten die Nöte der Bevölkerung für ihre während langer Lehrjahre geschärfte Agitation.

Das Diktat von Versailles brachte das schwelende Feuer zum Ausbruch. In einem erstmaligen Aufbäumen des nationalen Selbstbehauptungswillens erzwang sich das oberschlesische Deutschtum die Volksabstimmung. Ein propagandistischer Großkampf um das nationale Bekenntnis Oberschlesiens begann. Im Untergrund aber schwelten andere, maßgeblichere Tendenzen: soziale Gründe bewegten die Massen. Rücksichtslos aufgepeitschte Masseninstinkte sollten der von Wojciech Korfanty inszenierten propolnischen Agitation zu Hilfe kommen.

Da aber trotz aller krampfhaften Bemühungen des ehemaligen deutschen Reichstagsabgeordneten und jetzigen Polnischen Plebiszitkommissars der polnischen Sache wenig günstige Aussichten für die Abstimmung winkten, griff er zur letzten Waffe: zur Gewalt. In zwei Aufständen — August 1919 und 1920 — versuchte der Großpolonismus die Annexion des an Schätzen reichen Industrielandes Oberschlesien. Die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens aber hatte sich bereits einen umfassenden Propagandaapparat geschaffen, dessen Aufrufen es gelungen war, die oberschlesische Bevölkerung zu einem festen Ganzen zu schmieden, und an dem die polnische Gewaltpolitik zerschellte.

Eine fremdländische Besatzung kam ins Land. Statt der Befriedung des Landes setzte ein namenlos grausamer Terror unter den Augen der

mit Polen verbündeten Franzosen ein. Trotz gewalttätigster Unterdrückung durch polnische Terroristenbanden bekannten sich am Tage der Abstimmung, dem 20. März 1921, zwei Drittel aller Oberschlesier zum Reich, von dem sie Arbeit und Kultur erhalten hatten.

Dem Wortlaut des Diktates entsprechend, hätte nun Oberschlesien wieder dem Reich einverleibt werden müssen. Korfanty aber verlangte nun plötzlich — eine Teilung Oberschlesiens. In seiner „Linie" bezeichnete er alle die Gebietsteile, die an Polen zu fallen hätten. Französischer Vernichtungswille und britische Interessenpolitik setzten sich über die mit so viel Aufwand an Kraft und Glanz gepredigte Heiligkeit der Verträge hinweg und spielten dem polnischen Größenwahn eine neue Chance in die Hände. Oberschlesien, dessen Unteilbarkeit gerade die polnischen Agitatoren vor der Abstimmung nicht genug bekräftigen konnten, sollte geteilt werden. Koste es, was es wolle!

Unter der Parole „Oberschlesien — unteilbar und deutsch!" setzte der von der oberschlesischen deutschen Publizistik sechs Monate lang auszufechtende Kampf für das deutsche Recht auf ganz Oberschlesien ein. Die „Spannungen der Zeit", aus denen der Publizist nicht nur Inhalt und Aufgaben seiner Veröffentlichungen, sondern auch die Methodik der Kampfführung zu nehmen hat, waren gerade in diesen Monaten vielfältig. Immer aber mußte die Forderung nach der Unteilbarkeit Oberschlesiens Endpunkt aller publizistischen Bemühungen sein. Es galt, in den wechselnden Umständen das für diese Forderung jeweils Günstigste zu erfassen und folgerichtig zu entwickeln.

Als unmittelbar nach der Abstimmung die Freistaat-Bewegung (Latacz und der „Bund der Oberschlesier") zeitweilig neuen Aufschwung zu nehmen begann, hatte die deutsche Publizistik hier ein erstes Betätigungsfeld. Die Forderung nach dem „Bundesstaat Oberschlesien", vom Deutschen Plebiszitkommissariat im rechten Augenblick in die Debatte geworfen, nahm den eingefleischten Freistaatpropagandisten den Wind aus den Segeln. Denn: die Reichsregierung sagte die Erfüllung dieser Forderung nach der Rückkehr Oberschlesiens in die Verwaltung des Reiches zu. Die Einfühlung in die Mentalität der Freistaatler hat dann ein Übriges getan, um den schon totgeglaubten Gegner eines ungeteilten und deutschen Oberschlesiens mit nüchtern und sachlich schlagenden Argumenten von der Unmöglichkeit eines solchen Phantoms, wie es ein „Freistaat Oberschlesien" gewesen sein würde, zu überzeugen.

Bald aber wechselte das Feld des Kampfes um die Unteilbarkeit Oberschlesiens. In geschicktem Hand-in-Hand-Arbeiten des französischen Imperialismus mit den polnischen Annexionsgelüsten gewann die Idee eines dritten polnischen Aufstandes aktuelle Bedeutung. Obwohl die offiziellen deutschen Kreise den Beginn eines neuen Aufstandes den Alliierten vorausgesagt und mit Veröffentlichung von Dokumenten belegt hatten, taten diese nichts, um einem solchen Auf-

stand entgegenzuwirken. Die Führer der rechtzeitig einsetzenden Abwehrbewegung in der heimattreuen Bevölkerung wurden von den französischen Behörden kurz vor Ausbruch des Aufstandes verhaftet.

Am 3. Mai 1921 brach dann der dritte Aufstand los. Wehrlos dem bewaffneten Vorgehen der polnischen Insurgenten ausgeliefert, galt es, auch in diesen schwersten Tagen seit 1919 den Widerstands- und Abwehrwillen der deutschen Bevölkerung aufrecht zu erhalten und zu fördern.

Der polnische Terror, der in dieser Arbeit einer Untersuchung unterzogen wurde, war von Korfanty als Mittel zur Durchsetzung seines politischen Zieles eingesetzt. Es ging ja den Polen weniger um ein Bekenntnis der Oberschlesier zu ihrem Staat. In erster Linie sollten die deutschen Oberschlesier mürbe gemacht werden. Die Apathie der Deutschen gegenüber den Bestrebungen Korfantys, in Oberschlesien eine eigene, dauerhafte Regierung einzurichten, war Ziel und Zweck des Terrors. Wollte die deutsche Publizistik verhindern, daß Korfanty die Alliierten vor die vollendete Tatsache eines von ihm regierten Oberschlesiens stellte, so mußte sie sich mit dem brennendsten Problem aller deutschen Oberschlesier, dem Terror, auseinandersetzen.

„Terror ist eine folgerichtig ausgedachte Kette von künstlich herbeigeleiteten Wutausbrüchen." Daß Terror „provoziert" werden könne — wie es die polnische Propaganda gewissermaßen als Entschuldigung der grauenerregenden Vorkommnisse des dritten Aufstandes behauptete —, wurde als Denkirrtum nachgewiesen. Terror ist immer irgendwie organisiert. Er kann nur mit Hilfe von zum Verbrechen veranlagten Kreaturen aufrechterhalten werden. So war es nur selbstverständlich, daß in der Insurgentenfront Verbrecher und zum Verbrechen neigende Subjekte eine führende Rolle zu spielen hatten.

Daß im dritten Aufstand und vorher größere Teile der polnischgesinnten Bevölkerung Oberschlesiens an dem Gesinnungsterror beteiligt waren, konnte als Wirkung einer hemmungslosen Haßagitation nachgewiesen werden, die das „ethische Entlastungsbedürfnis" der Volksmassen bewußt für die Erringung eines polnischen Oberschlesiens einsetzte und systematisch aufrechterhielt.

Das Erste und Dringendste, was die deutsche Publizistik hier zu tun hatte, war: den Widerstand der deutschgesinnten Bevölkerung aufzurufen. Die Eigentümlichkeit der Lage brachte es mit sich, daß — trotz des Widerstandswillens — jedes unnötige Aufbegehren vermieden werden mußte, weil dadurch nicht nur der polnische Haß neue Nahrung (und damit das „ethische Entlastungsbedürfnis" immer wieder Wirkung gehabt hätte) erhalten hätte, sondern auch den Franzosen eine Handhabe für Gewaltmaßnahmen zur „Befriedung" des Landes geboten worden wäre.

Trotzdem brauchte die deutsche Bevölkerung es nicht bei diesem passiven Verhalten zu belassen. Die Abwehr des bewaffneten Vor-

dringens der Insurgenten übernahm der Oberschlesische Selbstschutz. Seine sich allmählich ausweitenden militärischen Erfolge wirkten gleichzeitig als Stärkung der Widerstandskraft der noch besetzten Gebiete.

Als dann der polnische Siegeszug ins Stocken geriet, wurde auch die polnische Bevölkerung wankend. Alle Versuche Korfantys, den Terror zu verschärfen, scheiterten, weil er das ethische Entlastungsbedürfnis seiner Anhänger überspannt hatte. Der Stillstand der Operationen ging in den Rückzug über. Abwehr und Widerstand hatten einen Erfolg errungen. Als dann englische Truppen die Räumung des von den Insurgenten noch besetzten Gebietes durchsetzten, war der Annexionsversuch Polens schon längst gescheitert. Der Widerstand, den die deutsche Publizistik unter Einsatz der letzten Kräfte genährt hatte, war siegreich geblieben.

Noch war der Aufstand nicht abgeklungen, da galt es, wieder eine neue Stellung zu beziehen: Die Verhandlungen des Obersten Rates in Paris rückten die deutsche Forderung nach der Unteilbarkeit Oberschlesiens wieder in den Vordergrund. Es ging im wesentlichen um den Verbleib Rybniks und Pleß' bei dem Gesamtkörper Oberschlesien. Das Einfühlungsvermögen in die Mentalität der Rybniker und Plesser Polen erleichterte dabei der deutschen Publizistik die Arbeit. Gleichzeitig mußten sich die Publizisten um einen gerechten Ausgleich mit den von Korfanty abrückenden Polen in ganz Oberschlesien bemühen. Es ging ja nicht nur um irgendeinen Prestigeerfolg, sondern um die Lebensfähigkeit des künftigen deutschen Oberschlesiens.

Als trotz aller Denkschriften und anderweitiger Willenskundgebungen der oberschlesischen Wirtschafts- und Industrieverbände die Absichten Frankreichs und Englands sich als maßgeblicher erwiesen als das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mußte die deutsche Publizistik allmählich einsehen, daß sie auf verlorenem Posten stand.

Die Unstimmigkeiten zwischen Lloyd George und Briand schienen zwar noch eine geringe Hoffnung offen zu lassen. Da sich beide nicht vergleichen konnten, wurde die endgültige Entscheidung über das künftige Schicksal Oberschlesiens abermals vertagt. Der Völkerbund sollte entscheiden. Abermals hing Ungewißheit über Oberschlesien. Die Atempause und das allgemeine Ruhebedürfnis brachten die oberschlesischen Publizisten einen Augenblick von dem geraden Weg ab: Innerpolitische Streitigkeiten beherrschten das Interesse. Bald machte sich auch in den publizistischen Veröffentlichungen die unverzeihliche Splittersucht bemerkbar, die so oft in kritischen Tagen deutscher Geschichte zum Unheil für das Gesamtvolk wurde. Das Attentat auf Erzberger war der Anlaß zu diesen Streitigkeiten. Ein Rattenschwanz von anderen Streitigkeiten schloß sich an.

Beinahe einen ganzen Monat lang schwieg die Erörterung der Grenzregulierung, die der Völkerbundsrat auf seine Weise jetzt lösen sollte. Er setzte einen Viererausschuß und zwei Sachprüfer zur erneuten

Prüfung der oberschlesischen Frage ein. Noch einmal raffte sich die deutsche Publizistik in Oberschlesien zu einem Einsatz, zum letzten. Da man von vornherein erkannte, daß jeder in Genf an Hand von Denkschriften und bereits bekanntem Prüfungsmaterial ausgearbeitete Grenzziehungsentscheid unzulänglich sein würde, versuchte die oberschlesische Publizistik und die Publizistik des Reiches auf die Anregung des „Deutschen Ausschusses“ hin, die Prüfer zu bewegen, im Lande selbst ihre Erhebungen anzustellen. Der Erfolg war wieder nicht der, den man erwartet hatte. Wohl wurden einzelne Prüfer nach Oberschlesien entsandt. Aber sie kamen nicht, um das gesamte Problem an realen Tatsachen zu studieren, sondern sollten nur bestimmte Einzelfragen durch Rückfragen klären. Die grundsätzliche Ausrichtung des Entscheides stand bereits fest.

Die oberschlesischen Verbände sandten in letzter Stunde noch eine große Denkschrift über die Wirtschafts- und Kulturzusammenhänge nach Genf: erfolglos! Es stand fest: Oberschlesien würde nach dem Willen der Sieger von 1919 geteilt werden!

Am 12. Oktober 1921 erhielt der Oberste Rat das Genfer Gutachten. Wilde Gerüchte von angeblich an Polen fallenden Städten (wie z. B. das zu 85 % deutsche Kattowitz) gingen um, und noch war nichts über den Umfang des deutschen Verlustes bekannt.

Da raffte sich das deutsche Oberschlesien zu einem letzten Aufbäumen. Der „Deutsche Ausschuß“ sandte ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem er verlangte, die Reichsregierung solle die Entscheidung ablehnen. Oberschlesien sei bereit, die Folgen zu tragen und erwarte das auch von allen Deutschen. Tagelang arbeiteten die Publizisten mit Hochdruck, um die Bevölkerung auf die zu erwartenden Folgen der Ablehnung vorzubereiten. Oberschlesien war bereit, für sein Recht und seine Freiheit einzustehen.

Nachdem Englands Einsprüche gegen das Genfer Gutachten aus unerklärlichen Gründen abgewiesen waren, teilte der Oberste Rat durch die Botschafterkonferenz am 20. Oktober 1921 den Regierungen in Berlin und Warschau den Schiedsspruch mit. Oberschlesien sollte grausam zerrissen werden. Entsetzen befiel alle Verantwortlichen.

Noch war nicht alles verloren. Das Erfüllungskabinett Wirth trat zurück. Aber niemand fand sich, der die Verantwortung für die Ablehnung des Spruches auf sich zu nehmen bereit war. Die oberschlesische Publizistik hatte ihren guten Kampf verloren, weil das parlamentarische Regime nicht den Mut hatte, Verantwortung zu übernehmen.

Die deutsche Publizistik hatte die Tat, das Endziel jeder Publizistik, nicht erreichen können, weil die reale Macht des Staates nicht stark genug war, diese Tat zu vollbringen. Publizistik und Staatsmacht aber sind Faktoren, die aufeinander angewiesen sind.

Lebenslauf Günther H. Hahn

Am 2. März 1916 wurde ich in Klein-Strehlitz, Krs. Neustadt O/S., als Sohn des Baumeisters Joseph Hahn geboren. Nach vierjährigem Besuch der Volksschule kam ich Ostern 1926 auf das Gymnasium nach Neustadt O/S. Als im Jahre 1929 meine Eltern nach Berlin übersiedelten, wechselte ich die Schule und besuchte von da an bis Ostern 1936 das Andreas-Real-Gymnasium in Berlin, wo ich auch mein Abitur machte. Der Umbruch, den die nationalsozialistische Erhebung des 30. Januar 1933 brachte, zerriß die Schleier, die bis dahin auf meiner weiteren Zukunft lagen. Da ich aus gesundheitlichen Gründen zeitweise für die Heranziehung zur freiwilligen Ableistung meiner Arbeitsdienstzeit nicht in Frage kam, meldete ich mich im April 1936 zum Studentischen Ausgleichsdienst, nach dessen Ableistung ich im WS. 1936/37 an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin immatrikuliert wurde.

Der freiwillige Dienst in meiner Formation, dem NSFK. (zuerst: DLV), war mir Erziehung und menschliche Bildung zugleich. Er wie auch meine nebenberufliche Werktätigkeit in den verschiedenen Berliner Zeitungsverlagen brachte mich in kameradschaftliche Verbindung mit den arbeitenden Volksgenossen, deren Denken und Empfinden ich so aus eigener Anschauung kennenlernen durfte. Ich weiß, daß die Erfahrungen beim Dienst in meiner Formation und während meiner nebenberuflichen Werktätigkeit richtungweisend für meine spätere Berufsaufgabe sein wird.

Die starke wissenschaftliche Förderung, die ich in der Zeitungswissenschaft erfuhr, verdanke ich hauptsächlich meinem Lehrer Professor Dr. Dovifat, sowie den Herren Dr. C. Schneider und Dr. E. H. Lehmann. Herrn Prof. Dovifat und Herrn Dr. Schneider bin ich insbesondere für die Erlaubnis dankbar, in ihren Seminaren mitarbeiten zu dürfen. In meinem zweiten Hauptfach, Geschichte, waren es vor allem die Vorlesungen und Übungen von Herrn Professor Dr. Schüßler und der Herren Professor Hartung, Dr. Frauendienst und Dr. Rohden, die mich wissenschaftlich förderten.

Außerdem belegte ich Vorlesungen in Philosophie bei Professor Spranger, Bäumler und Hochstetter und bei Dr. Odebrecht.

Daneben hörte ich noch volkswirtschaftliche Vorlesungen von Prof. Sombart, kolonialgeschichtliche von Prof. A. O. Meyer und Thurnwald, vorgeschichtliche von Prof. Reinerth, kriegsgeschichtliche von Prof. Elze.